



Plenarprotokoll

134. Sitzung

Donnerstag, 25. November 2021

Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein.....	10154	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10162
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3412		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3412	
Berufliche Bildung in der Fläche erhalten - Fachkräftemangel bekämpfen.....	10154	2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/3448.....	10166
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3448		Radinfrastruktur in Schleswig-Holstein Radwegenetz, Finanzierung, Investitionsplan.....	10166
Martin Habersaat [SPD].....	10154, 10164	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3395	
Christopher Vogt [FDP].....	10156	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10166
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10157	Lukas Kilian [CDU].....	10168
Peer Knöfler [CDU].....	10159	Kai Vogel [SPD].....	10170
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10160	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10172

Kay Richert [FDP].....	10174	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10193
Christian Dirschauer [SSW].....	10176	Kay Richert [FDP].....	10194
Stephan Holowaty [FDP].....	10177	Christian Dirschauer [SSW].....	10195
Werner Kalinka [CDU].....	10178	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10196
Lars Harms [SSW].....	10179		
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/3395 an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	10179	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3318 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/3410.....	10199
Mündlicher Bericht zu den Ergeb- nissen des Kulturdialogs in Schles- wig-Holstein.....	10179	Bericht zur Situation pflegender Angehöriger in Schleswig-Holstein .	10199
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3273		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3402	
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	10179, 10189	Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	10200
Anette Röttger [CDU].....	10182	Christian Dirschauer [SSW].....	10201
Martin Habersaat [SPD].....	10183	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	10202
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10184	Birte Pauls [SPD].....	10203
Jörg Hansen [FDP].....	10186	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10204
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10187	Dennys Bornhöft [FDP].....	10205
Beschluss: Der Antrag Drucksache 19/3273 hat mit der Berichterstat- tung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	10189	Claus Schaffer [AfD].....	10207
Technologieoffenheit in der Ver- kehrspolitik realisieren - syntheti- sche Kraftstoffe stärker berück- sichtigen.....	10189	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/3402 an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	10208
Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3318		Gemeinsame Beratung	
Innovative Power-to-X-Lösungen - technologieoffenen Kurs auch wei- terhin in der Verkehrspolitik fort- setzen.....	10189	a) Schlaganfallversorgung schnell und qualitativ hochwertig si- cherstellen.....	10208
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3410		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3358	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	10189	b) Krankenhäuser und Universi- tätskliniken besser unterstützen und angemessen finanzieren.....	10208
Andreas Hein [CDU].....	10190	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3422	
Kai Vogel [SPD].....	10192		

c) Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken.....	10208	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3420	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2730		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	10217 10219, 10227
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 19/3423		Anette Röttger [CDU].....	10221
Werner Kalinka [CDU], Bericht-erstat-ter.....	10208	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10222
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10208	Christopher Vogt [FDP].....	10223
Bernd Heinemann [SPD].....	10209	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10225
Hans Hinrich Neve [CDU].....	10210	Beschluss: 1. Die Anträge Drucksachen 19/3325 und 19/3420 haben mit der Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden	
Dennys Bornhöft [FDP].....	10212	2. Annahme des Antrags Drucksache 19/3368.....	10227
Christian Dirschauer [SSW].....	10213		
Claus Schaffer [AfD].....	10214		
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	10215		
Beschluss: 1. Annahme der Anträge Drucksachen 19/3358 und 19/3422 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2730 3. Übernahme und Zustimmung der in der Beschlussempfehlung Drucksache 19/3423 enthaltenen EntschlieÙung.....	10217		
Gemeinsame Beratung		Gemeinsame Beratung	
a) Anpassung der Vergütung für Lehraufträge an den schleswig-holsteinischen Hochschulen.....	10217	a) Ausbildungsoffensive im Berufsfeld Erziehung starten - PiA-Ausbildung unterstützen.....	10227
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3325		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3382	
b) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu der Ergänzenden Ziel- und Leistungsvereinbarung für die Jahre 2022 bis 2024 mit der Universität zu Lübeck.....	10217	b) Rahmenbedingungen für Erzieherberufe zukunftssicher und attraktiv gestalten.....	10227
Antrag der Landesregierung Drucksache 19/3368		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3419	
c) Mündlicher Bericht zur Präsenzlehre an den Hochschulen.....	10217	Wolfgang Baasch [SPD].....	10227
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	10228, 10234
		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10229
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	10230
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10232
		Birte Pauls [SPD].....	10233
		Martin Habersaat [SPD].....	10233
		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10235

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/3382
2. Annahme des Antrags
Drucksache 19/3419..... 10238

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich setze die Tagung fort und eröffne die heutige Sitzung.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind in der CDU-Fraktion der Abgeordnete Klaus Schlie und der Abgeordnete Wolf Rüdiger Fehrs, in der SPD-Fraktion die Abgeordnete Regina Poersch und der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner sowie in der FDP-Fraktion die Abgeordnete Anita Klahn erkrankt. Von der Landesregierung ist die Ministerin Dr. Sütterlin-Waack erkrankt. Beurlaubt ist von der Landesregierung Herr Minister Albrecht für die heutige Nachmittagssitzung. Gemäß § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung unseres Landtages hat die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist. Das Gleiche gilt auch für die Abgeordnete Beate Raudies von der SPD-Fraktion. - Wir wünschen unseren Erkrankten gute Besserung!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3412

Berufliche Bildung in der Fläche erhalten - Fachkräftemangel bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3448

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! So geht konstruktive, solide und erfolgreiche Oppositionsarbeit.

(Zuruf FDP: Heh! - Heiterkeit)

Am 9. November 2021 - passen Sie auf, da können Sie etwas lernen - hat die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, die Zahlen der Lehrerstellen der be-

(Martin Habersaat)

ruflichen Schulen trotz sinkender Schülerzahlen konstant zu halten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Historisches Datum!)

Und am 17. November 2021 teilte der Wirtschaftsminister mit, genau das zwei Jahre lang zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf FDP - Heiterkeit)

- Schön. - Wichtig ist, dass das durch das Aufbringen zusätzlicher Mittel erreicht wird und nicht etwa auf Kosten anderer Schularten.

Es ist gut, dass der Ältestenrat diesem Thema heute Priorität eingeräumt hat, denn die berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Während die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen gegenüber dem Vorjahr fast konstant geblieben sind, sind sie an den berufsbildenden Schulen um 2.000 gesunken, das entspricht ungefähr 2 %. Das war nicht der erste Rückgang in den letzten Jahren.

Da die Planstellenzuweisung aber nach Schülerzahlen erfolgt, mussten die beruflichen Schulen darauf mit der Einstellung von Angeboten reagieren. Allein im Kreis Plön ging die Zahl der Fachklassen vom Schuljahr 2014/15 bis zum Schuljahr 2018/19 um 18 % zurück - ein Fünftel Fachklassen weniger im Kreis Plön. Das Einfrieren der Stellen ist nur ein kurzfristiges Mittel. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung. Und das, meine Damen und Herren, haben außer mir auch schon andere erkannt, ich zitiere:

„Ziel ist es, im Rahmen einer landesweiten Schulentwicklungsplanung ein Ausbildungsangebot an den berufsbildenden Schulen und RBZ in der Fläche unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten zu erhalten.“

So schrieben es sich CDU, Grüne und FDP im Jahr 2017 in ihren Koalitionsvertrag. Schade nur, dass dann jahrelang nichts passierte, meine Damen und Herren. Statt sich der konkreten Umsetzung dieses Vorhabens zu widmen, blockierte die Regierung sich zunächst jahrelang selbst durch die unseelige Verlagerung der beruflichen Bildung vom Bildungsministerium ins Wirtschaftsministerium. Jahrelang fühlte sich die Bildungsministerin nicht mehr und der Wirtschaftsminister noch nicht zuständig.

Immerhin, nach drei Jahren, irgendwann im Jahr 2020, hatte irgendjemand die Idee, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Meine Damen und Herren, es mag wenige Stärken geben, die ich dieser Landesregierung öffentlich attestiere, aber die Vergabe von Gutachten und Evaluationen aller Art gehören auf jeden Fall dazu.

(Heiterkeit Serpil Midyatli [SPD])

Irgendwann im Jahr 2021 lagen dann dem SHIBB, dem Wirtschaftsministerium und den regierungstragenden Fraktionen die „Anforderungen an die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein“ vor, zumindest in einer Entwurfsfassung. Irgendwann später wurde dieses Gutachten auch den anderen Fraktionen im Haus zugänglich gemacht. „Horten von Herrschaftswissen“ - das hatten wir gestern schon kurz - ist eine weitere Stärke von Jamaika.

Wenn Sie das Thema vorher einmal im Bildungsausschuss angesprochen hätten, hätte ich Ihnen gesagt, dass sich mit der Berufsschule, den Berufsfachschulen, den Fachoberschulen, den Berufsoberschulen, den Beruflichen Gymnasien und den Fachschulen sechs Schularten unter dem Dach der beruflichen Schulen und der Regionalen Bildungszentren vereinen. Und ich hätte Ihnen gesagt, dass das Angebot von Berufsschulen vor allem im AVSH auch stark davon abhängt, welche Berufsgänge dort ausgebildet werden, also welche Berufe man im AVSH zeigen kann.

(Serpil Midyatli [SPD]: Umsonst! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herrschaftswissen!)

- Frau von Kalben, wenn Sie es gewusst hätten, dann hätten Sie sicherlich ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die berufliche Bildung in Ihrer Gänze untersucht und nicht nur die duale Ausbildung in den Blick nimmt, wenn Sie die Zukunft der beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein klären wollen. Jetzt haben Sie nach viereinhalb Jahren bestenfalls einen kleinen Baustein einer künftigen landesweiten Schulentwicklungsplanung in der Hand. Die eigentliche Arbeit, die Entwicklung von Perspektiven für die beruflichen Schulen in der ganzen Breite ihrer Möglichkeiten unter Berücksichtigung der Interessen von Wirtschaft, Handwerk, Schulträgern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern hinterlassen Sie der nächsten Landesregierung.

Exemplarisch kann man das übrigens gerade ganz gut besichtigen. Man muss nur mal nach Lübeck auf den Priwall fahren. Dort sieht man, wie das so mit den Aufgaben der künftigen Landesregierung ist.

(Martin Habersaat)

(Zuruf CDU: Ja, ja!)

Bei diesem landesweiten Dialogprozess wird es auch um neue Bedarfe gehen müssen. Das Gutachten spricht von 21st Century Skills, von der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technik, von Branchen, die für die Senkung des CO₂-Ausstoßes und das Gelingen der Energiewende wichtig sind, oder, um es mit den Worten von Thomas Losse-Müller zu sagen:

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Klimaschutz wird vom Handwerk gemacht.“

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, dafür müssen wir die Rahmenbedingungen liefern. Sie haben das viereinhalb Jahre nicht getan. Es wird Zeit, dass wir da ein bisschen Zug reinbekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Habersaat. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Den kennt man auch!)

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Anlass für diese Debatte hat sich dankenswerterweise eigentlich schon erledigt. Die 60 Stellen für die beruflichen Schulen, um die es hier ging, sind vorerst im Sinne eines Moratoriums gesichert. Das war auch unser Wunsch, Herr Kollege Habersaat. Ich bin froh und dankbar, dass wir uns in der Koalition zügig darauf verständigen konnten. Das ist eine wichtige Maßnahme und auch ein wichtiges Signal an die beruflichen Schulen, an die Lehrkräfte, an die Schülerinnen und Schüler und auch an die Wirtschaft in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Auch wenn die Kuh vorerst vom Eis ist, lohnt es sich immer - da hat der Kollege Habersaat recht -, an prominenter Stelle über die Zukunft der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein zu debattieren. Sie hat schließlich eine enorme Bedeutung für unsere Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt, denn der zunehmende Fachkräftemangel ist mittler-

weile eine der größten Herausforderungen und einer der größten Risikofaktoren für unseren Wirtschaftsstandort und damit für unseren Wohlstand.

Die berufliche Bildung hat bei der Fachkräftesicherung eine ganz besondere Bedeutung. Der anhaltende Rückgang der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen hat verschiedene Gründe. Der demografische Faktor spielt eine große Rolle, auch zum Beispiel bei uns im Südosten des Landes. Früher sind viele Auszubildende aus Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Selbst dort hat man seit einigen Jahren deutlich mehr Ausbildungsplätze als Bewerberinnen und Bewerber. Der Trend zum Abitur spielt zum Beispiel auch eine große Rolle, Herr Habersaat, insbesondere durch die kleinen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen und die zunehmende Akademisierung insgesamt.

Ich glaube, diesen Trend wird man leider kaum kurzfristig stoppen können, wenn man ehrlich ist. Die Sicherung der Angebote in der Fläche ist jedoch wichtig, da wir ja wissen, dass das vorhandene Angebot vor Ort dazu führt, dass die dort angebotenen Berufsausbildungen von den Bewerberinnen und Bewerbern bei der Berufsorientierung am Ende auch tatsächlich ausgewählt werden. Es spielt eine große Rolle. Wenn dort kein Angebot ist, dann werden diese Berufe auch nicht mehr gewählt. Ein Wegfall von Angeboten würde also relativ schnell die Nachwuchsgewinnung in den betroffenen Bereichen noch einmal erheblich erschweren.

Es gibt weitere Herausforderungen für die beruflichen Schulen: Immer speziellere Ausbildungen. Die Schulleiter reden von einer Atomisierung der Ausbildungsberufe. Die nachlassende Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen, die man mit Blick auf den Fachkräftemangel vielleicht nicht immer nachvollziehen kann. Das hat leider auch etwas mit der immer noch mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger zu tun, die gar keinen Schulabschluss haben. Das sind in Schleswig-Holstein rund 6 bis 7 %; das sind zu viele. Die Lehrkräftegewinnung ist eine große Herausforderung. Wir müssen den Job attraktiver machen, auch mit Blick auf die Quereinsteiger. Auch hierzu stehen im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene gute Dinge. Das ist wichtig.

(Beifall FDP und SPD)

Weiter sind das die Digitalisierung und auch der Optimierungsbedarf bei der beruflichen Orientierung. Im Koalitionsvertrag stehen insgesamt interessante Punkte: die Themen lebenslanges Lernen

(Christopher Vogt)

und Weiterbildung. Auch diese sind Herausforderungen für die berufliche Bildung.

Positiv stimmen mich die angekündigte BAföG-Reform, auch die ist wichtig, und die angekündigte Exzellenzinitiative berufliche Bildung sowie insgesamt das Thema Kooperationsgebot zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Bildung, das kommen soll. Es ist überfällig, dass dort mehr Geld in die Hand genommen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Herr Habersaat hat bemängelt, es werde vieles in die nächste Wahlperiode geschoben. Ehrlich gesagt, ich glaube, diese Aufgabe ist sehr groß. Auch wenn man jetzt kurzfristig ein Problem gelöst hat, muss man sich natürlich weiter um die mittelfristige Perspektive kümmern. Da braucht es in der Tat eine landesweite Schulentwicklungsplanung, die dem demografischen Wandel, aber auch allen weiteren Herausforderungen Rechnung trägt, Angebote entsprechend angemessen sichert und gleichzeitig die Attraktivität weiter steigert.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für uns ist klar, wir wollen die berufliche Bildung und die verschiedenen Bildungsangebote dauerhaft stärken. Die Gründung des SHIBB war dafür eine wichtige Weichenstellung.

Herr Habersaat hat das Thema Trave Campus angesprochen. Auch dazu muss man sagen: So einfach ist es ja nicht; deswegen haben Sie es ja auch nur im Nebensatz angesprochen, dass dort aus 90 Millionen € mal eben 180 Millionen € werden und dass man immer noch nicht weiß, wo das Ende der Fahnenstange ist. Darum wird man sich weiter intensiv kümmern müssen, bis man dort eine gute Lösung findet.

Ich bin mit Vertretern des Handwerks im Gespräch. Die befürchten zum Beispiel, dass das Orientierungssemester, das bei der Hochschulgesetznovellierung eine Rolle spielt, Menschen weiter von der beruflichen Ausbildung abziehen würde. Ich glaube das nicht. Ich glaube, es würde dazu führen, dass Studierwillige in den Bereich der technischen Studiengänge gehen werden. Ich glaube nicht, dass dies die Akademisierung noch weiter voranschreiten lassen würde. Man kann das eine tun und muss dadurch nicht Schäden an anderer Stelle verursachen. Insofern hoffe ich, dass wir auch das Handwerk davon überzeugen können, dass ein Orientierungssemester eine gute Maßnahme wäre, die auch

im ureigensten Interesse des Handwerks in Schleswig-Holstein ist.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun: Packen wir es an! - Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fachkräftemangel ist, wir wissen es, auch in vielen Bereichen bei uns im Land angekommen. Die Coronapandemie hat den Effekt verstärkt. Es fehlen Ausbildungsmessen, und Praktika konnten nicht oder nur eingeschränkt gemacht werden. Die Berufsorientierung, die so wichtig ist für die Berufswahl, konnte an den Schulen also nicht so laufen wie geplant. Das macht es für Jugendliche schwer, sich zu entscheiden, welcher Beruf der richtige ist; und es ist für sie schwer, den richtigen Ausbildungsbetrieb zu finden.

Das hat zur Folge, dass es in diesem Jahr weniger Bewerbungen und auch weniger Ausbildungsstellen gab. Für die Zukunft braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung aller, um den Fachkräftebedarf zu decken. Das schließt die berufsbildenden Schulen RBZ, die Betriebe, aber auch die allgemeinbildenden Schulen ein, denn ein Element ist die Berufsorientierung. Es ist gut, dass es jetzt ein gemeinsam mit der Agentur für Arbeit vereinbartes Konzept zur Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist richtig, dass Jamaika das Fach Berufs- und Studienorientierung in der Eingangsphase der Oberstufe eingeführt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Tobias Koch [CDU])

Schülerinnen und Schüler müssen ihre Interessen und ihre Stärken sowie unterschiedliche Berufe kennen, um zu wissen, was sie beruflich machen wollen. Wir müssen Projekte an den allgemeinbildenden Schulen stärken, die mehr Praktika beinhalten. Das ist in den Flex-Klassen, die wir ja seit vielen Jahren haben, so. Auch das produktive Lernen, bei dem Schülerinnen und Schüler im 8. und 9.

(Ines Strehlau)

Jahrgang durchgängig drei Tage in der Woche in Praktikumsbetrieben und zwei Tage an der Schule sind, ist sehr erfolgreich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne finden, dass dieses Angebot in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt bei uns im Land vorhanden sein muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Martin Habersaat [SPD])

Ergänzend kommt jetzt eine neue Vereinbarung im Ampel-Koalitionsvertrag im Bund dazu, die Ausbildungsgarantie. Sie soll allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglichen, aber Vorrang hat natürlich die Ausbildung im Betrieb. Ich finde, das ist eine sehr gute Maßnahme. Auch wir Grüne hatten sie 2017 in unserem Landtagswahlprogramm, haben uns aber innerhalb dieser Koalition nicht damit durchsetzen können. Diese Ausbildungsgarantie wird, wenn sie denn so umgesetzt wird, ein Gamechanger sein, wie es auf Neudeutsch heißt. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf wird dann neu gedacht werden müssen.

Bei der kommenden Bildungsgarantie wie bei den meisten beruflichen Ausbildungen und bei der Fort- und Weiterbildung sind die berufsbildenden Schulen und die RBZ der schulische Dreh- und Angelpunkt in der Region. Sie versorgen die Azubis mit Berufsschulplätzen und garantieren so, dass duale Ausbildungen vor Ort möglich sind.

Da die Azubizahlen zum Teil zurückgehen, ist es richtig - und das unterstützen wir ausdrücklich -, dass es einen Sicherstellungszuschlag gibt und die berufsbildenden Schulen und RBZ trotz gesunkener Schülerinnen- und Schülerzahlen 60 Lehrkräftestellen für das kommende Jahr behalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die dualen Ausbildungsgänge sind der zentrale, aber längst nicht der einzige Ausbildungsgang an den berufsbildenden Schulen und RBZ. Es gibt dort sechs Schularten, die wir alle im Blick behalten müssen. Das bringt unser Alternativantrag zum Ausdruck. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen sinken seit mehreren Jahren, darauf müssen wir reagieren. Deshalb ist es wichtig, eine Schulentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein in die Wege zu leiten, und es ist bekannt, dass wir uns diesen Zeitverzug durch die Verlagerung ins Wirtschaftsministerium gern hätten sparen können.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anmerkung des Abgeordneten Habersaat?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin, stimmen Sie mir denn zu: Wenn man diese sechs Schularten im Blick behalten muss, dann wäre es schön gewesen, wenn man auch ein Gutachten zur Zukunft aller sechs Schularten vorliegen gehabt hätte?

- Wir müssen die unbedingt alle im Blick haben. Ich habe mitbekommen, dass jetzt explizit gesagt wurde, dass dem Wirtschaftsministerium ganz bewusst ist, dass es diese sechs Schularten gibt und dass man sich nur diesen einen Punkt herausgegriffen hat. Ich hätte es schön gefunden, wenn alle sechs Schularten gleichermaßen betrachtet worden wären.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte zwei Bereiche herausgreifen, durch die klar wird, dass wir die Kraftanstrengung beim Fachkräftemangel brauchen. Wir haben gestern das Energiewende- und Klimaschutzgesetz beschlossen. Dafür brauchen wir mehr Windanlagen, Gebäudedämmung, Wärmepumpen, Solarzellen auf dem Dach und einiges mehr. Für all das brauchen wir Ingenieure und Ingenieurinnen zur Entwicklung, und wir brauchen Handwerkerinnen und Handwerker, die all das bauen und montieren. Da haben wir eine große Lücke.

Im Moment sind bei den Ausbildungsstellen von Elektronikerinnen und Elektronikern Energie- und Gebäudetechnik noch 110 Stellen unbesetzt; bei den Anlagemechanikerinnen und -mechanikern Sanitär, Heizung und Klimatechnik sind es 98.

Wir haben aber auch einen riesigen Bedarf an pädagogischem Fachpersonal für Kitas und an Ganztagserberzieherinnen und sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten. Dieses Fachpersonal wird an den Fachschulen, an den berufsbildenden Schulen und RBZ ausgebildet. Deshalb ist es wichtig, dass ein Teil der 60 Stellen für die Steigerung der Ausbildungskapazitäten für den pädagogischen Bereich verwendet wird. Das gilt auch für pflegerische Ausbildung an den berufsbildenden Schulen.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Herausforderungen beim Fachkräftemangel sind also in mehreren Bereichen groß. Das Wirtschaftsministerium und das SHIBB müssen all diese Bereiche gleichermaßen zukunftsfähig aufstellen. Dazu gehört auch eine intensivere Kooperation zwischen den Ministerien. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Liebe zahlreiche Besucher auf der Tribüne! Heute Morgen sind es ja nur wenige Besucher, obwohl heute Premiere ist: Die berufliche Bildung hat es - gefühlt - zum ersten Mal in den gesetzten Teil der Tagesordnung geschafft. Damit verdient sie natürlich besondere Beachtung. Das haben wir dem Antrag der SPD-Fraktion zu verdanken - so könnte man vorschnell glauben.

Ursache ist jedoch eine andere. Es sind eine konzertrierte Aktion aus Schulleitungen und dem zuständigen Ministerium sowie die sehr intensive Begleitung von betroffenen Lehrkräften aus dem System der Berufsschulen. Am Ende dieses sehr engagierten Prozesses steht ein Gutachten, nämlich das Prognos-Gutachten. In ihm wird gefühlt - auch hier wieder „gefühlt“ - erstmalig die Situation an den beruflichen Schulen taghell ausgeleuchtet: Die Wertigkeit der beruflichen Bildung für die Gesellschaft und die Bedeutung der Ausbildung für die Wirtschaft auch in der Fläche werden dort deutlich ins Wort gehoben.

Wer es genau gelesen hat, wird hoffentlich Respekt vor der Vielschichtigkeit des Systems der beruflichen Bildung bekommen haben, Respekt vor den dortigen Kolleginnen und Kollegen, die in sechs verschiedenen Schularten mit all ihren unterschiedlichen Schülern, Fachcurricula und Prüfungsordnungen täglich ihren Bildungsauftrag erfüllen wollen und meist auch - und das ist den wenigsten Allgemeinbildnern bekannt - in mehreren Schularten eingesetzt sind. Es gibt sogar welche, die an allen sechs Schularten eingesetzt sind. Das unterscheidet sie wesentlich von den Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen - deren Arbeit selbstverständlich auch herausfordernd ist.

Der tägliche Spagat zwischen Gymnasiasten, Fachoberschülern, Berufsfachschülern, Berufsoberschülern, den Auszubildenden, dem AVSH und den DaZ-Klassen, dazu der Ausgleich zwischen fachlichen Inhalten und pädagogischen Betreuungsnotwendigkeiten, die im Übrigen immer weiter wachsen, sind die Realität im Schullalltag. Die Theorie mit Inhalten gerät häufig in den Hintergrund. Hören Sie einmal auf die Kolleginnen und Kollegen im Land und schauen Sie sich deren Belastung an. Jeder Bildungstheoretiker würde erst einmal ein Schweigegelübde ablegen müssen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die 60 erhaltenen Stellen sehr wichtig; es können gern auch noch mehr sein. Sie sind natürlich wichtig für die duale Ausbildung; vor allem aber stützen sie das berufsbildende System insgesamt und kommen damit dem gesamten Schülerklientel auf dem Weg zu ihren beruflichen Schulabschlüssen zugute.

Insoweit widerspreche ich Ihnen, Kollege Habersaat. Denn allein das zeigt, dass das Gutachten nicht nur auf die duale Ausbildung ausgelegt ist, sondern auch auf den Prozess des Dahinkommens.

In der Zielsetzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mögen sich die hierzu eingebrachten Anträge ähneln. Aber wenn Sie einmal genauer hinschauen, dann unterscheiden sie sich doch. Denn auch in dem Gutachten ist die Rede von - ich zitiere - ortsnaher Beschulung als Voraussetzung für den Zugang zur beruflichen Bildung. Das sind regionale Ausbildungsmöglichkeiten als Faktor bei Standortentscheidungen von Unternehmen. Schulen vor Ort erleichtern den Betrieben den Zugang zu potenziellen Auszubildenden. Der direkte Kontakt zwischen den Betrieben und Schulen erleichtert den fachlichen Austausch sowie die Betreuung. Hier werden also die neuralgischen Punkte im System klar und differenziert benannt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Knöfler, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Anmerkung?

Peer Knöfler [CDU]:

Gern.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Knöfler, ich zitiere einmal von Seite 7 des Gutachtens:

„Diese Studie konzentriert sich auf den Teilbereich der Bildungsgänge, die - in dualer oder schulischer Form - zu einem Abschluss

(Peer Knöfler)

in einer staatlich anerkannten Berufsausbildung führen.“

Das ist ja nun, was die Breite dessen angeht, was die beruflichen Schulen bieten, nicht das, was Sie in Ihrem Antrag formulieren. Finden Sie nicht auch, dass es schön gewesen wäre, wenn das Gutachten von vornherein auch in der Breite vorgegangen wäre, wie Sie das in Ihrem Antrag dargelegt haben?

- Lieber Herr Kollege Habersaat, es ist immer schöner, mehr zu haben. Aber es macht manchmal auch Sinn, Dinge zu teilen. In diesem Bereich ist die berufliche Bildung beleuchtet worden. Dabei ist auch darauf geguckt worden, was zur beruflichen Ausbildung führt. Dazu gehören Berufsfachschulen und die ähnlichen Schulen, die heute schon x-mal aufgeführt worden sind. Deshalb ist der Bereich auch entsprechend beleuchtet worden.

(Beifall CDU und FDP)

In meinen Augen fehlt es in Ihrem Antrag an der gebotenen Differenzierung. Der von Ihnen verwendete Begriff einer „Grundversorgung der beruflichen Schulen“ wird dem sicher nicht gerecht. Mehr noch: Schlechter Stil ist es, wenn ich ein Gutachten öffentlich auswerte, bevor der Auftraggeber die Möglichkeit dazu hatte.

Hier sehen wir allerdings, dass der Auftraggeber sofort auf essenzielle Problemlagen reagiert hat, nämlich mit dem Erhalt der 60 Stellen. Das hat dann aber sicher nichts mit dem Antrag der SPD-Fraktion zu tun. Das an sich ist schon immer angemessen, ist aber in der Vergangenheit - zu meiner Zeit an der Schule, das waren immerhin 18 Jahre - selten passiert.

Da wir im Ansinnen nicht weit voneinander entfernt sind, stimmen Sie doch unserem Antrag zu und in der Folge auch dem Haushalt, in dem die Stellen enthalten sind. Für Ihre gute Absicht tröste ich sie abschließend mit einem Zitat von Rousseau - mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Der Wurf mag zuweilen nicht treffen, aber die Absicht verfehlt niemals ihr Ziel.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt das Wort die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein ist vielseitig. Wir haben hier eine Bildungslandschaft, die aus Kombination zwischen Praxis und Schule besteht und direkt berufsbezogene Inhalte vermittelt.

Bevor ich mit meiner Rede fortfahre, möchte ich auf verschiedene Aussagen von Christopher Vogt und Peer Knöfler eingehen.

Für dieses Prognos-Gutachten sage ich ein herzliches Dankeschön an die SPD-Fraktion. Denn ohne Martin Habersaat hätten wir dieses Prognos-Gutachten von der Landesregierung freiwillig nicht bekommen.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf CDU)

- Doch, das ist so.

Wenn Peer Knöfler sagt, man könne ja immer mehr fordern, dann sage ich: Ja, wenn man so gute berufliche Bildung und duale Bildungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein hat - Ines Strehlau hat es vorhin auch noch einmal gesagt -, dann hätte man die sechs Facetten dieser beruflichen Bildung auch mitnehmen können. Dann hätten man das nämlich klug beleuchten können!

(Beifall SSW und SPD)

Dann möchte ich zu Christopher Vogt kommen. Er sprach von dem Akademisierungswahn, den wir in Schleswig-Holstein und Deutschland haben. Ich bin froh, wenn junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichen können. Ob sie studieren gehen oder ob sie in eine berufliche Ausbildung gehen, das ist völlig egal. Hauptsache, sie haben einen guten Bildungsabschluss, der sie in ein selbstbestimmtes Leben führt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kollegin, das hat den Kollegen Vogt zu einer Bemerkung angeregt. Gestatten Sie diese?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ja.

Christopher Vogt [FDP]: Liebe Kollegin, ich habe von Akademisierungswahn ausdrücklich nicht gesprochen, sondern von einem zunehmenden Trend zur Akademisierung. Das war eine reine Feststellung. Ich

(Jette Waldinger-Thiering)

finde genauso wie Sie: Jeder sollte aus seinem Talent das Beste machen und einen möglichst hohen Bildungsabschluss anstreben.

Wir haben ja viele Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen, die auch stark beworben werden. Wenn man das Abitur hat, dann besteht natürlich oft nicht der Anreiz, in die berufliche Ausbildung zu gehen, was ich bedaure. Denn ich glaube, heutzutage könnte man viel mehr auch im Handwerk erreichen - auch viele Menschen mit einem Studium, bei dem man vielleicht nicht glücklich wird und dieses abbricht. Deswegen: Von einem Akademisierungswahn habe ich nicht gesprochen.

Ich teile Ihre Haltung: Jeder sollte den höchsten Bildungsabschluss anstreben, den er möchte. Ich bin aber auch der Meinung, dass die berufliche Ausbildung für viele Menschen ein guter Weg wäre. Deswegen bin ich der Meinung, dass auch das stärker beworben werden muss. Das will ich nicht gegeneinander ausspielen.

- Vielen Dank für Ihre Zwischenfrage. Dann ist es gut, dass ich das einmal erwähnt habe. Dann sind wir eventuell nicht ganz so weit auseinander.

Die Mini-Oberstufen, die wir noch in unseren Gemeinschaftsschulen haben, sind wichtig, denn wir haben in Schleswig-Holstein weiße Flecken gehabt, wo junge Menschen die Ersten in ihren Familien waren, die überhaupt ein Abitur gemacht oder einen höheren Bildungsweg angestrebt haben, weil sie ganz einfach keine Möglichkeit gehabt haben, auf ein Gymnasium oder in eine Oberstufe zu kommen. Ich erinnere nur an das Beispiel Tönning. Insofern ist es richtig und wichtig: Das sind gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Martin Habersaat [SPD])

Wieso haben wir so viele junge Menschen, die keine berufliche Ausbildung mehr wählen? Wir haben über Berufsorientierung und die BA gesprochen, wir haben auch unsere Jugendberufsagenturen nach dem Hamburger Modell in Schleswig-Holstein. Aber: Wenn wir nur Fachlichkeiten in der Schule abrufen, wie soll dann ein junger Mensch jemals wissen, dass er auch seine Hände für etwas gebrauchen kann, dass er mit seinen Händen ein Resultat schaffen kann? - Da springt die Kette ab.

Wir müssen wieder viel mehr Kreativität in die Schule bringen. Wir müssen den jungen Menschen am Ende des Tages zutrauen, dass sie diese Dinge machen können.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso haben so viele Menschen in der Pandemie ein FSJ gemacht? Weil sie nicht gewusst haben: Was mache ich eigentlich nach der Schule, wenn ich fertig bin? Deshalb ist es gut und richtig, dass wir in der Küstenkoalition damit angefangen haben, die Stellen für das FSJ aufzustocken. Jamaika hat jetzt noch ein bisschen raufgekippt. Es ist ganz wichtig, dass junge Menschen auch an ihre anderen Qualifikationen glauben können, und nicht nur, dass sie ein Diktat oder einen Aufsatz schreiben können.

Lieber Christopher Vogt, der Anteil unserer Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein ohne Bildungsabschluss, 6 % - es waren auch schon einmal 8 % -, ist zu hoch. Kære venner, das sind unsere Rohdiamanten, um die wir uns kümmern müssen. Die benötigen wirklich unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir können kein Kind zurücklassen. Es wird sicherlich immer jemanden geben, der keinen Bildungsabschluss oder Schulabschluss kriegen kann. Wir müssen uns gemeinsam mit der BA, mit der Jugendberufsagentur und der Jugendhilfe um diese Kinder kümmern.

(Beifall SSW, Martin Habersaat [SPD], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und)

Dann möchte ich noch einmal das Handwerk und den Transformationsprozess ansprechen. Wir haben gestern viele Stunden über Klimawandel gesprochen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ja!)

- Hans-Jörn Arp wird niemals jemand sein, mit dem wir den Klimawandel hinkriegen können.

(Tobias Koch [CDU]: Was soll denn so etwas jetzt? - Unruhe CDU)

- Ja, warum redet er immer so? - Wir müssen die jungen Leute davon überzeugen, grüne Berufe zu ergreifen.

(Anhaltende Unruhe CDU - Zuruf CDU: Das gehört dazu! Erst der Tadel, dann die Empörung! - Zuruf: Was war das denn?)

(Jette Waldinger-Thiering)

- Bitte einmal unterbrechen! - Also, Hans-Jörn Arp, vielleicht nehme ich das gerade noch einmal zurück, aber vielleicht sind auch die Zwischenrufe nicht immer ganz angebracht.

(Vereinzelter Beifall - Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt einfach!)

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir müssen auch für das Handwerk neue Berufe definieren. Das sind die grünen Berufe.

(Unruhe)

- Gut, wunderbar, dass wir morgens um zehn über berufliche Bildung sprechen. Dann sind alle noch fit und hören einigermaßen zu.

(Zuruf Hartmut Hamerich [CDU])

Wir müssen diese grünen Berufe, wir müssen Transformation hinkriegen. Wir müssen Menschen haben, die mit uns die Energiewende hinkriegen. Das war mein Punkt - und da fängt Hans-Jörn Arp an zu reden -, das müssen wir hinkriegen. Ansonsten - ohne Handwerk und grüne Berufe - werden wir das nicht hinkriegen.

Die nächste Landesregierung hat echt etwas vor sich. Bildung und berufliche Bildung müssen wieder zusammengeführt werden, damit wir genau das hinkriegen.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wirklich Gute an Ihrem Antrag, Herr Habersaat, ist, dass Sie ihn heute Morgen gesetzt haben, weil das der beruflichen Bildung in diesem Haus - morgens um zehn am Donnerstag - einen Stellenwert gibt, der ihr tatsächlich zusteht. Dafür bin ich sehr dankbar. Das ist das wirklich Gute.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, auch die SPD hat inzwischen erkannt, dass der Fachkräftemangel laut unserer Projektion bis zum Jahr 2030 im Lande bedeuten kann, dass wir bis zu 180.000, bis zu 200.000 Fachkräfte zu wenig haben werden. Davon müssen 85 % nicht etwa über eine Hochschulaus-

bildung, sondern 85 % über eine duale Ausbildung verfügen.

Das Thema Fachkräftemangel steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit unserer dualen Ausbildung. Der beruflichen Bildung kommt deshalb ein Schwergewicht in unserem Land zu, in der Bestrebung, junge Menschen davon zu überzeugen - so dass, was wir sagen, ab und an auch einmal in den Köpfen Realität wird -, dass uns der Meister genauso wichtig ist wie der Master.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist gut und richtig, und ich bin sehr dankbar dafür, dass die Koalition mit der Nachschiebeliste beschlossen hat, nicht etwa, wie es die Personalzuweisungsverordnung vorgesehen hätte, einfach weitere 60 Stellen im Bereich der beruflichen Schulen abzubauen, sondern zunächst einmal für eine Phase zu sagen: Halt! - Es darf nicht passieren, dass wir uns mit der einfachen Reduktion dieser Stellen gegebenenfalls in Teilen aus der Fläche des Landes bei der Berufsbildung sogar zurückziehen müssen, weil wir die Angebote nicht mehr aufrechterhalten können. Das soll uns nicht passieren. Deshalb heißt es: jetzt einmal kurzfristig einfrieren und eine ordentliche Schulentwicklungsplanung machen. Auch das ist in dem Antrag der SPD goldrichtig ausgedrückt. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn es richtig ist.

Herr Habersaat, das einzige Problem, das Sie haben, ist, dass Sie in der Tat so tun - Ihr Antrag stammt vom 9. November 2021, und am 17. November 2021 habe ich es bereits verkündet -, als gebe es eine Kausalität. Das Strategiepapier des SHIBB, das die entsprechenden Maßnahmen enthält, stammt vom 24. August 2021. Auf der Schulleiterdienstversammlung am 20. September dieses Jahres ist das intensiv beraten worden; daher haben Sie wahrscheinlich auch Ihre Erkenntnisse. - Es macht ja nichts. Wenn die Opposition in diesem Hause immer das beantragt, was sowieso passiert, soll es mir recht sein.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn die Opposition sich allerdings hier in Ihrer Person, Herr Habersaat, tatsächlich hinsetzt und so tut, als wäre zwischendurch gar nichts passiert, sagt, jetzt werde ein Gutachten aufgelegt und das sei alles, was diese Landesregierung für die berufliche Bildung tut, dann darf ich einmal klitzeklein und ganz vorsichtig an eine einzige Tatsache erinnern: Herr Habersaat, Sie und Ihre Bildungsministerin haben aus der letzten Legislaturperiode die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein mit einer

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Unterrichtsversorgung von 91,8 % hinterlassen. 91,8 % Unterrichtsversorgung!

(Beifall FDP und CDU)

Es war unsere Aufgabe, dafür zu sorgen; es war Karins Priens Aufgabe, das zu machen. Sie hat das sofort realisiert und ist sehr schnell auf eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung in der beruflichen Bildung gekommen. Sehr geehrter Herr Habersaat, das ist unsere Leistung, nicht Ihre.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Gestatten Sie mir freundlicherweise auf Ihre Frage nach dem Motto: „Ist es jetzt so schlau, ein Prognos-Gutachten nur für die duale Ausbildung zu machen?“, szu agen: Ja, das war unser Wunsch, Herr Habersaat. - Warum war es unser Wunsch? Das war es, weil Prognos uns gesagt hat: „Wenn wir das ganze System betrachten, wird die Begutachtung deutlich länger dauern“, und: „In Wahrheit geht es auch darum, dass der größte Teil eures Problems ausschließlich im Bereich der dualen Ausbildung stattfindet“.

Wir haben es nämlich ansonsten - das wissen Sie sehr genau - in weiten Teilen auch bei den beruflichen Gymnasien, Berufsfachoberschulen und Fachschulen im weitesten Sinne mit Allgemeinbildung zu tun. Das größte Problem, das wir haben, entsteht aber bei der dualen Ausbildung.

Deshalb war es wichtig, zunächst einmal abzuschichten, zu konzentrieren und mit dieser Konzentration dafür zu sorgen, dass wir uns für die Grundlagen einer Schulentwicklungsplanung gerade diesem Teil der dualen Ausbildung zuwenden. Das bedeutet überhaupt nicht, dass wir die anderen fünf Schularten des berufsbildenden Systems vergäßen. Natürlich werden auch sie in die Schulentwicklungsplanung einbezogen. Ob wir dazu noch ein Gutachten brauchen, weiß ich noch nicht. Das kann ich noch nicht absehen. Es ist aber wichtig, dass wir jetzt für einen überschaubaren Zeitraum dazu kommen, genau diese Schulentwicklungsplanung zu machen.

Der Ehrlichkeit halber will ich sagen, dass wir an bestimmten Zielkonflikten nicht vorbeikommen werden. Die Demografie wird schlicht dafür sorgen, dass wir mit rückläufigen Schülerzahlen auch an den berufsbildenden Schulen zu tun haben werden, selbst wenn wir das Image und viele Dinge rund um die Ausbildung ergänzen und verbessern, was notwendig ist.

Es gibt viele Instrumente, die noch viel zu wenig zur Anwendung kommen: Teilzeitausbildung ist noch kein Instrument, das angewandt wird. Wir brauchen modulare Ausbildungsmöglichkeiten, um gegebenenfalls Qualifikationen aufeinander aufsetzen zu können, um es auch denjenigen zu ermöglichen, einen qualifizierten Abschluss zu machen, die nicht gleich das ganz große Ausbildungsthema realisieren können.

(Beifall FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Das steht dankenswerterweise auch im neuen Koalitionsvertrag in Berlin auf der Agenda.

Dann werden wir auch mit der Schulentwicklungsplanung sehen müssen, wie wir dahin kommen, dass wir eben aus der Fläche keine Rückzüge realisieren müssen. Das wird nicht einfach so sein, indem man sagt: Wir lassen alles, wie es ist. - Da werden wir Modelle finden müssen. Mir schwebt - um es ganz deutlich zu sagen - vor, dass es gerade darauf ankommen wird, in den ersten Jahren einer dualen Ausbildung die Berufsschulen möglichst wohnortnah zu haben, weil wir feststellen, dass die Schülerinnen und Schüler, wenn sie mit 15, 16 Jahren in die duale Ausbildung gehen, in der Tat wohnortnah gebunden sind und da weitere Wege nur sehr schwer machen können. In einem dritten Jahr mit einer spezialisierten Ausbildung kann es sehr wohl sein, dass man dann sagt: Diese speziellen Dinge machen wir lieber an einem zentraleren Ort, weil das Equipment dafür zur Verfügung zu stellen, viel zu teuer wäre, als es an einem Standort wie zum Beispiel Niebüll bereithalten zu können.

Das sind die Modelle, über die wir mit den Trägern im Handwerk teilweise reden müssen, damit wir in der Fläche eine Versorgung haben, aber auch die notwendige Spezialisierung in den Ausbildungsberufen darstellen können. Das ist die Schulentwicklungsplanung, Herr Habersaat, die vor uns liegt und die wir machen müssen.

Wenn Sie mir noch einen letzten Satz gestatten, lieber Herr Habersaat:

(Martin Habersaat [SPD]: So viel Sie möchten, Herr Buchholz!)

Ich empfehle Ihnen, im Hinblick auf die Frage, ob die berufliche Bildung beim Wirtschaftsministerium gut angedockt ist, einfach einmal wieder eine Berufsschule zu besuchen und mit den Leiterinnen und Leitern der berufsbildenden Schulen zu sprechen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Serpil Midyatli [SPD]: Mein Sohn geht jeden Tag in eine! Der sieht die auch von innen! Das ist eine Unverschämtheit!)

- Das gilt auch für Sie, Frau Midyatli. Das sollten Sie in der Tat wieder einmal tun.

(Serpil Midyatli [SPD]: Aber mein Sohn geht auf eine! Täglich!)

- Das ist ja sehr schön. Dann werden Sie zur Kenntnis nehmen, dass es an den berufsbildenden Schulen wegen der Tatsache, dass jetzt wieder eine größere Aufmerksamkeit auf diesem Thema liegt, eine hohe Zufriedenheit gibt.

(Zurufe)

Anders, als es Karin Prien bei den vielen Schulen, die sie nun mal hat, leisten kann, gibt es da eine andere Sichtweise aus dem Wirtschaftsministerium. Es wird mit hoher Sympathie gesehen, dass diese Sichtweise aus dem Wirtschaftsministerium kommt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist etwas, das Sie wahlkämpferisch zur Kenntnis werden nehmen müssen, liebe Frau Midyatli: Die Zufriedenheit bei den Leiterinnen und Leitern der Schulen in der Berufsbildung ist groß und ausgeprägt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anmerkung oder Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strehlau?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich, gern.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister Buchholz, kann es sein, dass diese Zufriedenheit zu einem großen Teil damit zu tun hat, dass wir jetzt ein SHIBB haben, bei dem die berufliche Bildung gebündelt und gestärkt wird?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

- Liebe Frau Strehlau, das steht völlig außer Frage. Natürlich ist die Zufriedenheit mit dem SHIBB auch dabei. Dass die Ernennung von Schulleitern an berufsbildenden Schulen jetzt mal ab und an durch den Minister selbst stattfindet, dass man an den Schulleiterdienstbesprechungen sogar mal als Minister oder Staatssekretär teilnehmen kann, ist eine Aufmerksamkeit, die es vorher nicht gegeben

hat. Das wissen die Damen und Herren sehr wohl zu schätzen.

(Ministerin Karin Prien: Das ist doch Quatsch!)

Das freut mich. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Redezeit steht nun allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Als Erstes hat sich der Kollege Habersaat - ich glaube, zu einem Kurzbeitrag und nicht zur Restredezeit - gemeldet. Das wäre deckungsgleich, die Wahl ist frei.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich nehme die 3 Minuten vom Minister, dann hätte ich noch 3 Minuten, um spontan zu reagieren.

Herr Buchholz, die Kritik an Frau Prien haben wir zur Kenntnis genommen. Ansonsten war es rhetorisch beeindruckend.

(Beifall FDP)

- Ja, da kann man ruhig klatschen: Herr Buchholz schafft es in der gleichen Rede, mir auf der einen Seite vorzuwerfen, ich hätte meine Informationen aus Schulleiterdienstversammlungen und aus Gesprächen; daraus stellte ich meine Anträge hier. In der gleichen Rede schafft er es auf der anderen Seite, mir vorzuwerfen, dass ich nicht mit den Schulleitungen beruflicher Schulen redete. - Das ist doch super!

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Und Sie klatschen immer fleißig, das ist ganz hervorragend!

Herr Buchholz war ja lange vor mir schon Mitglied dieses Hohen Hauses, dann allerdings eine Zeit lang nicht. In dieser Zeit gab es - das will ich hier zu Protokoll geben - mit dem Bund einen Konsolidierungspfad. Da kann Frau Heinold auf Anfrage sicherlich etwas zu sagen. Dieser Konsolidierungspfad beinhaltete auch bei Lehrkräften einen unseligen Stellenabbau. Da kann eigentlich keine demokratische Fraktion hier im Haus sagen, dass sie da nie etwas mit zu tun gehabt hätte.

(Martin Habersaat)

Es war aber ein Erfolg, dass es seit vielen Jahren kontinuierlich gelingt, die Zahl der Lehrerstellen in Schleswig-Holstein wieder aufzubauen und die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Insofern ist es ein bisschen ungehörig, auf diesen Übergangzeitpunkt zu verweisen, Herr Buchholz, und so zu tun, als wäre nicht selbstverständlich jede Landesregierung seit 2017 diesen Weg weitergegangen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wenn wir bei 2017 sind: Da hätte ich mir einen Hinweis von Ihnen gewünscht, warum Sie 2017 diese landesweite Schulentwicklungsplanung für berufliche Schulen so wichtig fanden, dass Sie sie in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, dann aber jahrelang nichts getan haben, um sie voranzubringen. Wenn Sie heute sagen, Sie hätten erste Ideen für Modelle, ist das einerseits schön, aber andererseits verdammt spät.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anmerkung oder Zwischenfrage des Herrn Kollegen Tobias von der Heide?

Martin Habersaat [SPD]:

Gerne.

(Serpil Midyatli [SPD]: Der soll mal eine berufliche Schule von innen sehen!)

Tobias von der Heide [CDU]: Ich bin schon oft an einer beruflichen Schule gewesen. - Herr Abgeordneter Habersaat, was der Minister gesagt hat, zielt ja besonders auf berufliche Schulen und die Unterrichtsversorgung dort. Es ist ja so gewesen, dass in Ihrer Verantwortungszeit die beruflichen Schulen eine deutlich schlechtere Unterrichtsversorgung als allgemeinbildende Schulen hatten. Da ist meine Frage: Warum ist das denn so gewesen? Sie scheinen da ja einen anderen Schwerpunkt gesetzt zu haben.

- Das ist eben nicht so, Herr Kollege von der Heide, sondern die beruflichen Schulen hatten traditionell von allen Schularten bedauerlicherweise die schlechteste Stellenversorgung. Das ist in allen Schularten bergauf gegangen, und als letzte von allen Schularten haben jetzt auch die beruflichen Schulen 100 % Unterrichtsversorgung im Blick.

Das hat aber nichts, gar nichts, mit politischer Schwerpunktsetzung zu tun. Es war ein gleichmäßiger Weg über all die Jahre.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Tobias von der Heide [CDU]: Darf ich noch mal fragen?)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

Tobias von der Heide [CDU]: Das Wort „traditionell“ ist sehr interessant. Es gab ja hier sehr viele sozialdemokratische Bildungsminister, die diese Tradition anscheinend geprägt haben. Können Sie mir erklären, wie diese Tradition entstanden ist?

Martin Habersaat [SPD]:

Entscheidend sind die Jahre, in denen der Konsolidierungspfad vereinbart wurde und in denen wir den Stellenabbaupfad vor uns hatten und somit das Problem, keine Stellen schaffen zu können. Ich gebe zu Protokoll, dass die Finanzministerin meinen Ausführungen zuhört und nickt. Wenn Sie weitere Fragen haben, bin ich mir sicher, dass Sie das ja markaintern gut lösen können.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir können es ja versöhnlich beenden, meine Damen und Herren: Sie sind zufrieden, wenn die Opposition beantragt, was passiert. Die Opposition ist zufrieden, wenn passiert, was sie beantragt. Insofern: alles gut. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Heiterkeit Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3412, in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3448, in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW - -

(Lars Harms [SSW]: Wir haben zugestimmt!)

- Okay. Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Zustimmung aller anderen Fraktionen und Abgeordneten angenommen.

(Bernd Heinemann [SPD]: Nicht alles durcheinanderbringen! - Weitere Zurufe)

Ich lasse noch einmal abstimmen. Irgendwie habe ich gar nichts gesehen. - Damit ist der Antrag bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit Zustimmung aller anderen Fraktionen und Abgeordneten angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf:

Radinfrastruktur in Schleswig-Holstein Radwegenetz, Finanzierung, Investitionsplan

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3395

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Somit erteile ich das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Bericht zur Radinfrastruktur im Lande Schleswig-Holstein vor. Schleswig-Holstein nimmt mit 80 % Radwegen an Landes- und Bundesstraßen nach wie vor eine absolute Vorreiterrolle in Deutschland ein, was das Vorhandensein von Radwegen angeht.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Das ist nicht allein unser Verdienst in Jamaika, sondern das ist über viele Jahre angelegt worden. Das ist eine Poleposition, die uns beim Radwegethema ganz nach vorn bringt.

Das zeigt, dass wir nicht in der infrastrukturellen Grundversorgung an Bundes- und Landesstraßen ein Problem haben, sondern dass wir ein Problem

bei der Qualität von Radwegen und bei dem einen oder anderen Lückenschluss haben. Wir werden das Umsteigen von anderen Mobilitätsmitteln auf das Fahrrad im Wesentlichen da schaffen, wo es um die kurzen, täglichen Wege geht, um die kommunalen Wege, die Wege zur Schule, zur Arbeit. Mancher Radweg an einer Landesstraße ist zwar ganz schön, aber er dient nicht diesen täglichen Wegen.

Deshalb müssen wir da einen Schwerpunkt setzen, wo Radwege täglich genutzt werden - das sind im Wesentlichen Radwege in kommunaler Zuständigkeit -, und da mehr tun. Dazu braucht es das entsprechende Förderinstrumentarium, dazu braucht es vor allem aber auch kommunale Kümmerer, die ernst nehmen, dass das Radinfrastrukturthema auch auf kommunaler Ebene gedacht wird.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich finde es schön, dass wir das gemeinsam so sehen. Wir haben RAD.SH gegründet, damit ein Kompetenzzentrum im Lande entsteht, auf das die Kommunen zugreifen können, um nicht alles selbst erfinden zu müssen.

Das heißt nicht, dass wir untätig gewesen sind. An Bundesstraßen wurden in den Jahren 2019 und 2020 etwa 50 km Radwege saniert, für das Jahr 2021 sind es 18 km. An Landesstraßen wurden in den Jahren 2019 und 2020 etwa 120 km Radwege saniert, für das Jahr 2021 sind knapp 80 km geplant beziehungsweise teilweise umgesetzt. Für die Förderung nach dem GVFG unseres Landes sind für 2021 zehn Radwegemaßnahmen an kommunalen Straßen vorgesehen gewesen und umgesetzt worden. Für fünf von 13 Radfernwegen ist die Zustandserfassung beauftragt; die restlichen acht folgen im Jahr 2022.

Es geht bei Infrastrukturmaßnahmen für Radwege nicht nur um die Radwege selbst, es geht zum Beispiel auch um zwischen 2017 und 2021 aus GVFG-Mitteln für den ÖPNV geförderte 35 Bike-and-ride-Anlagen, die an den Übergangspunkten der Mobilität dafür sorgen sollen, dass besser Fahrrad gefahren werden kann, um dann auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Es konnten bereits 68 kommunale Projekte für Radverkehrsanlagen an den Bund zur Finanzierung aus dem Sofortprogramm „Stadt und Land“ gemeldet werden, und für 46 dieser Projekte liegt inzwischen eine Finanzierungszusage des Bundes vor. Wir sehen: Es kommt in Schwung, es rollt, es wird in die Pedale getreten, viele der Maßnahmen sind schon umgesetzt.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Das alles gibt es natürlich nicht kostenlos; es hat erhebliche Investitionen in den Radverkehr und Lückenschlüsse gegeben. Allein 2022 werden noch 5,2 Millionen € für den Lückenschluss zwischen Rütting und Grube und 3,2 Millionen € für den zwischen Glasau und Barghorst aus dem IMPULS-Programm finanziert, Sanierungsmaßnahmen 7,5 Millionen € 2,5 Millionen € Es stehen 25 Millionen € aus IMPULS-Mitteln für Lückenschlüsse zur Verfügung, 20 Millionen € für die Kommunen aus dem Fonds „Schule, Klimaschutz und Mobilität“, die noch zugewiesen werden müssen, 40 Millionen € aus „Stadt und Land“ und 10 Millionen € aus dem Bundesprogramm Radschnellwege. All diese Mittel sollen gezielt eingesetzt werden.

Mit diesem Bericht legen wir eine konkrete Planung für die nächsten zwei, drei Jahre vor. Insgesamt werden - das können Sie dem unendlichen Tabellenwerk des Berichts entnehmen - in den nächsten zwei Jahren 156 Sanierungsmaßnahmen aufgelistet plus 12 Neu- und Ausbaumaßnahmen, den einzelnen Jahren klar zugeordnet, sodass man sehen kann, was wann gemacht wird.

Dies ist ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem neuen landesweiten Radverkehrsnetz. Das ist seit 2004 in diesem Land nicht mehr geschehen, und es bedarf eines solchen neuen landesweiten Radverkehrsnetzes. Dessen Erarbeitung dauert ungefähr zwei Jahre.

Deshalb war es mir wichtig, zwischendurch einmal diesen Infrastrukturbericht vorzulegen, damit man sehen kann, dass bis dahin nicht etwa Pause ist, sondern dass es eine klare Planung gibt, wie wir den Radwege-Infrastrukturausbau in diesem Land in den nächsten zwei Jahren beschleunigen, wie wir die Mittel dafür zur Verfügung stellen und wie wir - das ist der entscheidende Teil - jetzt auch die Kommunen in die Lage versetzen, auch wenn sie nicht über viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen, über die Kompetenz von RAD.SH an die entsprechenden Fördermittel zu kommen und Radwege ausbauen zu können.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abschluss ein Spezialthema ansprechen, das die Qualität der Radwege, aber auch die ökologische Situation im Lande angeht. Das ist das berühmte Thema der Wurzelaufbrüche. In Schleswig-Holstein, dem Land der Alleen, hat man in den 60er- und 70er-Jahren die Radwege gern in die Nähe von Alleen gebaut, möglichst dicht ran an die schönen Bäume. Das Ergebnis ist,

dass sich die Bäume von unten an die Radwege heranarbeiten, sodass die berühmten Aufbrüche der Wege entstehen.

Die Lösung des Problems, wie sie einmal ein ADFC-Vorsitzender mir gegenüber vorgeschlagen hat: „Fahr da doch einfach mit der Fräse rüber, und dann wird neu geteert“, ist ebenso unsinnig wie nicht gangbar, weil der Radweg zwei Jahre später wieder komplett kaputt ist. Es ist auch keine Lösung, den Bäumen ihr Wurzelwerk zu entfernen, denn es kann nicht unser Interesse sein, Alleelandchaften zu zerstören. Es muss unser Interesse sein, die Bäume zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss deshalb einen Kompromiss geben zwischen denjenigen, die aus ökologischen Gründen Rad fahren wollen, und denjenigen, die aus ökologischen Gründen Bäume erhalten wollen.

(Zurufe)

Wir sind zurzeit dabei, einen solchen Kompromiss auszuhandeln. Dabei bitte ich um Unterstützung vonseiten der Politik. Es wird ein Kompromiss sein, der nicht allen passen wird. Wir werden damit arbeiten müssen, dass es in der Nähe von Bäumen, wo sich der Radweg nicht wegverlegen lässt, zu sogenannten wassergebundenen Decken kommt, die atmen, die nicht aufbrechen können. Das wird von Radfahrern oft als mindere Qualität betrachtet, aber es ist die höchste Qualität, die wir in der Nähe von Bäumen erreichen können.

Anders herum wird der eine oder andere der Naturschützer damit zurechtkommen müssen, dass wir, wenn wir einen Radweg verbreitern müssen, um entsprechende Qualität herzustellen, auch einmal einen Baum versetzen müssen und er nicht wieder in unmittelbarer Nähe an den Radweg herangesetzt werden kann, sondern ein Stück weiter gesetzt werden muss. Das sind die Kompromisse, die vor uns liegen.

Morgen findet dazu in diesem Land eine Fachtagung mit allen beteiligten Verbänden statt. Mein Ziel ist es, auf dieser Fachtagung einen Schulterchluss zwischen allen aus der Ökologie und allen Radambitionierten zu schaffen und im nächsten Frühjahr eine gemeinsame Vereinbarung zu schließen, mit der wir alle ein gemeinsames Verständnis von der bestmöglichen Qualität in diesem Bereich bekommen und uns das wechselseitig aufschreiben, damit dieses Problem besser gelöst wird als in der Vergangenheit.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Werner Kalinka?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich immer gern.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Minister, vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass ich dieses Thema als Abgeordneter hier vor einigen Monaten angesprochen habe. Ich freue mich, dass Sie jetzt besonders initiativ werden. Wäre es nicht gut gewesen, wenn Sie einen Kompromiss und Einvernehmen erzielen wollen, eine solche Tagung nicht an einem Tag durchzuführen, an dem wir Landtagssitzung haben?

(Beifall)

- Herr Abgeordneter, ja, es wäre gut gewesen; aber Termine zu finden, ist nicht immer leicht. Allerdings ist dies auch erst der Beginn des Prozesses, bei dem ich möchte, dass Sie sich anschließend alle einbringen können. Morgen kommt es nur zu einer ersten Vorstellung und nicht zum Abschluss einer Vereinbarung. Dies ist erst der Auftakt der Arbeit an einem gemeinsamen Verständnis.

Sie wie alle anderen Interessierten lade ich herzlich ein, in den nächsten drei Monaten mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass tatsächlich eine gemeinsame Vereinbarung zu diesem Thema erreicht werden kann.

Es ist in der Tat so - Sie haben es angesprochen -: Wir werden jetzt initiativ. Lassen Sie uns gemeinsam initiativ werden, zum Wohle des Radverkehrs in diesem Land. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten 30 Sekunden überzogen. Diese zusätzliche Redezeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Vor ein paar Monaten haben wir über das Thema Radverkehr in diesem Haus gesprochen und die Landesregierung gebeten, einen Investitionsplan für das Land aufzustellen. Heute haben wir den Bericht dazu erhalten. Ich danke dem Herrn Minister für diesen Bericht. Wenn wir Seite 28 des Berichts anschauen - das empfehle ich Ihnen ganz dringend -, können wir tatsächlich viele Projekte im Land ausmachen, mit denen ganz konkret Radwege ausgebaut, gebaut, umgebaut beziehungsweise verbessert werden sollen. Da ist richtig Musik drin. Im ganzen Land entstehen Radwege oder werden saniert.

Die Herausforderungen sind dabei unter anderem die Baulastträgerschaften, die aufgeteilt sind. Bei Bundesstraßen besitzt der Bund die Baulastträgerschaft, der diese in Auftragsverwaltung dem Land übergeben hat, bei Kreisstraßen ist der Kreis Baulastträger, an Landesstraßen sind wir es selbst, und bei den sogenannten selbstständigen Radwegen ist dies genauso wie bei den Gemeindestraßen meist die Gemeinde. Wir müssen also bei den Finanzierungssträngen immer darauf achten, dass wir alle mitnehmen, wenn wir ein flächendeckendes und durchgängiges Radwegenetz in Schleswig-Holstein haben wollen.

Unser Ziel ist es dabei nicht nur, mit dem Fahrrad flächendeckend von A nach B kommen zu können und Lücken zu schließen. Nein, wir wollen auch einen angemessenen Standard erhalten und ganz klipp und klar einen Standard definieren, sodass man weiß, Radwege in Schleswig-Holstein entsprechen genau diesem Standard. Daher ist es gut, dass es auch eine Diskussion mit den Beteiligten gibt, um beispielsweise solche Themen wie Wurzelaufbrüche - diese haben gerade sehr viel Raum eingenommen - zu diskutieren und Abwägungen zu treffen, sodass man gemeinsam zu Lösungen kommt.

Dort, wo Menschen täglich viele Wege mit dem Rad fahren, muss eine hochwertige Radinfrastruktur zur Verfügung stehen. Hierbei geht es nicht nur um Daseinsvorsorge, Gesundheitsförderung und Tourismus, nein, dabei geht es auch darum, einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, einen infrastrukturellen Beitrag zum Klimaschutz, zu leisten; denn nur dort, wo gute Radwege sind, sind die Menschen auch bereit, das Auto stehen zu lassen und auf das Rad umzusteigen.

Wir wollen eine Verlagerung von Pkw-Fahrten auf das Fahrrad, wir wollen die Kombination von Rad

(Lukas Kilian)

und ÖPNV und werden gemeinsam mit der NAH.SH die Attraktivität des Umstiegs vom Rad auf die Schiene verbessern. Auch das können Sie diesem Bericht entnehmen.

Aber wir starten nicht im Nirgendwo. Schleswig-Holstein ist schon jetzt ein Fahrradland. Wenn wir uns die Infrastruktur in unserem Lande anschauen, stellen wir fest: Fast 80 % der Strecken der Bundesstraßen, 64 % der Strecken der Landesstraßen und rund 41 % aller Kreisstraßen haben einen eigenen Radweg. Das ist deutschlandweit absolute Spitze. Ich sage es einmal so: Daran wird deutlich, warum so viele glückliche Menschen in diesem Land leben. Wenn man will, kann man also relativ leicht aufs Fahrrad umsteigen.

Problematisch ist eben die Baulastträgerschaft, aber zum Teil auch die länderübergreifende Zusammenarbeit. Ich bin froh, dass jetzt in der Metropolregion Hamburg Machbarkeitsstudien entwickelt worden sind, um Radschnellwege, diese Velorouten, in die Innenstadt von Hamburg zu schaffen. Das ist tatsächlich eine hervorragende Maßnahme, damit man das Auto am Hamburger Rand stehen lassen kann und schnell und attraktiv auf sogenannten Fahrradautobahnen - lustig, dass darin das Wort „Auto“ wieder vorkommt! - zu den Zielen kommt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

- Vielen Dank. Ich sage immer: Alle oder keiner!

In der Metropolregion Hamburg geschieht das, in der Region Kiel passiert das Gleiche, und auch die Stadt Flensburg kümmert sich, um Menschen aus der Umgebung mit Velorouten in die Innenstadt zu führen.

Finanziell gibt es für Radwege so viel Geld wie nie. Der Herr Minister hat dies eben angesprochen. Auch ich möchte das noch einmal deutlich machen. Für Ausbau und Unterhalt der Bundesstraßen samt Radwegen stehen uns vom Bund jährlich 71 Millionen € zur Verfügung. Darin sind alle Straßenmittel, aber eben auch die Mittel für die Radwege enthalten. Zusätzlich gibt es einen Landestitel von 3,2 Millionen € für den Ausbau der Bundesstraßen.

In die Infrastruktur der Landesstraßen investieren wir von Anbeginn dieser Koalition mindestens 90 Millionen jährlich. Dabei investieren wir nicht nur, wie man das früher gemacht hat, in die Straßeninfrastruktur, sondern auch in die Radwege. Früher hat man die Straße gemacht und den Radweg nicht angeschaut. Jetzt macht man die Straße und schaut sich auch den Radweg an; denn wenn einmal dort gearbeitet wird, kann gleich beides gemacht werden

- es wird auch beides gemacht. Diese 90 Millionen jährlich stehen also nicht nur für Straßen, sondern auch für Radwege zur Verfügung.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Von den GVFG-Mitteln sind zusätzlich 2,5 Millionen nur für Radwege reserviert, es gibt ein Kommunalprogramm, und auch aus IMPULS stellen wir bis zum Jahr 2030 25 Millionen für Radwege zur Verfügung.

Neben den infrastrukturellen Maßnahmen geht es auch darum, die Kommunen durch Beratungsstrategien zu befähigen, Fördermittel zu erhalten. Es gibt überall Fördertöpfe, aber man kennt das: Manchmal sind die Förderkulissen ein wenig undurchsichtig. Deswegen wird der Aktionsplan für den Radverkehr mit 1 Million € so gut ausgestattet, dass auch Kommunen die Möglichkeit haben, Mittel gut und schnell abzugreifen.

Meine Damen und Herren, wir treten gemeinsam, auch mit den Experten in die Pedale. Im BYPAD-Prozess, der häufig auch am Rande von Landtagstagen weitergeführt wurde, haben wir gemeinsam mit den Experten aus dem Bereich des Radverkehrs Strategien erarbeitet. Das, was wir beim Radwegbau im Land machen, ist kein freihändiger Schlingerkurs, sondern ein Kraftakt für unser Land. Auch wenn man ihn in der heutigen Zeit nicht mehr unbedingt als Vorbild heranziehen kann, könnte man fast sagen, dass Bernd Buchholz zum Jan Ullrich der Landesregierung geworden ist: Er tritt in die Pedale.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Doping! - weitere Zurufe FDP - Zuruf: Er braucht das!)

- Sehr geehrter Herr Minister, dass Ihre eigene Fraktion als Erstes „Doping!“ hereinruft, lässt mich ratlos zurück. Aber so ist das.

(Zurufe FDP und SSW)

Wir haben bei diesem Thema vieles auf die Kette bekommen, viel mehr als alle Landesregierungen zuvor. Seit 2004 war wirklich zu wenig passiert. Ich denke, dass wir sehr deutlich und sehr klar zeigen können, dass auch der Bereich der Infrastruktur einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Vielen Dank, Herr Minister, für den Bericht. Er ist ein wahres Feuerwerk der Möglichkeiten, wie Radinfrastruktur gestaltet sein könnte. Er ist wirklich interessant, enthält jedoch leider fast nur Planungen. Bei fast 300 aufgeführten Neu-, Ausbau oder Erhaltungsmaßnahmen - ich habe durchgezählt und bin jedenfalls deutlich über 159 gekommen - ist es schwer den Überblick zu bewahren. Auch bei der Landesregierung bin ich mir nicht so sicher, ob sie noch den Überblick bewahrt, welches Ziel sie eigentlich beim Radverkehr verfolgt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Regierung, eine Legislaturperiode umfasst in Schleswig-Holstein 60 Monate. 54 Monate haben Sie verstreichen lassen, bis Sie sich einen Überblick verschafft haben, wie es um die Radinfrastruktur bestellt ist.

(Zuruf Dennis Bornhöft [FDP])

Noch heute fehlt Ihnen im Nebel der vielen Radwege, durch den Sie hindurchfinden wollen, selbst ein grober Überblick. So steht in Ihrem Bericht, eine Erfassung des Zustandes der Radwege der Bundesstraßen liege leider nicht vor. Wenig später heißt es, eine landesweite Erfassung des Zustandes der Radwege an kommunalen Straßen liege leider nicht vor. Für die Radwege an Landesstraßen haben Sie im Jahr 2018 eine Erhebung durchgeführt, aber auch nur mit einem speziellen Fahrrad, das aus einem Forschungsvorhaben des Jahres 2009 stammt. Dieses eine Fahrrad konnte natürlich auch keinen genauen Überblick über den Zustand des Teilnetzes der Radwege und der Landesstraßen geben.

Zusammenfassend muss man sagen: Bundesstraßen können nicht erhoben werden, kommunale Straßen können nicht erhoben werden, für Landesstraßen gibt es nur in einen ganz groben Überblick. - Also einen richtigen Überblick haben Sie nun wahrlich nicht.

(Beifall SPD)

Die Grundlage für die Planung und die landesweite Entwicklung des Radwegenetzes war bisher das Landesweite Radverkehrsnetz, LRVN. Hierzu schreiben Sie, dass dieses Landesweite Radver-

kehrsnetz nicht zu den Zielen der Radstrategie 2030 passe und daher grundlegend überarbeitet werden solle. Damit haben Sie sich die einzige Orientierung genommen, um einen Überblick über die aktuelle Radverkehrsinfrastruktur zu erhalten.

Eine bemerkenswerte Auflistung bietet dann der Teil der Fördermöglichkeiten in Ihrem Bericht: a) GVFG-SH, b) Impuls 2030, c) Aktionsplan Radverkehr, d) GRW - dazu schreiben Sie selbst, dass es sehr komplex sei, wenn man darüber Fördergelder beantrage -, e) Bike-and-ride-Förderung, f) Infrastrukturfonds „Schule, Klimaschutz und Mobilität“, g) Förderprogramm „Stadt und Land“, h) Förderprogramm „Radschnellwege“, i) Förderprogramm „Ausbau und Erweiterung Radnetz Deutschland“.

Der Kollege Kilian hat eben im Vorwege zu mir gesagt, das sei in der Gesamtheit durchaus ein Dickicht an Förderprogrammen. Damit ist durchaus klar, warum viele Förderprogramme bedauerlicherweise nicht so genutzt werden, wie wir uns das wünschen. Denn viele der über 1.000 Kommunen, die wir in Schleswig-Holstein haben, schaffen es einfach nicht, durch dieses Förderdickicht hindurchzufinden. Viele Städte und Gemeinden verfügen nicht über das Personal, das wir uns für Radverkehr wünschen, um speziell diese Förderprogramme abzugreifen. Ich riete dazu, die Anzahl der Förderprogramme massiv zu verschlanken, um auf diese Art und Weise eine deutlich stärkere Nachfrage zu erreichen.

Sie, Herr Minister, haben in Ihrer Rede auf RAD.SH verwiesen. Sie sind ja - nein, sind Sie nicht - bei der Veranstaltung gewesen, wo RAD.SH sich präsentiert hat. Da gab es eine Mitgliederversammlung. Viele Kommunen in Schleswig-Holstein sind bedauerlicherweise nicht Mitglied bei RAD.SH. Das heißt, da sie nicht Mitglied sind, können sie auch nicht von RAD.SH durch dieses Förderdickicht - wie Sie sich das wünschen - hindurchgeführt werden. Das ist ein massives Problem, das wir im Augenblick haben.

Des Weiteren möchte ich darauf verweisen und an unser erstes Gespräch erinnern, Herr Minister, in dem Sie uns die Ziele der Landesregierung und Ihres Ressorts für die kommenden fünf Jahre dargelegt haben. Darin war eines der Themen, das Sie als erstes benannt hatten, das Thema Fahrradtourismus, was Ihnen immens wichtig sei. Ich als leidenschaftlicher Fahrradfahrer - ich weiß, auch Sie sind in den Sommerferien mit dem Fahrrad unterwegs gewesen - hätte gedacht, dass in Ihrem Bereich massiv viel zu dem Thema passiert. Selbst in diesem Bericht findet man aber kaum etwas dazu, dass wir zum

(Kai Vogel)

Tourismusland Nummer eins im Bereich des Fahrradverkehrs werden. Sich an Worten messen zu lassen, ist da wirklich schwierig, weil wenig Taten auf die Worte erfolgt sind.

Zum Thema Verkehrssicherheit, weil das mir persönlich so wichtig ist: Das findet zwar in dem Eingangstext, im kompletten Folgetext allerdings so gut wie keine weitere Erwähnung. Wer Verkehrssicherheit wirklich will, der muss sich wahrlich mehr Mühe geben, als hier und da einmal ein paar Radwege zu verbreitern.

Viele der genannten Radwegeprojekte sind noch im absoluten Planungsstadium. Es bleibt natürlich zu hoffen, dass den vielen roten Strichen und Grafiken auch viele neue und sanierte Radwege folgen.

Ganz klar ist mir allerdings nicht, ob Sie wirklich wollen, dass man weiß, welche Radwege baulich angefasst werden sollen oder nicht. Digital kann man in Ihrem Bericht immer nur einen klitzekleinen Ausschnitt der Karten einsehen und vieles nie. Ich habe versucht, das ein paarmal zu laden, aber man ist nie in der Lage, die gesamten Karten, die man hier so sieht, einzusehen. Nun mag es sein, dass Ihnen als Minister so etwas im Großformat vorgelegt wird. Aber wer te Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Papier muss man sagen, dass man nicht den Eindruck gewinnt, dass jemand es lesen können soll. Wenn man dann noch die Textgröße in der Computerschriftgröße 2 pt sieht, habe ich nicht den Eindruck, dass daran ein richtiges Interesse besteht.

Trotz Digitalisierung: Versuchen Sie im Netz die Unterlagen herunterzuladen, sind Sie nicht in der Lage, diese Karte einzusehen. Bei den Folgekarten sind Sie nur in der Lage, einen Teil davon zu sehen. Ich habe nicht den Eindruck, als ob man daran ein wirkliches Interesse hat.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Lukas Kilian?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Lukas Kilian [CDU]: Sehr geehrter Herr Kollege, ich muss sagen, ich bin erschüttert über den Vorwurf, dass man die Karten nicht lesen könne. Ich möchte an die letzte Debatte zum Landesentwicklungsplan anknüpfen, wo die Kollegin Eickhoff-Weber einen ähnlichen Vorwurf formuliert hat. Ich bitte Sie abermals

zu bedenken, dass man an digitalen Endgeräten einen Zoom einstellen kann. Gerade bei Übersichtskarten, die den gesamten Ausbauzustand im Land darstellen, braucht man eine Übersicht. Wenn Sie also beispielsweise beim PDF-Reader den Zoom einstellen, können Sie sich das in allen Schriftgrößen angucken, die Ihnen gefallen. Das gilt für den Landesentwicklungsplan genauso wie für die Radverkehrsinfrastrukturstrategie.

Ich muss gestehen, wenn das die inhaltliche Kritik und das Ergebnis der Arbeit von Ihnen ist, dann können wir das ganz leicht und gemeinsam lösen.

(Beifall FDP - Stephan Holowaty [FDP]: Steuerung und Mausclick! - Weitere Zurufe FDP)

- Vielen Dank, Herr Kollege. - Es wäre nett, wenn die Uhr stehenbleiben könnte, während ich die Frage beantworte. Danke. Vielen Dank für den Hinweis, wir können gern im Anschluss in der Lobby einmal versuchen, uns das gemeinsam anzusehen. Ganz so wenig affin bin ich in diesem Bereich auch nicht.

Wenn ich aber aus einer Kommune angerufen werde, die sich darüber ärgert, dass sie nicht in der Lage ist, die entsprechenden Grafiken einzusehen, und ich weiß, da sitzen Menschen, die hauptberuflich damit beschäftigt sind, sich mit Förderprogrammen zu befassen, muss da wohl ein Problem bestehen. Ich habe es versucht, mir ist es auch nicht geglückt; Ihnen mag es geglückt sein. Wie gesagt, wir können uns das gern im Anschluss noch einmal ansehen - wenn Sie mir überhaupt noch folgen.

Die andere Kritik, die sich wahrlich nicht nur auf die Schriftgröße bezog, habe ich schon im Vorwege sehr ausführlich dargelegt. - Es scheint noch einen weiteren Wunsch zu einer Nachfrage zu geben, so deute ich jedenfalls die Meldung.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ja, danke. Gestatten Sie also eine zweite Nachfrage?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern, ja.

Lukas Kilian [CDU]: Weil ich gern den inhaltlichen Kritikpunkten neben der Schriftgröße auch etwas entgegensetzen möchte: Sie haben dargestellt, dass nicht alle Kommunen bei RAD.SH organisiert seien und das dem-

(Kai Vogel)

entsprechend nicht alle erreicht würden. Ist Ihnen bekannt, dass RAD.SH alle Kommunen im Land berät, egal, ob sie Mitglied sind oder nicht?

- Darüber bin ich mir bewusst. Aber alle Leistungen von RAD.SH werden natürlich nur dann zur Verfügung gestellt, wenn man dort auch Mitglied ist. Der Mitgliedsbeitrag kann bedauerlicherweise von manchen Kommunen nicht getragen werden, weil die Haushalte das nicht hergeben. Auch wenn Sie da den Kopf schütteln; ich kenne aus meinem eigenen Bereich drei Kommunen, die daran nicht teilnehmen, weil sie sagen, ihre Haushalte böten die Möglichkeit nicht. Vonseiten der Gemeinde- beziehungsweise der Stadtvertretung werden dort nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt. Wenn man nicht Mitglied ist, kann man die Leistungen nur zum Teil in Anspruch nehmen.

Ich fahre dann in meiner Rede fort. Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Radstrategie des Landes zogen der ADFC, der BUND und der VCD Nord eine ernüchternde Bilanz, weil auf große Versprechungen wenig folgte.

Ebenso fällt für mich meine Bilanz für die Radinfrastruktur aus. Sie erwecken mit unzähligen Radwegsanierungen viele Hoffnungen, deren Umsetzung vermutlich eher dem frommen Wunsch als einer Verlässlichkeit standhält. Wenn ein Kilometer Radwegneubau 600.000 € kostet oder mit 600.000 € taxiert ist, für diesen Bereich im Jahr aber insgesamt nur 4 Millionen € eingestellt sind, dann schafft man wirklich nur einen Bruchteil der Maßnahmen umzusetzen. Sie haben selbst im Ausschuss dargelegt, dass die Personalstellen für Planer - nicht speziell bezogen auf Radwege, sondern bezogen auf die gesamte Verkehrsinfrastruktur, wozu Radwege auch gehören - zum Teil nicht besetzt sind. Das beinhaltet die Konsequenz, dass viele Straßen und Radwege, die Sie hier benennen, bedauerlicherweise gar nicht geplant werden können. Da müssen Sie sich auch ehrlich machen.

Unzählige Radwegesanierungen und Hoffnungen werden von Ihnen nur als frommer Wunsch formuliert. Wer knapp vor Ende der Regierungszeit seine Liebe für die Radwege entdeckt, der wirkt nicht sehr glaubwürdig.

Ich schlage vor, diesen Bericht im Ausschuss zu vertiefen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede zunächst Ihnen, Herr Minister, aber auch Ihnen, Frau Druba, und Ihrem Team herzlich danken. Das, was wir in den letzten Monaten in diesem Land beim Radverkehr erleben durften, lieber Kollege Vogel, ist schon sehr beeindruckend. Wir führen regelmäßig Runde Tische durch. Wir können feststellen, meine Damen und Herren, dass sich alle Akteure in diesem Land mitgenommen fühlen, ihre Expertise einbringen und alle miteinander - von der kommunalen Ebene über die Landesebene - jetzt einen Run, einen wirklichen Powerschub auf das Thema Radverkehr in Schleswig-Holstein entwickeln wollen. Das ist eine sehr motivierte Truppe, die etwas bewegen will. Dafür müssen wir dankbar sein. Das müssen wir ausdrücklich an dieser Stelle feststellen. Wir brauchen Menschen in diesem Land, die für die Idee des Radfahrens brennen, die etwas bewegen wollen. Das darf man bei dem ganzen Klein-Klein nicht vergessen. Ich habe auch gerade Ihrer Rede entnommen, Kollege Vogel, dass dabei viel in Bewegung ist.

(Beifall Johannes Callsen [CDU] und Tobias Koch [CDU])

- Vielen Dank. Übrigens, Herr Minister, da irren Sie. RAD.SH e. V. haben nicht wir auf den Weg gebracht, sondern es war tatsächlich die Küstenkoalition. Es war uns sehr wichtig, dass das Thema Rad und Kommunen zusammenkommt. Das ist ein mühsames Geschäft, aber auch dabei sind wir nicht erfolglos. Wir haben fast alle Kreise - ich glaube, ein Kreis fehlt noch, der Kreis Rendsburg-Eckernförde - bei diesem Bündnis dabei. Ich höre auch Kommunen, Herr Vogel, die sagen: Na ja, wenn der Kreis schon dort Mitglied ist, müssen wir jetzt als Kommune auch dabei sein. Wir arbeiten ja mit dem Kreis zusammen, und die haben Kreisstraßen.

Also, da ist viel passiert, auch viel Akquise. Deshalb muss man diejenigen, die das erreicht haben, auch einmal loben. Das, was sie erreicht haben, ist ein großer Erfolg. Wir haben die Oberbürgermeisterin von Flensburg als stellvertretende Vorsitzende, wir haben Landräte, die sich im Vorsitz betätigen, wir haben Bürgermeister Winter aus Plön und viele

(Dr. Andreas Tietze)

andere dabei, die sich mit großer Motivation für das Thema einsetzen wollen.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

- Ja, aber Herr Kalinka, das ist für mich wichtig, das an dieser Stelle zu sagen. Das haben alle erkannt. Alle müssen sich jetzt unterhaken und für das Thema Radverkehr im Land konstruktiv arbeiten. Das finde ich gut, und das müssen wir an dieser Stelle auch zu Beginn sagen.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Kay Richert [FDP])

Meine Damen und Herren, wir sind eine Patchworkfamilie. Ich höre auch, dass viele Kommunen sagen, dass sie gerne mitarbeiten würden. Aber man muss leider feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten Personalkapazitäten für die Aufgabe des qualitativen Radwegeausbaus im Land abgebaut worden sind. Das kann man nicht mal so eben aufbauen, Herr Minister. Sie haben diesbezüglich aber auch gezeigt, dass das geht. Sie haben neue Menschen im Ministerium eingestellt, Sie haben Ressourcen organisiert. Wir haben alle miteinander durch Haushalte dafür gesorgt, dass wir diese Gelder einsetzen, dass sich etwas bewegt. Auch das ist gut für das Land. Das steht nicht alles schwarz auf weiß im Bericht, aber dass wir einen solchen Bericht in dieser Qualität haben, zeigt, dass Menschen mittlerweile Kapazitäten haben, sich des Themas anzunehmen. Deshalb finde ich diesen Bericht okay.

Ich möchte noch Folgendes sagen: Wie war das denn in der Küstenkoalition, Herr Minister? Sie haben auch davon profitiert, dass Herr Meyer, lieber Kollege Vogel, zum ersten Mal einen Landesstraßeninfrastrukturbericht auf den Weg gegeben hat. Man wusste dann auch in der nachfolgenden Regierung, wo man bei den Landesstraßen ansetzen muss. Das heißt, man konnte nicht sagen: „Es stehen für die Legislaturperiode 900 Millionen € für die Landesstraßen bereit“, und dann weiß man gar nicht, wo man sie einsetzen soll. Das heißt, alles was wir dort machen, profitiert am Ende - -

Infrastrukturplanung, meine Damen und Herren, ist überjährig. Das kann man nicht nur innerhalb Legislaturperioden denken. Wir müssen uns auf den Weg in eine große Umstrukturierung machen. Deshalb sage ich: Das, was wir jetzt brauchen, ist die Konzentration der Mittel und der Ressourcen auf die Zukunftsaufgabe Radverkehr.

Meine Damen und Herren, Radfahren - das ist hier schon vielfach gesagt worden - ist ein echter Renner, ist ein Boosterschub.

(Heiterkeit Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn ich das einmal so sagen darf, Frau Kollegin Bohn. - Radfahren hat auch einen Boosterschub in der Pandemie erlebt. Die Menschen haben sich ein Rad gekauft. Deshalb ist es erste Bürgerpflicht, das jetzt in Schleswig-Holstein mit guten Ideen, mit guten Plänen nach vorn zu bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich bitte das auch noch sagen: Radfahren ist auch ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Der Europäische Radfahrerverband hat ausgerechnet, dass durch das Radfahren rund 1.000 € pro Kopf an volkswirtschaftlichem Nutzen entstehen. 44 % der Deutschen radeln regelmäßig, das sind 35 Millionen Menschen im Land. Sie haben es gesagt, Herr Minister, diese Menschen radeln im Alltag.

Das ist auch für das Thema betriebliche Gesundheitsvorsorge ein Riesenerfolg, denn 1,42 € spart ein Radkilometer an Krankenkosten. Es ist ein präventiver volkswirtschaftlicher Gesamtnutzen, wenn wir auch als Staat das Radfahren nach vorn bringen. Nach rein nüchterner Kosten-Nutzen-Betrachtung profitieren Ökonomie und Ökologie und auch die Gesundheit. Das ist ein volkswirtschaftlicher Hebel, der nicht zu unterschätzen ist.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP] - Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Aber trotzdem stellen wir als Grüne fest - - Ich bin gestern ein wenig enttäuscht gewesen, als ich unseren Koalitionsvertrag gelesen habe. Das sind 178 Seiten, und beim Überfliegen der Seiten finden sich nur zwei Sätze zum Thema Radverkehr. Das fand ich aus meiner grünen Perspektive ein wenig enttäuschend. Ich möchte jetzt nicht sagen, wer was verhindert hat und warum das Thema da nicht hineingekommen ist.

(Zuruf CDU)

Aber eines muss ich Ihnen noch sagen: Wir müssen die in Aussicht gestellten Bundesmittel, die bis zum Jahr 2030 fortgeführt werden sollen, auch aktiv einsetzen. Wir müssen das Management, wie wir das Förderregime gestalten, organisieren und uns nicht hinten anstellen. Wir müssen sagen, dass es eine prioritäre Aufgabe sein muss. Alle sind gefragt.

(Dr. Andreas Tietze)

Der ADFC hat gute Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel durch einen Förderlotsen. Das fand ich ganz interessant, dass die Dinge auch einmal heruntergebrochen werden, nämlich, wie man tatsächlich in einer Kommune einen Rad-Euro auf dem Radweg organisiert. Das sind die Dinge, die wir jetzt angehen müssen, meine Damen und Herren. Wir dürfen nichts liegenlassen in Berlin.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin der Meinung, dass wir bei dem Thema Radverkehr noch einmal schauen, wie wir ihn zukunftsfähig machen. Ich möchte das dahingehend zu bedenken geben, denn Sie haben uns das mit den Wurzelaufbrüchen sehr plastisch gesagt, Herr Buchholz. Ich muss aber sagen, dass wir das auch bei touristischen Radwegen erleben. Ich habe mir den Weg in Sankt Peter angeschaut. Da sind viele schnell unterwegs, auch, weil wir einen enormen Zugang an E-Bikes haben. Aber es sind nicht nur E-Bikes unterwegs. Haben Sie einmal gesehen, was so ein Lastenrad an Platz auf einem Radweg braucht?

Wir sind also in einer Situation, in der wir nicht mehr gemütlich mit einem Klapperrad meinen, ein wenig rumzuhütern, nein, da ist der Anspruch an Verkehrssicherheit, an Verkehrsfluss, an Modernität dieser Radwege absolut im Raum. Wir können Radwege deshalb nicht mehr so planen wie vor 20 Jahren. Wir müssen massiv Innovations- und Modernisierungsideen in das Thema Radverkehr investieren.

Im Übrigen kostet so ein Lastenrad heute schon so viel wie ein Kleinwagen. Das sind Investitionen, die Bürgerinnen und Bürger tätigen. Sie wollen sicher fahren, sie wollen vernünftige Abstellflächen, die Integration des Rades in den ÖPNV haben. Sie erwarten, dass wir jetzt diese Dinge umsetzen, die wir alle schon seit vielen Jahren wissen.

Wir wissen, wie es geht. Wir müssen es jetzt einfach nur in die Tat umsetzen. Dafür brauchen wir in Schleswig-Holstein einen Pakt für eine moderne Radfahrpolitik. Mit diesem Bericht sind wir ein wenig in diese Richtung gegangen.

Für mich ist das ein Ansporn, aber seien Sie auch sicher, dass das alles für mich als Grüner immer noch zu wenig ist. Ich würde viel mehr machen, ich würde viel mehr Power einsetzen, aber das sind die Dinge, die wieder von Wahlergebnissen abhängig sind. Ich freue mich jedenfalls, dass wir einen Anfang, einen richtigen Schritt gemacht haben. Vielen Dank dafür. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tietze. - Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Vielen Dank, liebe Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden häufig gefragt: Warum funktioniert die Jamaikakoalition so gut?

(Martin Habersaat [SPD]: Lange nicht mehr, eigentlich!)

Ihr seid doch drei recht unterschiedliche Parteien. Ich wollte auch gerade sagen: Hin und wieder wird das recht deutlich. Nun, eines der Grundprinzipien in unserer Jamaika-Koalition ist: Miteinander statt Gegeneinander.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Das gilt im Großen und Ganzen für den zwischenmenschlichen Umgang, und das gilt auch in unserer Verkehrspolitik. Weil wir alle Verkehrsträger gleich behandeln, keinen bevorzugen oder benachteiligen, haben wir natürlich auch den Radverkehr von Anfang an immer im Blick gehabt.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab schon diverse Anspielungen auf die neue Regierungsbildung. Wenn ich mir anschau, wie die Personalentscheidungen im Bundesverkehrsministerium aussehen, dann ist mir nicht bange davor, dass auch weiterhin alle Verkehrsträger ideologie- und vorurteilsfrei gefördert werden.

(Beifall FDP - Zurufe Birte Pauls [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann einen Prozess von mehreren Seiten angehen. Man kann Fakten schaffen und dann hoffen, dass die getroffenen Maßnahmen bedarfsgerecht sind, oder man kann vom Bedarfsträger, also vom Nutzer aus, planen, und das sind hier die radfahrenden Menschen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns dafür entschieden, die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür haben wir das BYPAD-Verfahren

(Kay Richert)

aufgesetzt, woraus die Ihnen bekannte „Radstrategie Schleswig-Holstein 2030“ entwickelt wurde.

Herr Vogel, Sie haben uns übrigens vorgeworfen, wir hätten überhaupt keinen Überblick über die Dinge im Land und über die Zustände der Wege und so weiter. Da frage ich mich: Ist das tatsächlich so? Ich hatte in den Dialogrunden eher den Eindruck, dass uns die Nutzerinnen und Nutzer und die organisierten Nutzerinnen und Nutzer sehr wohl aufgezeigt haben, wo die Schwerpunkte sind und wo wir hier vorangehen können.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Der Runde Tisch Radverkehr trifft sich regelmäßig und berät über die Entwicklung des Radverkehrs in unserem Land. Ich finde, das ist Verkehrspolitik von Menschen mit Menschen für Menschen. Ich finde das gut so, denn schließlich soll unsere Politik ja ganz konkret das Leben der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner besser machen.

Es gibt Menschen, die fahren in ihrer Freizeit gern mit dem Fahrrad, es gibt Menschen, die radeln gern zur Arbeit, es gibt Menschen, die kommen in ihrem Urlaub zu uns und wollen Rad fahren; alle diese Menschen eint: Sie brauchen attraktive Radwege, auf denen man sicher vorankommt. Diese Menschen, diese Gruppen haben ganz individuelle Bedürfnisse. Touristische Gäste möchten etwas zu sehen bekommen. Für Pendlerinnen und Pendler ist es oft wichtig, dass sie intermodal zwischen den Verkehrsmitteln wechseln können, zum Beispiel zwischen Rad und Bus oder zwischen Rad und Bahn.

Deswegen ist es eine Erfolgsmeldung, dass bereits über 200 km an Radwegen entlang von Landesstraßen saniert wurden. Es ist eine Erfolgsmeldung, dass sogenannte Lückenschlüsse in den kommenden Jahren von uns mit bis zu 75 % gefördert werden. Es ist eine Erfolgsmeldung, dass 35 Bike-and-ride-Anlagen bereits umgesetzt wurden und weitere 15 bald folgen werden. Es ist eine Erfolgsmeldung, dass die touristischen Routen im Land zu Qualitätsrouten werden sollen, und es ist eine Erfolgsmeldung, dass das Landesweite Radverkehrsnetz fortgeschrieben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Man kann natürlich immer sagen: Das ist zu spät, warum erst jetzt? Ihr habt sowieso keinen Überblick. - Ob Sie es glauben oder nicht, wer zum Zeitpunkt einer Regierungsübernahme 2017 einen dermaßen großen Sanierungstau übernehmen musste,

wie wir das getan haben, der kann nicht alles gleichzeitig auflösen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Selbst wenn das nicht so gewesen wäre: Die Fortschreibung des Landesweiten Radverkehrsnetzes ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die sich nicht über Nacht machen lässt, jedenfalls nicht dann, wenn sich die Bedürfnisse aller darin wiederfinden sollen. Der Aufwand, den wir da betreiben, ist groß. Er wird sich aber lohnen, denn es ist wichtig, nicht jeden Radweg nur für sich zu betrachten, sondern eine umfassende Netzhierarchie zu erstellen. Das dauert natürlich seine Zeit, na klar. Aber besser, es dauert seine Zeit, als dass es hingeschludert wird und nachher keinem nützt.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich sind wir noch nicht am Ziel. Unsere Radstrategie heißt ja nicht umsonst Radstrategie 2030. Es gibt noch Herausforderungen, die zu meistern sind. Es klingt schon an, mal gucken, wer aufgepasst hat: Was ist die größte Herausforderung für Radfahrerinnen und Radfahrer? -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unser Land?)

- Nein, die Wurzelaufbrüche. Das sind diese scharf profilierten, quer verlaufenden Aufwerfungen, die als Felgenkiller jeden Radfahrer in den Wahnsinn treiben. Ist ein Radweg neu asphaltiert, sind die ersten Aufbrüche oft schon nach einem Jahr zu sehen. Nach drei Jahren werden sie störend, und nach fünf Jahren sind sie unfallträchtig. Nach zehn Jahren machen sie den Weg unpassierbar.

Wie wollen wir damit umgehen? Hier kollidieren ja quasi Klimaschutz und Umweltschutz miteinander. Dazu bekommt man von verschiedenen Verbänden durchaus verschiedene Antworten. Wollen wir sichere Radwege ohne das Risiko erneut durchbrechender Baumwurzeln? Oder muss der Schutz der Baumwurzeln Priorität haben und das Risiko erneuter Radwegeschäden in Kauf genommen werden?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich jetzt mal gespannt!)

- Frau von Kalben, ich finde, eine Pauschalantwort gibt es darauf nicht. Man muss mit den Leuten in den Dialog treten. Das tun wir auch. Wir brauchen hier Pragmatismus und ein klares, gemeinsames Vorgehen, quasi einen Wurzelkompromiss, damit den Wünschen nach besseren Radwegen auch Taten

(Kay Richert)

folgen können. Dann sind wir alle am Ziel, Frau von Kalben.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Landesregierung und besonders bei Verkehrsminister Dr. Buchholz für den Bericht. Wir bedanken uns auch bei Ihnen, Frau Druba, und auch beim Runden Tisch Radverkehr für die ständige konstruktive Mitarbeit.

(Beifall FDP)

Ich finde, es ist deutlich zu erkennen, dass der Radverkehr dieser Koalition und auch dem Minister sehr wichtig ist. Ich bedanke mich bei den Freunden der Jamaika-Koalition. Wenigstens für den Bereich Wirtschaft, Verkehr, Arbeitsmarkt kann ich sagen: Es macht Spaß, mit euch zusammen erfolgreich daran zu arbeiten, den Alltag für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mit jedem Beschluss und mit jeder Maßnahme etwas besser zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Fahrrad wurde in Schleswig-Holstein und bundesweit lange Zeit längst nicht als alltägliches Fortbewegungsmittel anerkannt und genutzt. Dass es anders geht, sehen wir, wenn wir einmal über die Grenze schauen, bei unserem nördlichen Nachbarn in Dänemark. Dort hat das Fahrrad einen ganz anderen Stellenwert, und das sollte auch unser Ziel sein.

Das Fahrrad und die dazugehörige Infrastruktur wurden lange überwiegend unter dem Aspekt des Tourismus betrachtet. Das ist auch gut, aber das reicht eben nicht. Der Bericht macht zwar deutlich, dass Schleswig-Holstein beim Ausstattungsgrad mit straßenbegleitenden Radwegen bundesweit vorn liegt, aber auch wir müssen mehr machen. Wir dürfen uns darauf nicht ausruhen.

2004 wurde das Landesweite Radverkehrsnetz, LRVN, aufgestellt, und dessen Überarbeitung und Aktualisierung stehen nun bevor. Begleitend und maßgeblich für die Weiterentwicklung des LRVN ist die Radstrategie Schleswig-Holstein 2030, die

durch Radexperten erstellt wurde. Hierfür unser Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall SSW)

Das LRVN wird dahin gehend überarbeitet, dass es den aktuellen Anforderungen an Qualitätsstandards entspricht. Das heißt, Radwege sollen sicher und komfortabel sein, und es soll ein lückenloses Radverkehrsnetz entstehen. Getragen wird dies vom Leitgedanken, dass gerade dort, wo viele Radfahrer unterwegs sind, eine hochwertige Infrastruktur vorhanden ist. Der LRVN dient sodann auch als Grundlage für den zukünftigen Investitionsplan, beispielsweise für Neu- und Ausbau von Radwegen.

Bezeichnend für die stiefmütterliche Behandlung der Radwege in Deutschland ist meines Erachtens, dass es für deren Zustandserfassung keine festen Standards gibt. Für alles gibt es in Deutschland Standards, aber nicht für die Zustandserfassung von Radwegen. Das ist schon irgendwie schräg. Daher möchte ich lobend den innovativen Einsatz des Landesbetriebs Straßenbau hervorheben, der mittels eines Forschungsvorhabens dieses Manko angegangen ist. Vielen Dank dafür.

(Beifall SSW und FDP)

So wurde auf einem Teil des Radwegenetzes eine Untersuchung durchgeführt, und auf deren Grundlage werden nun Aussagen zum Zustand der Radwege an Landesstraßen gemacht. Das Ergebnis macht deutlich, dass sich lediglich, aber immerhin doch unter 25 % der Radwege dort in einem schlechten Zustand befinden. Ich hätte tatsächlich einen noch höheren Wert vermutet. Allerdings kommt häufig eine zu geringe Breite hinzu. Eine landesweite Erfassung des Zustands der Radwege entlang der kommunalen Straßen liegt leider nicht vor, auch das haben wir heute schon mehrfach gehört.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das LRVN als Planungsinstrument jetzt dahin gehend weiterentwickelt wird, dass es die Grundlage bildet für zukünftige Radwegemaßnahmen an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, sozusagen eine komplette Aufdatierung des insgesamt 6.000 km langen Radwegenetzes bei uns in Schleswig-Holstein. Wir als SSW würden es sehr begrüßen, wenn das Fahrrad viel mehr als bisher zu einem alltäglichen Fortbewegungsmittel werden kann. Die Anzeichen deuten darauf hin.

Das macht einerseits der enorme Zuwachs an E-Bikes deutlich, aber auch das Verständnis in der Be-

(Christian Dirschauer)

völkerung, den Mobilitätssektor zu dekarbonisieren. Das hat mittlerweile auch das Ministerium erkannt, das den Alltagsradverkehr nun in seinen Fokus rückt. Natürlich muss das landesweit gelten, aber in erster Linie dort, wo viele Menschen das Fahrrad täglich nutzen oder nutzen könnten. In dem Zusammenhang weise ich auf zwei Haushaltsanträge des SSW zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur hin.

Wir wollen den Kommunen dabei helfen, eine Fahrradinfrastruktur zu schaffen wie beispielsweise Ladestationen für elektrisch unterstützte Räder, Abstellmöglichkeiten oder weitere Bike-and-ride-Angebote. Darüber hinaus wollen wir den Oberzentren und Mittelzentren für die Sanierung und für den Neubau von Radwegen im innerstädtischen Bereich weitere Fördermittel an die Hand geben.

Für beide Haushaltsanträge gilt: Wir wollen den Umstieg vom Auto aufs Rad erleichtern, aber dafür müssen wir die entsprechende Infrastruktur vorhalten. Unsere Anträge sind also ganz im Sinne des LRVN. Wenn ich den Minister richtig verstanden habe, dann sind sie auch fast schon zustimmungsfähig, denn: Wenn wir eine sichere und komfortable Infrastruktur vorhalten, wird es uns gelingen, das Fahrrad für alle oder zumindest für sehr viele alltagstauglich zu machen, und das sollte in unser aller Sinne sein. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Drei ganz kurze Punkte möchte ich ansprechen.

Erster Punkt: Ich fahre relativ regelmäßig auch mit dem Fahrrad. Wen überrascht das? Auf einer Strecke von 1,9 km

(Kay Richert [FDP]: Auf dem Hänger!)

- nein, nicht auf dem Hänger, aber ohne Hänger, denn zum Lastenfahrrad bin ich noch nicht bekehrt - fahre ich entlang der Landesstraße 284. Ich fahre diese Straße relativ regelmäßig, es ist eine schleswig-holsteinische Landesstraße. Ich habe mir einmal den Spaß gemacht und habe dort 116 Wurzelschäden und Frostaufbrüche gezählt.

Ich möchte deshalb ganz herzlich darum bitten, die Initiative, die unser Wirtschaftsminister hier angestoßen hat, wirklich umzusetzen. Ich denke dabei auch an die Umweltverbände, die sagen, der Baum gehe vor allem. Um es sehr deutlich zu sagen: Das ist eine der Strecken, die für den Alltagsradverkehr in der Region, aus der ich komme, besonders wichtig sind. Wenn man die Menschen auf das Rad bringen will, muss man ihnen die Möglichkeit geben, auch schnell zu fahren und nicht nur von einem Wurzelaufbruch bis zum nächsten.

(Beifall FDP)

Bei Wurzelaufbrüchen - der Kollege Tietze wird dies entschuldigen - wird Fahrradfahren nicht zum Renner, sondern zum Flieger.

Zweiter Punkt: Alltagstauglichkeit. Ich vermisse, offen gesagt, gar nicht so sehr, dass ich das Fahrrad nicht in die U-Bahn oder in den Bus mitnehmen kann. Ich vermisse es aber, dass man beispielsweise seinen Helm oder seine Regenjacke an der Haltestelle nicht in ein Schließfach legen kann, damit man die ganzen Sachen nicht immer mit sich herumschleppen muss. Dies zum Thema Alltagstauglichkeit. Darüber sollte die eine oder andere Kommune einmal kräftig nachdenken, zumal dieses Problem mit relativ geringen Mitteln lösbar ist.

Dritter Punkt: Herr Kollege Vogel, Sie haben gerade dargestellt, dass die Mitgliedschaft in der RAD.SH für die Gemeinden im Land Schleswig-Holstein absolut unbezahlbar sei. Das gehe alles nicht, könne man nicht machen, sei zu teuer.

Ich will Ihnen hierzu ein kleines Beispiel nennen: Man kann ja die Beiträge von RAD.SH auch auf der Seite der RAD.SH nachgucken. Wenn Sie eine Kommune mit weniger als 5.000 Einwohnern nehmen, dann kostet der Jahresbeitrag völlig undiskutable 500 € für eine Kommune mit weniger als 10.000 Einwohnern 750 € Und für eine Mitgliedschaft von Gemeinden mit 20.000 Einwohnern zahlt die Kommune einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 € Eine Kommune mit 100.000 Einwohnern - ich glaube, alle diese Kommunen sind Mitglied im RAD.SH - zahlt 3.000 € im Jahr. Das ist für eine Kommune, die sich für den Radausbau einsetzen will, durchaus bezahlbar.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kai Vogel?

Stephan Holowaty [FDP]:

Selbstverständlich.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Wenn Sie mich schon zitieren, dann bitte ich Sie, mich auch richtig zu zitieren. Ich habe definitiv nicht „unbezahlbar“ gesagt, sondern ich habe gesagt, dass es zum Teil Stadt- oder Gemeindevertretungen gibt, die nicht die Zustimmung dafür geben, den entsprechenden Beitrag zu leisten. Auch wenn ich es vernünftig fände, wenn sie das täten, ist es so, dass selbst Summen von 500 oder 1.000 € bei einzelnen Gemeindehaushalten daran scheitern, dass nicht die Zustimmung dafür gegeben wird, dass diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Von „unbezahlbar“ jedoch habe ich wahrlich nicht gesprochen. Man muss gegebenenfalls mit den Gemeindevertretungen oder Stadtvertretungen sprechen. Das steht für mich außer Frage. Nichtsdestotrotz ist es Fakt. Ansonsten würden ja alle Kommunen Teil der RAD.SH sein. Das würde ich mir durchaus wünschen; es ist nur nicht so. In der Konsequenz ist es so, dass viele nicht durch das Förderdickicht blicken, weil sie nicht Teil von RAD.SH sind. Ich bitte Sie, mich korrekt zu zitieren.

- Herr Kollege, ich stimme Ihnen zu und entschuldige mich dafür. Sie haben nicht gesagt, dass es unbezahlbar sei, sondern Sie haben wortwörtlich gesagt, dass das nicht in die kommunalen Haushalte hineinpasst. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Als Radfahrer mit der größten Lebenserfahrung

(Heiterkeit - Beifall CDU)

darf ich Ihnen versichern, dass in Schleswig-Holstein schon seit vielen Jahren Radwege gebaut werden. Wir haben bei uns im Kreis Plön mehr als 50 % der Kreisstraßen mit Radwegen versehen. Rudolf Titzck hat schon vor 40 Jahren für Radwege an den Landesstraßen bei uns im Wahlkreis gesorgt. Früher ist man bei uns in der Region sogar mit dem Fahrrad in Richtung Kiel zur Arbeit gefahren; das war seinerzeit die Wirklichkeit.

Herr Kollege Vogel, Sie haben, gemeint, die Landesregierung habe 54 Monate verstreichen lassen. Das ist schlichtweg falsch, und ich weise dies entschieden zurück.

(Beifall FDP)

Tatsache ist, dass bestimmte Strecken noch nicht einmal belastbar analysiert waren, wie bei uns die Landesstraße 50. Daraufhin hat die Landesregierung durch ihren Minister eine Planung für vier bis fünf Jahre vorgenommen. Sie beabsichtigt, dieses auch fortzusetzen, um in ganz Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren die Sanierung aller Straßen zu erreichen. Dies ist nach Jahren gestaffelt. Wir alle wissen seit dem Jahre 2018, was bei uns möglich ist und was vielleicht erst in der nächsten Stufe möglich sein wird. Das ist die Realität. Deshalb können Sie in der Weise, wie Sie es getan haben, nicht darüber sprechen.

Eines will ich gerne hinzufügen: Ich finde, dass der Landesbetrieb motiviert arbeitet. Seine Arbeit ist transparent; man kann sich auf die Termine verlassen. Die Termine werden angekündigt; die Summen, die vorher errechnet und mitgeteilt worden sind, werden eingehalten. Ich finde schon, dass der Landesbetrieb und das Ministerium unter Minister Buchholz dafür ein Dankeschön verdient haben.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Veränderung liegt darin, dass wir jetzt Radwege auf langen Strecken bekommen sollen, eine innerstädtische Vernetzung von Stadt und Land. Das ist die qualitative Weiterentwicklung. Meine Bitte ist aber, dass wir darüber nicht vergessen, auch die Querverbindungen zu berücksichtigen. Wir sollten auch nicht die kleinen Wege vergessen, die manchmal sehr stark frequentiert sind. Kommen Sie einmal am Wochenende zu uns nach Dobersdorf; da fahren tagsüber sehr viele Räder. Vor allem sollten wir auch nicht die Wege für die Schüler vergessen. Das ist bei der ganzen Angelegenheit besonders wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bezüglich der längeren Wege, um die es geht, habe ich in den letzten Tagen eine gute Nachricht vom Minister erhalten, nämlich die, dass die schwierige Streckenführung von Laboe über Stein nach Wendtorf möglicherweise dahin gehend geklärt werden kann, dass der Radweg entlang der Ostsee weiter ausgebaut wird. Das sind dann qualitativ große Veränderungen, wenn auf der ganz besonders langen

(Werner Kalinka)

Strecke bislang kein durchgehend guter Weg vorhanden ist. Auch dafür bedanke ich mich.

Zum Thema Wurzelaufbrüche nur ein klarer Satz: Es kann auch ein Kompromiss sein, aber es müssen Entscheidungen getroffen werden; denn wir können in dem Maße nicht alle Radwege erneuern.

Eine letzte Bemerkung noch, Herr Minister, damit Sie auch merken, dass die Abgeordneten Ihre Berichte genau lesen: An der L 50 Probsteierhagen-Passade ist der Radweg - wie ausgewiesen - bis Fiefbergen gebaut worden, wie das von mir im Jahre 2018 vorgeschlagen worden ist. Die Kosten sind mit 1,2 Millionen € für 6 km, Herr Kollege Vogel, deutlich geringer als die Kosten, die Sie genannt haben. Vielen Dank dafür, dass wir schon bis Fiefbergen gekommen sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Kollege Holowaty und auch mein Vorredner Wurzelaufbrüche ansprachen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass der Landesbetrieb schon viel weiter ist, als dies hier möglicherweise suggeriert wird. Es geht nicht darum, Bäume entweder zu fällen oder stehen zu lassen und damit weiterhin im Elend zu leben, sondern wir sind schon viel weiter.

Ich empfehle jedem, sich das einmal auf dem Radweg zwischen Viöl und Husum entlang der Bundesstraße umzuschauen. Dieser Fahrradweg ist natürlich an den normalen Stellen überall geteert, ganz klar. An den Stellen aber, an denen Bäume am Wegesrand stehen, hat man den Weg ein kleines bisschen erhöht und mit sogenanntem HanseGrand aufgefüllt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Nicht Hamburger Grand, sondern HanseGrand; das ist im Übrigen eine schleswig-holsteinische Erfindung, lieber Kollege Vogt. Dieser Grand wird an den Bäumen verdichtet. Wenn sich dort Wurzeln entwickeln sollten, was wir uns alle wünschen, dann wird der HanseGrand hochgedrückt und verdichtet sich dann wieder von alleine. Wer dort mit

dem Fahrrad fährt, merkt kaum einen Unterschied zwischen diesen und den geteerten Stellen.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

Man kann dort schnell fahren und kann es so hinbekommen, dass die am Wegesrand stehenden Bäume erhalten bleiben können, während man gleichzeitig vernünftig mit dem Rad fahren kann.

Es ist ganz wichtig, in diese Richtung zu denken und nur im absoluten Notfall, wenn gar nichts anderes mehr geht und der Baum wirklich in der Mitte auf dem Weg steht, darüber nachzudenken, ob man den Baum in irgendeiner Form versetzen kann. Grundsätzlich sollte es aber immer unser Ziel sein, unsere Bäume zu erhalten. Sie gehören schließlich nicht nur zum Naturgut, sondern auch zum Kulturgut dieses Landes. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/3395, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? Die sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Mündlicher Bericht zu den Ergebnissen des Kulturdialogs in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3273

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass wir heute

(Ministerin Karin Prien)

nach der beruflichen Bildung auch das Thema Kultur miteinander so prominent auf der Tagesordnung haben. Das ist ein gutes Zeichen für die Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden in unserem Land.

Wir haben besonders in der Coronapandemie alle gespürt, wie wichtig Kultur für unsere Gesellschaft ist. Kultur braucht, um zu gedeihen, die Freiheit. Sie muss in der Lage sein, Diskurse anzutreiben, Horizonte zu erweitern, Anstöße für die Zukunftsgestaltung zu geben. Sie braucht die Freiheit, um uns aufzuwühlen und uns auch zu versöhnen. Sie braucht politische Freiheit.

Warum ist das so? Das ist so, weil Kultur eben weit mehr ist als die leichte Muse, als ein netter Zeitvertreib. Sie stiftet Gemeinschaft; sie forciert gesellschaftspolitische Diskurse; sie ist für unsere Demokratie überlebenswichtig.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gerade weil die Kultur uns alle angeht und betrifft, ist sie eine systemrelevante Aufgabe quer durch alle Bereiche und Zuständigkeiten. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, wie wir das Bewusstsein und die Wertschätzung für die Bedeutung der Kultur für unser Gemeinwesen stärken können.

Unser Landeskulturbericht, den wir heute in der Kunsthalle vorstellen werden, zeigt, dass es uns in dieser Legislaturperiode gelungen ist, den gesamtgesellschaftlichen Konsens zur Bedeutung der Kultur deutlich zu erhöhen.

Wir pflegen bei uns im Norden einen guten Austausch zwischen Politik, Verwaltung und einer breiten, vielfältigen Kulturszene mit dem partizipativen Format Kulturdialog. Dieser wird seit 2013 von den demokratischen Parteien gemeinsam getragen. In diesem Rahmen sind strategische Leitplanken für die Kulturentwicklung entstanden.

Wir haben das in den Jahren 2018 und 2019 fortgesetzt, indem wir als Kulturministerium eine Plattform des vertrauensvollen, offenen und konstruktiven Austauschs zwischen Kunst- und Kulturschaffenden etabliert haben. Dieser Neue Kulturdialog mündete in einen strukturierten Austausch zwischen Land, Kommunen und Kulturverbänden.

Ausgangspunkt für unsere Gespräche mit der kommunalen Familie war eine Verständigung über die partnerschaftliche Finanzierung der Kultur. Eine weitere Überlegung betraf die gemeinsam getragene Infrastruktur - seien es die Volkshochschulen, die Bibliotheken, die Soziokultur oder auch die Theater. Dazu bereitete eine gemeinsame Arbeits-

gruppe aus dem Ministerium und den kommunalen Landesverbänden ab 2020 ein öffentliches Dialogforum vor. Auch die kulturellen Landesdachverbände waren eingebunden.

Dann, meine Damen und Herren, kam die Coronapandemie. Ich sage einmal: Dann kam auch dieser Dialog - genau zum richtigen Zeitpunkt. Es ist gelungen, in sechs Veranstaltungen, allesamt im digitalen Raum, mit mehr als 230 teilnehmenden Personen und Institutionen über die Herausforderungen und Chancen von Kulturangeboten in der Fläche und den Zentren zu sprechen.

Am 8. Juni 2021 konnten wir zu einer hybriden Abschlusskonferenz zum Thema Transformation von Kulturförderung, -verwaltung, -institutionen und -praxis zusammenkommen. Am Ende des Prozesses stehen nun gemeinsame Ziele und partnerschaftliche Verabredungen für die Zukunft: der Kulturpakt 2030.

Im Schulterschluss von Land und Kommunen soll die Kultur in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren weiter gestärkt werden. Das gewachsene Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen für die Kultur, zu dem sich beide Seiten ausdrücklich bekannt haben, war bereits in der Pandemie eine ausgesprochen belastbare Basis für schnelle Abstimmungen und kurze Wege.

Vor dem Hintergrund schwieriger öffentlicher Haushalte in den kommenden Jahren sind Verlässlichkeit, Vertrauen und Gestaltungsspielräume durch intelligente Allianzen wichtiger denn je. Dabei ist klar: Die Axt an die finanzielle Ausstattung von Kunst und Kultur zu legen, ist keine Option.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kürzen wir bei der Kultur, so kürzen wir an den Wurzeln unseres demokratischen Gemeinwesens. Die Kommunen müssen folglich in die Lage versetzt werden, nicht im Bereich der vermeintlich freiwilligen Leistungen zu kürzen. Umgekehrt erwächst daraus aber auch eine Pflicht. Wenn die Ressourcen vorhanden sind und geschaffen werden, sind Kürzungen nicht akzeptabel.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es!)

Dafür werde ich mich einsetzen; das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen. Ich freue mich darüber, dass das offensichtlich hier im Haus auf breite Zustimmung stößt. Unser gemeinsames Ziel mit den

(Ministerin Karin Prien)

Kommunen ist klar: Wir wollen die Mittel bis 2030 deutlich steigern.

Erste Früchte unseres Dialogs deuten sich bereits an. Wir freuen uns, über die Überlegungen, das Thema Kultur in den „Stabilitätspakt für unsere Kommunen über den gemeinsamen Weg durch die Coronapandemie“ aufzunehmen. Auch erste konkrete Projekte zur Organisationsstruktur der Volkshochschulen in den ländlichen Räumen oder zur Zukunftsfähigkeit der Soziokultur im Land werden bereits umgesetzt oder sind in Vorbereitung.

Der Dialog geht ohnehin konstant weiter. Ein gemeinsames Beratungsgremium soll den zukünftigen Austausch und innovative Ideen befördern. Ich kann also sagen: Der Dialog mit der kommunalen Familie war ein Erfolgsmodell.

Lassen Sie mich zu den kulturpolitischen Erfolgen dieser Legislaturperiode ein paar Daten nennen; wir werden sie heute mit dem Landeskulturbericht 2017 bis 2021 auch der Öffentlichkeit vorstellen. Die Kulturausgaben des Landes pro Kopf sind allein von 2016 bis 2019 von 32,50 € auf 37,50 €, also um mehr als 15 %, gestiegen. Der Kulturhaushalt ist im Berichtszeitraum von 97,2 Millionen € auf 122,6 Millionen € und damit um weit mehr als 20 % gewachsen. Selbst wenn man die Coronasondermittel zur Stützung der Kulturinstitutionen sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler herausrechnet, sind es immer noch gut 20 % Wachstum.

Welche konkreten Projekte diese Mittel ermöglicht haben und vor allem wie die Strukturen im Land dadurch langfristig intelligent gestärkt werden können, werden Sie dem Bericht im Detail entnehmen können. Ich nenne beispielhaft ein paar Aspekte.

Der Digitale Masterplan Kultur war ein wesentlicher Meilenstein, um die digitale Transformation der Kultureinrichtungen voranzubringen. Wichtig dabei war die Weiterentwicklung der Landesbibliothek zu einem Kompetenzzentrum für Kultur und Digitales.

Auch die Gründung des in Deutschland einmaligen Kompetenzzentrums für Musikalische Bildung und die Etablierung der Kreisfachberaterinnen und -fachberater für Kulturelle Bildung sind wirkliche Meilensteine. Es sind wiederum intelligente Meilensteine, die wir in Schleswig-Holstein geschaffen haben. Dazu zählt übrigens auch die Einrichtung der Servicestelle Kulturförderung, der Förderlotsen. Das ist ein extrem wichtiger Aspekt gewesen. Gerade in der Pandemie hat das den Kulturinstitutionen sehr geholfen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Letztlich will ich auch darauf hinweisen, dass die Stärkung der Kulturknotenpunkte - erst deren Evaluierung, auch die Neuausschreibung, mit einer noch stärker konturierten Kompetenzbeschreibung - und die Erhöhung der Mittel außerordentlich wichtig sind.

Darum wird es auch in Zukunft gehen: intelligente Allianzen, Kooperationen und Netzwerke. Da sind wir gut, natürlich immer aus der Not heraus geboren, weil Schleswig-Holstein immer weniger Geld zur Verfügung gestellt hat als andere Bundesländer. Aber diese intelligenten Vernetzungen helfen uns auch jetzt und werden Grundlage der Aktualisierung der Kulturkonzeption des Landes sein, die wir uns für diese Legislaturperiode noch vorgenommen haben.

Dafür haben wir eine Befragung der Kulturakteurinnen und -akteure im April und Mai 2021 vorgenommen. Daran haben sich sehr viele Künstlerinnen und Künstler und Vertreter der Kultureinrichtungen beteiligt. Es zeigen sich vier regionale Vernetzungscluster mit besonders intensiven Beziehungen untereinander. Das ganze Cultural Mapping werden wir der Öffentlichkeit in Kürze vorstellen.

Die künftige Kulturkonzeption des Landes muss diese Ergebnisse berücksichtigen, Schwerpunkte für eine zeitgemäße Kulturentwicklung in den nächsten Jahren formulieren und kulturpolitisch verankern. Bei zwei Beteiligungsworkshops - der erste fand im September mit großer Resonanz im Audimax der CAU statt, ein zweiter, ebenso gut frequentierter, im Oktober als Onlineformat - wurden Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen ausgearbeitet.

Auch dies zeigt: Es gibt im Land ein wirklich gutes Miteinander der Akteure. Es gibt kurze Wege und ein gegenseitiges Vertrauen. Das haben wir alle in der Pandemie als besonders wertvoll wahrgenommen, denn die Unterstützung und Solidarität für die Künstlerinnen und Künstler im Land, die gute Zusammenarbeit, die auch ganz schnell realisiert wurde, war im Bundesgebiet beispielhaft.

Mit all den genannten Bausteinen des Kulturdialogs lösen wir das Versprechen einer transparenten Kulturpolitik und eines kontinuierlichen Austauschs mit der Kulturszene ein und pflegen die vertrauensvolle Dialogkultur. Wir werden diese Dialogkultur beibehalten, auch wenn die Zeiten wieder ruhiger sind. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um knapp 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine sichtbare und vielfältige Landeskultur, eine landestypische Kulturlandschaft und ein erlebbares Weltkulturerbe sind wertvoll. Diese einzigartigen Elemente prägen unser Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein verfügt über eine lebendige Kunst- und Kulturszene und über ein reichliches und vielfältiges kulturelles Angebot. Für die hier lebenden Menschen entwickeln sich daraus nicht nur Heimat und Identität. Kulturelle Angebote sind auch die Grundlage von Bildung, sie dienen der sinnvollen und kreativen Freizeitgestaltung und tragen zu einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität vor Ort bei. Davon profitieren nicht nur die Schleswig-Holsteiner, sondern auch die zahlreichen Tagestouristen, Urlauber und Gäste im Land.

Ich danke unserer Kulturministerin Karin Prien für ihren Bericht. Ich möchte an dieser Stelle vor allem denjenigen danken, die diesen Kulturdialog organisiert und sich eingebracht haben, sei es im Hauptamt oder im Ehrenamt. Ich freue mich, dass der Landeskulturbericht heute Mittag der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es ist schon herausfordernd und keineswegs selbstverständlich, einen solchen Kulturdialog mitten in der Pandemie rein digital umzusetzen. Hier waren die Formate zudem so abwechslungsreich und kurzweilig gestaltet, dass es gelungen ist, die vielen Teilnehmer einzubinden. Die Ministerin hat es genannt, es waren über 200 Teilnehmer, die dabei geblieben sind, sich mit Interesse zugeschaltet und aktiv mitgewirkt haben.

Der Bericht der Ministerin hat deutlich gemacht, wie wichtig, hilfreich und erkenntnisreich dieser Dialogprozess für alle Beteiligten war. Nur durch einen guten Dialog entsteht ein festes Netzwerk und ein gutes Miteinander der verschiedensten Akteure. Wer daraus gemeinsame Überzeugungen formuliert, kann feste Vereinbarungen für die Kulturförderung in Schleswig-Holstein treffen. So verstehen wir die gemeinsame Verantwortung von Land und

Kommunen für die Kulturförderung in Schleswig-Holstein.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Aus den Kurzformeln der fünf formulierten Überzeugungen lassen sich die Verabredungen zwischen Land und Kommunen herleiten. Erstens: Kultur ist entscheidende Grundlage für unser Gemeinwesen. Zweitens: Kultur ist Daseinsvorsorge. Drittens: Kultur ist im Wandel. Viertens: Kultur ist eine Querschnittsaufgabe und gleichzeitig eine Gemeinschaftsaufgabe. Fünftens: Kultur ist uns etwas wert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Kultur ist vielfach wirksam und rechnet sich. - Da dürfen Sie gerne applaudieren, das gilt für die Breite im Land: Kultur ist uns etwas wert.

(Beifall CDU)

Das kulturelle Leben war durch die Pandemie besonders beeinträchtigt und hat unter dem Lockdown sehr gelitten. Land und Kommunen haben für die Kultur in dieser Zeit viele finanzielle Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt und ihnen Zukunftssicherheit gegeben. Daher ist es klug und folgerichtig, dass Land und Kommunen klar benennen, wo die jeweilige eigene Verantwortung von Land auf der einen Seite und Kommunen auf der anderen Seite liegt,

(Vereinzelter Beifall CDU)

sich aber auch klar zur partnerschaftlichen Finanzierung der kulturellen Infrastruktur bekennen: Das sind unter anderem die Theater, Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Museen, soziokulturellen Zentren und Gedenkstätten.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Neu ist die Entwicklung modellhafter Projekte und Kooperationsformen. Ich nenne dabei den Digitalen Masterplan Kultur. Ich nenne aber auch das Kompetenzzentrum für Musikalische Bildung.

Gerade im digitalen Format haben sich Kulturknotenpunkte weiterentwickelt. Zukünftig sollen nicht nur die Servicestelle für Kulturförderung, sondern auch die Kulturentwicklungspläne und die Benennung konkreter Ansprechpartner, wie die Kulturvermittler, feste Größen sein. Das sorgt für mehr Transparenz, aber auch für Verlässlichkeit in der Kulturförderung.

Herausfordernd wird es auch in den nächsten Jahren bleiben, die Umsetzung notwendiger Sanierungs- und Investitionsbedarfe für die kommunale

(Anette Röttger)

Kulturinfrastruktur herzustellen. Auch dies wird einen guten Schulterschluss und die Einbindung aller Ebenen erfordern.

Als gemeinsames Anliegen kommt der Kulturdialog zu dem Ergebnis, bis 2030 bei den öffentlichen Ausgaben für Kultur den Durchschnitt der Flächenländer zu erreichen. Davon ist Schleswig-Holstein noch ein ganzes Stück entfernt. Ein solcher Entwicklungsschritt würde die Kulturförderung verlässlicher und planbarer machen. Das wünschen wir uns sehr. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Kultur ist entscheidende Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie ermöglicht allgemein zugänglich und auf Augenhöhe Teilhabe an der Gesellschaft und schafft Identität.“

Das steht im Kulturpakt 2030 zur gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen für die Kulturförderung in Schleswig-Holstein. Es ist ziemlich bedeutungsschwer und grundsätzlich, und es wäre schön, wenn es in Land und Kommunen so gelebt würde.

Über die Aufnahme von Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz wurde in den letzten Jahren verschiedentlich gesprochen. Zuletzt konnten sich die FDP - das war 2006 - und die SPD - das war 2012 - nicht mit entsprechenden Gesetzesvorlagen durchsetzen. Beide Male scheiterten wir an CDU und CSU. Unter der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen“ soll jetzt ein neuer Anlauf unternommen werden. Ich würde mich freuen, wenn der Erfolg hätte.

In der Landesverfassung immerhin findet sich die Förderung der Kultur als Aufgabe von Land und Kommunen. Um zu klären, wie das aussehen könnte, welche Kulturperspektiven Schleswig-Holstein hat oder braucht, hat die damalige Kulturministerin Anke Spoorendonk 2013 einen großen Kulturdialog gestartet. Daran hat die aktuelle Landesregierung angeknüpft - etwas spät, aber richtig. Es wurde eine Fülle an guten Beispielen im Land benannt. Land und Kommunen konnten sich gegenseitig der Bedeutung der Kultur versichern. Das wird vor allem

dann gut sein, wenn diese gegenseitige Versicherung nicht mit dem Hintergedanken verbunden ist: Und deswegen müsst ihr das bezahlen, weil das so wichtig ist.

Es ist wichtig, den Investitionsbedarf in Schleswig-Holstein nicht nur für Schulen und Straßen zu kennen, sondern auch für die kommunale Kulturinfrastruktur. Als nächster Schritt müssen natürlich entsprechende Investitionen folgen.

Das Land und die kommunalen Landesverbände haben im Juni 2021 ein Papier vorgelegt, in dem die Zäsur, die Corona für die Kultur bedeutet hat, nicht als entscheidendes Problem identifiziert wird, sondern lediglich als eine gesellschaftliche Herausforderung von vielen. Ich glaube, das haben viele Kulturschaffende in den letzten Monaten anders wahrgenommen. Ich hoffe, dass sie damit langfristig recht haben, meine Damen und Herren.

Ich will das ausgehandelte Dokument nicht schlechtreden. Es ist wichtig, dass sich beide Seiten zur partnerschaftlichen Verantwortung für die Kulturfinanzierung bekennen und dass die Institutionen der Weiterbildung, wie die Volkshochschulen, ausdrücklich der Kulturarbeit zugerechnet werden. Frau Röttger, ich wünsche mir das dann aber auch in Taten und nicht immer nur in Worten.

(Beifall SPD und SSW)

Es tut mir leid, dass es Sie jetzt trifft, aber Sie haben gerade geredet. Ich höre Sie hier reden von „Bewahrung der Schöpfung“ und davon, dass wir alle den Planeten erhalten wollen. Und dann erlebe ich eine CDU, die in der Landwirtschaft keinen Millimeter von dem abrückt, was sie seit Jahrzehnten für richtig hält.

(Heiner Rickers [CDU]: Das ist doch Quatsch! - Weitere Zurufe CDU)

Ich höre gestern eine Rede von Ihnen zum Thema Denkmalschutz, in der Sie sagen, unsere Heimat sei deshalb so schön, weil so viele schöne Denkmäler hier herumstünden. Aber die Probleme im Denkmalschutz gehen Sie nicht an, und die Stellen, die dringend besetzt werden müssen, kriegen Sie mit Ihrer Landesregierung nicht besetzt und stocken sie nicht auf. Und heute sagen Sie: Kultur sei Leben vor Ort, eine lebendige Kulturszene sei ganz wichtig für die Daseinsvorsorge vor Ort. - Ja, das ist sie, aber dann müssen Sie auch mehr tun, um das vor Ort erhalten und entwickeln zu können.

(Beifall SPD und SSW)

(Martin Habersaat)

Herr Rickers, es tut mir leid, dass Sie das verärgert. Das Problem ist, dass Sie den Menschen zwar erzählen, was sie hören wollen, aber hinterher nicht tun, was Sie tun sollten.

(Beifall SPD und SSW)

Land und Kommunen wollen bei der öffentlichen Kulturförderung bis 2030 den Durchschnitt der Flächenländer erreichen. Das ist sehr ambitioniert, zumal die anderen uns vermutlich nicht den Gefallen tun werden, stehen zu bleiben, damit wir es einfacher haben.

Nach dem Kulturfinanzbericht 2020 gaben die Flächenländer im Jahr 2017 im Schnitt rund 109 € pro Einwohner für Kultur aus, Schleswig-Holstein kam auf knapp 72 €. Das war der vorletzte Platz vor Rheinland-Pfalz. Das räume ich selbstkritisch ein, denn der Kulturfinanzbericht 2020 bezog sich ja auf das Jahr 2017.

Laut Kulturfinanzbericht tragen bundesweit und auch in Schleswig-Holstein die Kommunen den größten Anteil an der Kulturförderung. Deren Aufgabe liegt nicht unwesentlich in der Schaffung von Kulturinfrastruktur. Kulturschaffende brauchen Kulturräume: Bühnen, Kulturwerkstätten, Ausstellungsräume und -möglichkeiten in- und outdoor, öffentliche Aufträge und so weiter. Das ist eine wichtige Perspektive.

Wenn Kulturpolitik Gesellschaftspolitik ist, sind Kulturräume Demokratieräume. Da ist es wichtig, die vorhandenen Kulturräume in diesem Sinne zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Eine zweite wichtige Perspektive ist die der Kulturschaffenden selbst. Nach Ansicht der SPD muss mehr für die Existenzsicherung der Künstlerinnen und Künstler geschehen. Unser Sozialversicherungssystem sichert Soloselbstständige und zeitweise beschäftigte Kulturschaffende bislang nicht ausreichend ab. Das wird sicherlich in erster Linie eine Aufgabe für die neue Bundesregierung sein. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, zumal uns die Coronajahre deutlich gezeigt haben, wo die Schwächen im System liegen.

Fazit: Haushalte sind nicht auf Kosten der Kultur zu sanieren. Wer sich einmal durchlesen möchte, wie man es nicht machen sollte, kann sich den Bericht zur Haushaltsrettung von 2009 oder 2010, von der CDU verantwortet, durchlesen. Kultur ist Bestandteil der Strukturentwicklung. Kultur gehört als Förderziel in geeignete Förderprogramme.

Wir sollten uns in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam über ein Kulturförderungsgesetz unter-

halten, das für die Kulturräume und die Kulturschaffenden einen verlässlichen Rahmen beschreibt, und das mit einer Berichterstattung an das Parlament verbinden.

Ich schlage vor, den Bericht der Ministerin im Kulturausschuss zu vertiefen, und danke Ihnen bisweilen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, ich freue mich, dass wir, nachdem wir die Beratung des Kulturberichts ein paar Mal verschoben haben, ihn jetzt prominent am Vormittag behandeln. Ich freue mich, dass Sie in die Fußstapfen der Kollegin Anke Spoorendonk getreten sind und die Redezeit erweitert haben; das hat uns auch damals immer sehr geholfen. Ich freue mich, dass der Kulturdialog, der 2013 begonnen wurde, in dieser Landesregierung fortgeführt wurde. Sie haben den digitalen Dialog angesprochen, aber auch den Dialog mit den Kommunen. Das ist zentral wichtig.

Wir reden viel über Geld, das ist notwendig. Wichtig ist aber auch, dass wir über Beteiligungen, über Netzwerke, über Strukturen sprechen, und das ist in der letzten Legislaturperiode gut auf den Weg gebracht worden. Der Kulturbericht, den wir heute in unseren Postfächern gefunden haben, zeigt das deutlich.

Damals war es mit dem Geld noch schwieriger als in dieser Legislaturperiode. Damals war es schon zentral wichtig und auch eine Frage von Wertschätzung Kulturschaffenden gegenüber, dass wir miteinander ins Gespräch kommen und darüber nachdenken, wie wir die Situation für die Kulturschaffenden im Lande und für die Kulturinstitutionen insgesamt verbessern können.

Frau Ministerin, ich freue mich sehr über Ihre Eingangsworte, auch dafür möchte ich mich bedanken. Wenn wir darüber sprechen, dass uns in Coronazeiten bewusst geworden ist, dass uns Kultur fehlt, dann fehlte uns meiner Meinung nach nicht nur, dass wir nicht ins Kino oder Konzert gehen konnten, dann fehlte uns nicht nur der Kunst- und Kulturgenuß, sondern es fehlte auch der gesellschaftli-

(Marlies Fritzen)

che Diskurs in verschiedenen offenen Räumen, mit verschiedenen Menschen, in verschiedenen Situationen darüber, was unsere Gesellschaft gerade mitmacht, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt und wie wir miteinander zusammenbleiben können oder auch nicht zusammenbleiben wollen. Fragen, die sich um Impfpflicht, Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren oder Freiheit ranken, konnten nicht mehr miteinander in einem großen Diskurs besprochen werden, der in verschiedenen Räumen stattfindet, zu dem Kultur und Kunst ihren Beitrag leisten und bei dem wir alle - ich hätte im Beuys'schen Sinne fast gesagt - Künstler oder Künstlerinnen sein müssen. Das ist der zentrale Punkt, wenn wir darüber reden, warum wir Kulturförderung brauchen.

Wir sprechen davon, dass Kultur kein Ornament ist, sondern das Fundament. All die schönen Worte sind häufig genannt worden, trotzdem müssen wir immer wieder feststellen, dass nicht genügend getan wird. Augenfällig ist das bei der Situation von Kulturschaffenden in der Coronakrise geworden, die als Soloselbstständige häufig nicht abgesichert waren. Der Ampel-Koalitionsvertrag hat dieses Thema aufgenommen. Dafür bin ich dankbar. Es muss darüber geredet werden, wie man diesen Menschen stärkere Möglichkeiten gibt, sich sozial abzusichern.

Ich möchte zwei Punkte herausstreichen. Wir haben darüber gesprochen, dass es die Netzwerke und Kooperation von Akteurinnen und Akteuren gibt. Wir haben in den Kulturdialogen von Best-Practice-Beispielen und Ideen erfahren, aber wir brauchen auch eine Kulturpolitik und Kulturförderung des Möglich-Machens. Das halte ich für zentral. Wir müssen in der Kulturpolitik nicht vorgeben, was Kultur leisten soll, aber wir müssen die Räume und Möglichkeiten schaffen, damit Kulturschaffende, Künstlerinnen und Künstler an dem von mir genannten Diskurs teilhaben können.

Es geht also darum, die Kulturpolitik zu stärken. Sie haben davon gesprochen, dass wir die rote Laterne haben. Ja, die haben wir schon lange. Dabei wechseln wir uns immer wieder einmal mit Rheinland-Pfalz ab. Dieses Länder-Ranking ist das eine. Aber nur darauf zu schauen, ist zu wenig. Wir müssen auch auf die Strukturen schauen. Das hat sich in dieser Legislaturperiode gezeigt, das hat sich auch schon im Dialog der letzten Legislaturperiode immer wieder gezeigt, und wir haben das bei den Förderstrukturen, die wir aufgebrochen haben, zum Beispiel bei denen für die freien Theater, gesehen. Dort passten die Instrumente, die wir hatten und die einmal gut waren, überhaupt nicht mehr zu der Sze-

ne, wie sie sich heute darstellt. Wir sehen es bei der Soziokultur. Es wurden interessante, neue Aspekte vorgetragen, wie man die Soziokultur gerade auch im ländlichen Raum stärken kann.

Insoweit sind wir auf dem Weg. Wir werden das im Rahmen der Haushaltsberatungen sicherlich noch miteinander diskutieren. Ich freue mich sehr darüber, dass das positiv begleitet wird.

Wir sind auch im Begriff, den Kulturpakt 2030, den Sie angesprochen haben, mit Leben zu füllen. Diesbezüglich bin ich allerdings noch skeptisch. Es ist gut, dass es diese Vereinbarung gibt, es ist gut, dass es dieses Bekenntnis gibt, aber da ich schon ein paar Tage älter und auch schon ein paar Tage länger in diesem Bereich unterwegs bin, sehe ich, dass solche Dinge häufig als Erstes in kommunalen Haushalten, möglicherweise auch in kommunalen Haushalten, die unter Kommunalaufsicht stehen, weggespart werden. Meiner Meinung nach müsste man einmal darüber nachdenken, dass diese Dinge nicht weggestrichen werden müssen, weil der Haushalt vom Innenministerium sonst nicht genehmigt wird.

(Beifall SPD und SSW)

Darüber dürfen wir uns alle noch einmal Gedanken machen, wenn wir hier wohlfeil darüber sprechen, dass Kulturförderung wichtig ist, die dann aber aufgrund haushaltstechnischer Hindernisse gar nicht möglich ist.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Meiner Ansicht nach ist Kulturpolitik Strukturpolitik. Wir haben gehört, dass nicht nur im Rahmen von Tourismus und dadurch, dass Leute ins Theater und anschließend noch essen gehen, Wertschöpfungspotenziale zu erzielen sind, sondern auch dadurch, dass wir in einem Land wie dem unseren, das überwiegend aus ländlichen Räumen besteht, versuchen, Menschen in ihrem ländlichen Raum zu halten, indem wir ihnen dort ein Angebot machen und ihnen dort eine Möglichkeit bieten, sich auszutauschen, zu partizipieren und zusammenzukommen. Dies ist aus meiner Sicht eine Frage von Inklusion, von Teilhabe.

In Ihrem Kulturbericht und vor ein paar Tagen bei der Verleihung des Bibliothekspreises haben Sie dies ja auch noch einmal angesprochen. Der Preis wurde einer Frau verliehen, deren Namen ich jetzt leider vergessen habe. Das ist sehr peinlich. Ich meine die Frau aus dem Ort, in dem es diese ausgezeichnete kleine Bibliothek gibt.

(Ministerin Prien: Die ich zitiert habe! - Zurufe)

(Marlies Fritzen)

- Nein, nicht Kropp. - Egal. Mir geht es jedenfalls um eine kleine Bibliothek, die einen Treffpunkt in der Kommune geschaffen hat. - Es tut mir so leid! Nachher wird mir der Name einfallen. Ich entschuldige mich bei der Dame. - Die Bürgermeisterin jedenfalls hat erzählt, was das mit ihrer Kommune gemacht hat: dass ganz viel Austausch stattgefunden hat und dass die Menschen auf vielen Ebenen wieder näher zusammengekommen sind.

Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir reden dabei immer gern von dritten Orten. Das will ich jetzt nicht auch noch ausführen, zumal dies inzwischen auch ein ausgeleierter Begriff ist; aber genau darum muss es gehen. Kulturpolitik kann einen wesentlichen Beitrag zur Förderung von Strukturen im ländlichen Raum bieten.

In den Stadtzentren kleinerer Städte sind massive Leerstände zu verzeichnen. Auch dort sind Räume, die die Kultur nutzen und mit denen man arbeiten könnte. Das könnte im Rahmen der Stadtentwicklung im Hinblick auf eine interessante Stadt und auf die Lebensqualität in der Stadt ein großes Potenzial schaffen.

Als Letztes will ich sagen: Ich finde, dass es gut geklappt hat, als wir darüber nachdachten, wie wir es erreichen, dass die freien Theater besser gefördert werden. Ich sage den Leuten immer gern: Geht nicht nur zu den Kulturpolitikern und Kulturpolitikerinnen. Man muss mich nicht katholisch - - Katholisch sowieso nicht mehr; aber man muss nicht mich überzeugen, sondern man muss im Grunde die Finanzpolitiker überzeugen. Die Wertschöpfung habe ich gerade angesprochen. Man darf auch gern einmal die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker einladen, um zu sagen, wie prekär Künstlerinnen und Künstler, aber auch Kulturschaffende wie Tonmeister oder Kameraleute oder Bühnenbauer oder Bildhauer unterwegs sind und wie sie sich - immer wieder einmal auch mit anderen prekären Jobs - um ihren Unterhalt mühen müssen. Ich empfehle, auch einmal in diese Richtung zu schauen. Denn Kulturpolitik ist Strukturpolitik, Kulturpolitik kann Sozialpolitik sein. Das befruchtet sich gegenseitig.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei brauchen wir nicht von Fundamenten zu reden. Vielmehr müssen wir davon reden, dass das im Grunde das ist, was uns alle zusammenhält. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf)

- Vielen Dank. Herr Kollege Hein rettet mich gerade. Es war in Satrup. Den Namen der Bürgermeisterin lese ich nach. Ich habe auch schon einmal mit ihr gesprochen.

Das wollte ich sagen. Sie kennen das sicherlich auch alles aus Ihren Orten. Wenn es leere Läden gibt und nichts passiert, dann passiert auch in dem Ort nichts. Sobald es aber interessante Zentren und Kerne gibt, findet auch wieder gesellschaftliches Leben statt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Fritzen, Ihre Rede war beendet!

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, auf der Uhr sind noch 37 Sekunden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Aber Sie haben gesagt, Sie sind fertig.

(Zurufe)

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir reden demnächst einmal über - - Egal. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Jörg Hansen das Wort.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Vorweihnachtszeit, und wenn ich über das Wort „Kultur“ nachdenke, dann denke ich persönlich immer über die Vorweihnachtszeit nach, denke an die Traditionen, an die vielen Konzerte und an die Stimmung, aber auch an die Bagalutenweihnacht der norddeutschen Kultband Torfrock.

(Beifall FDP)

Das zeigt uns: Kultur ist vielfältig, und sie hat uns sehr gefehlt.

Ich danke der Frau Ministerin für ihren Bericht und komme damit zum Thema Kultur in Schleswig-Holstein.

Corona hat zu vielen Einschränkungen und Zumutungen für uns alle geführt. Viele Menschen konnten ihren Beruf nicht ausüben, hatten mit Einnahmeausfällen zu kämpfen und litten unter Auftritts-

(Jörg Hansen)

verboten und Absagen ihrer Veranstaltungen. Viele Auswirkungen sind zurzeit noch gar nicht sichtbar. Das gilt vor allem im Bildungsbereich, aber auch für viele Branchen, die unter den Lockdowns, Schließungen und Auflagen kaum in der Lage waren, ihren Geschäften nachzugehen.

Die Kulturbranche - meine Vorrednerinnen und Vorredner sind darauf eingegangen - war und ist von diesen Entwicklungen besonders gebeutelt. Die Auftritts- und Veranstaltungsverbote haben die Künstler und mit ihnen die gesamte Veranstaltungsbranche in eine existenzbedrohende Notlage gebracht. Auch alle mit ihr im Zusammenhang stehenden Berufsgruppen, vielleicht auch Berufsgruppen, die wir dabei gar nicht im Blick haben, haben sehr gelitten. Frau Fritzen hat das eindrucksvoll bestätigt, und viele Gespräche, wie Sie sie sicherlich auch alle selbst geführt haben, haben das gezeigt.

Wenn wir jetzt darüber sprechen, wie wir diese Branchen unterstützen müssen, dann reden wir nicht über Einzelfälle. Es geht auch und vor allem darum, dass wir Strukturen erhalten, die über Jahre und Jahrzehnte gewachsen sind und die unter Umständen dauerhaft verloren sein könnten, wenn wir nicht aktiv gegensteuern. Ein Kinobetreiber macht vielleicht sein Kino nie wieder auf, ein Künstler wird sich unter Umständen dauerhaft einer anderen Aufgabe widmen und sich nicht weiter künstlerisch engagieren können, wenn über ein Jahr lang keine Verdienst- oder Auftrittsmöglichkeiten mehr bestehen.

Es steht zu befürchten, dass sich die Fördermöglichkeiten angesichts leerer Kassen und der gewaltigen Zusatzbelastungen durch die Krise zukünftig noch schwieriger gestalten werden, als es bisher der Fall war. Daher ist es jetzt umso wichtiger, dass wir mit dem Kulturdialog eine partnerschaftliche Zusammenarbeit erreichen konnten, um der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein nicht nur wieder zu alter Stärke verhelfen zu können, sondern auch deren stetige Weiterentwicklung ins Auge zu fassen.

(Beifall FDP)

Denn der Wert der Kultur ist unbestritten. Er wurde durch alle Redebeiträge eindrucksvoll verdeutlicht.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Eine bessere Vernetzung der kulturellen Angebote wird unerlässlich sein. Wir brauchen mehr und bessere regionale Zusammenarbeit und kluge Vernetzungen zwischen den einzelnen Kommunen.

Nur so können wir Kultur und kulturelle Angebote in Zeiten knapper Ressourcen auch abseits der Zentren für alle zugänglich machen und dafür sorgen, dass die Kultur als Teil der Daseinsvorsorge für jedermann erlebbar gemacht werden kann. Niederschwellige Angebote und niedrige Einstiegshürden tragen dazu bei, dass wir niemanden ausschließen und kulturelle Angebote als das verstehen, was sie sind, nämlich als Teil der Daseinsvorsorge, bei der alle gleichermaßen Anspruch darauf haben, daran teilnehmen zu können.

Es gilt, neue Formate auszuprobieren und mit Flexibilität und Kreativität die Lücken zu füllen, die durch die Krise entstanden sind. Zusätzlich könnten vermehrt digitale Angebote Distanzen überwinden helfen und die Reichweite und Verfügbarkeit des aktuellen Angebotes erweitern.

Meine Damen und Herren, der Kulturdialog begründet eine neue Verantwortungsgemeinschaft. Das Land bekennt sich gemeinsam mit den Kulturschaffenden dazu, die Kultur als Daseinsvorsorge zu begreifen und sich entsprechend dafür einzusetzen, kulturelle Angebote im Rahmen der gleichwertigen Lebensverhältnisse zu fördern und zu erhalten.

(Beifall FDP)

Ich finde, dass es in diesen Zeiten ein gutes und wichtiges Signal ist, dass wir uns klar zur Kultur bekennen und dass es unsere Aufgabe als Politik und Land ist, die Kultur zu erhalten und zu fördern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine Rede anfangen möchte, möchte ich mich bei der Ministerin für ihren mündlichen Bericht zu den Ergebnissen des Kulturdialogs bedanken.

Wer hat angefangen, wer hat den ersten Kulturdialog ins Leben gerufen? - Das war unsere Kulturministerin Anke Spoorendonk.

(Beifall Christian Dirschauer [SSW] und Martin Habersaat [SPD])

(Jette Waldinger-Thiering)

Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, wirklich etwas für die Kulturlandschaft zu tun. Sie hat Kulturknotenpunkte zur Vernetzung der regionalen Kulturarbeit eingerichtet, Regionalkonferenzen abgehalten, Kulturschulen und -orte ernannt und gemeinsam mit der Stiftung Mercator das Projekt „Kultur trifft Schule - Schule trifft Kultur“ geschaffen.

Sie hat die besonderen Gegebenheiten der Grenzregion aus eigenem Erleben heraus gekannt und zu nutzen gewusst. Unter Anke Spoorendonk wurden die deutsch-dänischen Kulturvereinbarungen eingerichtet, und Schleswig-Holstein stellte den Antrag dafür, Haithabu und Danewerk als UNESCO-Kulturlandschaft zu nominieren - ein einmaliges, besonderes und vor allem geglücktes Projekt, mit dem Schleswig-Holstein einen festen Platz auf der Karte des Kulturerbes erlangt hat.

Wir werden auch heute noch immer wieder auf die herausragende Rolle unserer Kulturministerin angesprochen - und das bei aller Bescheidenheit auch vollkommen zu Recht. Wie man diesem Papier anmerken kann, baut die Arbeit der jetzigen Landesregierung maßgeblich auf der Tatkraft unserer SSW-Ministerin auf.

Wir sehen, dass auch die Kulturlandschaft unter dem Einfluss der Pandemie steht und ihre Folgen weiterhin spürbar sind. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch der Kulturpakt 2030 darauf Bezug nimmt. Und doch war ich zugegebenermaßen etwas verwundert, dass der Tenor des Papiers trotz eines seitens des Ministeriums groß angekündigten weiteren Kulturdialogs seltsam farblos bleibt. Ich kann beim besten Willen keinen Gestaltungswillen seitens des Landes erkennen, keine kulturpolitische Richtung, die vorgegeben wird, keine Idee für eine Weiterentwicklung der sehr guten Vorarbeit der vorherigen Kulturministerin.

Stattdessen klingt der Kulturpakt mitunter ängstlich und fast schon hilflos. Wie die kulturelle Teilhabe gefördert und gestärkt werden soll, bleibt undefiniert. Wie die kulturelle Infrastruktur weiter gestärkt werden soll, wird nicht ausformuliert. Inwiefern Kulturförderung weiterentwickelt werden soll, wird auch offengehalten. Und was auch immer innovative Allianzen ausmacht, die das Rettungsmittel für die in Aussicht gestellten knappen Ressourcen darstellen sollen - das bleibt der Phantasie der Rezipienten überlassen.

Unter Punkt 5 wird festgehalten:

„Kultur ist (uns) etwas wert.“

Die Bedeutungslosigkeit dieses Satzes ist dann doch zu groß, um einfach so über ihn hinwegzugehen. Was heißt das? Was ist sie Ihnen eigentlich wert? Kultur rechne sich, können wir danach lesen, aber auch, dass eine rein betriebswirtschaftliche Perspektive zu kurz greife. Es fällt schwer, daraus Schlüsse zu ziehen.

Kommen wir zu den Verabredungen. Ein einigermaßen konkreter Punkt, mit dem ich beginnen möchte, versteckt sich ganz zum Schluss. Eine Bestandserhebung der kommunalen Kulturinfrastruktur, die Aufschluss über den Zustand und notwendige Investitionen und Sanierungsbedarfe geben soll, befürworten wir sehr.

Darüber hinaus sind konkrete Handlungen - wie so oft bei Jamaika - rar gesät. Das Land und die Kommunen bekennen sich im Text weiterhin zur partnerschaftlichen Finanzierung von kultureller Infrastruktur. - So weit, so selbstverständlich. Alles andere wäre doch auch ein Skandal.

Ferner sichern sich Land und Kommunen zu, bis zum Jahr 2030 bei den öffentlichen Ausgaben für Kultur den Durchschnitt der Flächenländer zu erreichen. Das ist nun wirklich nicht der große Wurf, aber immerhin haben Sie sich nicht darauf verständigt, den Durchschnitt unterbieten zu wollen.

Im nächsten Punkt vereinbaren sich Land und Kommunen auf modellhafte Projekte für neue Kooperationen. Die werden zwar nicht weiter eingegrenzt, aber wenn sie sich an den bereits bestehenden Kulturknotenpunkten orientieren wollen, ist das aus Sicht des SSW eine gute Anknüpfungsstelle.

Es bleibt das Fazit: ein irgendwie mutloser Kulturpakt, der kaum über den Status quo hinauskommt.

Lassen Sie mich noch einen Zusatz machen. Es ist sehr ungewohnt, dass die Ministerin so viel Redezeit für uns andere herausholt.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Das muss man ja nicht nutzen!)

- Nein, das weiß ich, liebe Katja, aber man kann ja noch ein paar Sätze sagen.

Der Kulturbericht, der heute in meinem Postfach lag - vielleicht auch schon gestern Abend gekommen ist -, den hätte ich gern früher gehabt. Ich hätte auch gern eine Einladung für die Veranstaltung heute Abend bekommen. Ich glaube, es wäre wichtig gewesen, dort teilzunehmen, wenn die Zeit es zugelassen hätte. Wenn wir alle einigermaßen den gleichen Stand haben sollen, dann hat auch die Opposi-

(Jette Waldinger-Thiering)

tion ein Anrecht darauf, informiert und mitgenommen zu werden.

Noch einmal zu all denen, die sagen: Kultur kostet Geld. - Ja, das ist richtig. Aber wenn Schleswig-Holstein ein Wissenschaftsstandort werden soll, vielleicht auch noch ein superguter Industriestandort, ein Standort, an dem man gut leben kann, dann gehört die Kultur dazu. Denn viele Menschen, die nach Schleswig-Holstein ziehen, um hier einen guten Posten auszuüben, die fragen: Wie ist denn euer kulturelles Angebot? Wenn wir kein kulturelles Angebot haben, dann werden sie sagen: Dann bleiben wir lieber in der Metropolregion Hamburg, aber wir ziehen nicht auf das platte Land.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Kreativwirtschaft sagen. Kreativwirtschaft ist auch ein wirtschaftliches Standbein.

(Christian Dirschauer [SSW]: Auch im Hamburger Rand!)

- Auch im Hamburger Rand, auch oben bei uns in der Grenzregion, links und rechts vom Wasser und davor.

Deshalb sage ich immer: Kultur ist keine Sahnetorte, sondern Kultur ist Schwarzbrot; sie gibt Guf und Nahrung für unsere grauen Gehirnzellen. Das ist wichtig, um unterschiedliche Kulturen verstehen zu können.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor - -

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ach so, die Ministerin meldet sich noch einmal zu Wort. Dann werden wir ihr das selbstverständlich auch erteilen.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Marlies Fritzen, ich wollte das jetzt noch einmal komplettieren. Es ist Britta Lang, und das ist die Bürgermeisterin von Mittelangeln. Die Gemeinde Mittelangeln ist die Trägerin der Bibliothek i-PUNKT - wir schreiben ja alle zwei Jahre den Bibliothekspreis aus -, die im letzten Durchlauf eine der beiden Preisträgerinnen war.

Ich möchte einmal sagen, was wir dort in der letzten Woche zitiert haben. Ich finde, das ist für den Abschluss dieser Debatte sehr gut geeignet. Sie hat begründet, warum sie an dem Wettbewerb für den

Bibliothekspreis teilgenommen hat: Weil die Vielfalt und die Wertigkeit der neuen Angebote im i-PUNKT als Dritter Ort aufgezeigt werden sollte.

Sie habe damit auch Ansporn für andere Kommunen sein wollen. Und tatsächlich habe sie von außen viel Anerkennung und Neugierde auf die Angebote im i-PUNKT erfahren. Natürlich sei es auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine große Wertschätzung und Motivation. Die Auszeichnung habe somit ihr Ziel erreicht, die Idee des Ortes breit zu kommunizieren und zu transportieren.

Ich glaube, das ist eine sehr treffende Beschreibung gewesen. Das wollte ich im Interesse von Frau Lang noch einmal ergänzen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Frau Ministerin Prien. - Weitere Meldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/3273 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Technologieoffenheit in der Verkehrspolitik realisieren - synthetische Kraftstoffe stärker berücksichtigen

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Drucksache 19/3318

Innovative Power-to-X-Lösungen - technologieoffenen Kurs auch weiterhin in der Verkehrspolitik fortsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/3410

Auch hier wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn das Umweltministerium mit Erfolgswerten aus dem Monat Oktober aufwartet, ist die Elektromobilität keine Lösung für das

(Volker Schnurrbusch)

Autoland Deutschland. Die absoluten Zulassungszahlen sind noch sehr überschaubar, und das Interesse an Batteriefahrzeugen nimmt sogar ab. Nach zwei Umfragen der Unternehmensberatung Deloitte und der Deutschen Automobil Treuhand bevorzugen heute deutlich weniger potenzielle Autokäufer ein Elektrofahrzeug als noch im letzten Jahr, und das trotz der üppigen und marktverzerrenden staatlichen Kaufhilfe von satten 9.000 €

Warum ist das so? Nun, zum einen begreifen die Bürger zunehmend, dass Batterien nicht umweltfreundlich sind. Das gilt weder für den Abbau der benötigten Rohstoffe noch für die Entsorgung als Sondermüll. Deutschland ist noch weit davon entfernt, eigene Produktions- und Recyclingstätten aufzubauen, und so wandert auch dieser wichtige Zweig wohl komplett nach Fernost. Die Arbeitnehmer bei VW, Daimler und Co. dürfen sich also auf noch mehr Entlassungen einstellen. Bei VW sollen es 30.000 werden. Dazu kommen ungeklärte Fragen nach der Reichweite und der Ladeinfrastruktur. Jan-Nikolas Sontag, Chef des Kfz-Gewerbeverbandes, weist zu Recht darauf hin, dass in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein die vielen Pendler auf eine verlässliche Reichweite ihrer Fahrzeuge angewiesen sind. Jeder, der schon einmal rein elektrisch unterwegs war, kennt den bangen Blick auf die Anzeige am Armaturenbrett und überlegt es sich zweimal, im Winter die Heizung oder im Sommer die Klimaanlage einzuschalten, wenn die Batterie schwächelt.

Der Ausbau von Ladeboxen im privaten Bereich wird ebenfalls üppig gefördert. Hier zahlt die Allgemeinheit für den Luxus von Eigenheimbesitzern; das ist nicht gerade sozial. Und wenn die Box erst einmal hängt, heißt das nicht, dass der Strom auch fließt. Nicht nur in England greift man zur Abregelung. Auch hier haben viele Stromanbieter vor, in Stoßzeiten die Leistung zu verringern: eine tolle Botschaft, wenn man nach Feierabend schnell an der eigenen Box laden will, um danach noch irgendwo hinzufahren. Das kann zum Geduldsspiel werden.

Weitere Gründe für die zunehmende Skepsis bei vielen Bürgern sind die unklaren Folgekosten. Unfallschäden zu beheben, soll laut Aussage der Allianz 30 % teurer werden als bei Verbrennern. Das heißt im Klartext: Die Versicherung wird auch teurer. Laut DAT-Abfrage verlieren Batterieautos an Wiederverkaufswert, während Benziner und Diesel im Moment sogar leicht ansteigen. Vielleicht liegt das auch an der Erkenntnis, dass es nicht gerade nachhaltig ist, gut funktionierende Fahrzeuge zu

verschrotten, statt sie so lange wie möglich zu fahren und so ihre Umweltbilanz mit jedem Jahr zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine technologieoffene Verkehrspolitik und halten Projekte, die synthetische Kraftstoffe aus Wasserstoff und CO₂ im Power-to-Gas- oder Power-to-Liquid-Verfahren herstellen, für absolut förderungswürdig. Ihre Energiedichte ist 20-mal so hoch wie die einer Lithium-Ionen-Batterie. Sie können leicht gespeichert und transportiert werden. Außerdem kann die bestehende Tankstelleninfrastruktur weiter genutzt werden.

Derzeit fahren immer noch 48 Millionen Pkw auf unseren Straßen. Selbst wenn das Ziel der neuen Bundesregierung erreicht werden sollte, bis zum Jahr 2030 den Anteil der Elektroautos auf 10 Millionen zu erhöhen, würde dann immer noch der weitaus größere Teil der vorhandenen Pkw mit Verbrennern fahren. Hier könnten synthetische Kraftstoffe eine wichtige Ergänzung darstellen.

Statt einseitigem Totalumbau auf ökologisch fragwürdige und unsichere Batterietechnik plädieren wir für eine realistische Verkehrspolitik, zu der in absehbarer Zeit die bewährten Verbrenner gehören, egal, ob sie mit Benzin, Diesel, Gas, Ethanol oder synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schnurrbusch. - Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Andreas Hein.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende, und das bleibt auch so!

(Beifall CDU und FDP)

Damit es so bleibt, haben wir uns schon sehr frühzeitig auf den Weg gemacht und auf einen Dreiklang gesetzt, nicht nur auf Elektromobilität, sondern auch auf Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe. Wir haben uns schon sehr früh - im Jahr 2017 - auf den Weg gemacht und vom Bund gefordert und selbst dafür gesorgt, dass wir die regulatorischen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben, damit wir überhaupt die Chance haben, in solche neuen Technologien zu kommen. Wir

(Andreas Hein)

haben im Jahr darauf im Antrag Drucksache 19/379 über Power-to-X-Lösungen gesprochen und dort bereits das Thema synthetische Kraftstoffe behandelt, im Jahr darauf den Wasserstoffantrag, Drucksache 19/507. Auch da findet sich das Thema E-Fuels wieder. In der Wasserstoffstrategie - Drucksache 19/1801 - oder im Bericht der Landesregierung - Drucksache 19/2484 - findet sich das Thema genauso wieder wie zuletzt in dem Antrag, den wir jetzt haben - Drucksache 19/3214, Wasserstofftechnologie braucht einen klaren Kurs.

Überall ist das Thema synthetische Kraftstoffe genauso präsent wie auch die anderen Technologien. Wir wollen als Land auf eine breite Technologie setzen. Wir finden trotzdem - anders als Sie - Elektromobilität richtig gut.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Denn sie macht dort Sinn, wo man sie vernünftig einsetzen kann. Die Kollegen haben jetzt eine PV-Anlage auf dem Dach, sie können mit Batterien speichern, die von der Landesregierung gefördert wurden, sie können ihren eigenen Strom zu günstigen Konditionen tanken. Das ist super! Wir sind deshalb das Energiewendeland, weil wir genauso vorgehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist richtig klasse!

Für unsere synthetischen Kraftstoffe, damit wir auch da weiterkommen, haben wir im Land großartige Projekte - das Projekt KEROSyN 100 beispielsweise bei mir an der Westküste in der Raffinerie Heide. Hier sind wir seit vielen Jahren dabei, aus erneuerbaren Energien über das Medium Wasserstoff zunächst zu synthetischem Methanol zu kommen und vom Methanol dann weiter zum Kraftstoff. Das Reallabor Westküste 100 ist auch ein mega Vorzeigeprojekt der Region, ein 30-MW-Elektrolyseur mit den drei Bausteinen klimaneutrales Fliegen, Bauen und Heizen. Das ist der Schwerpunkt dort. Auch bei der nächsten Stufe, dem HYSCALE100, dem nächsten Antrag, handelt es sich um einen Elektrolyseur in einer Größenordnung von 500 MW. Wer sich damit auskennt, weiß: Das ist unvorstellbar groß. In der zweiten Stufe handelt es sich sogar um 2 GW. Die Bundesregierung hat einmal auf den Weg gebracht, dass bis zum Jahr 2030 5 GW entstehen sollen. Wir wollen aber jetzt davon mindestens 2 GW an der Westküste, in der Region Heide oder darüber hinaus, machen.

Das sind Dinge, die wir hören wollen. Wir wollen damit klimaneutrale, gute Arbeitsplätze schaffen, die in die Zukunft führen. Da müssen wir hinkommen. Lassen Sie uns deshalb auf eine breite Straße, auf klimaneutrale Treibstoffe, auf die Elektromobilität, auf Wasserstoff und natürlich auf die synthetischen Kraftstoffe setzen.

Der Kollege Arp wurde heute Morgen hier angesprochen. Ich muss eine Lanze für ihn brechen. Er hat ein riesiges Netzwerk, und mit seiner Möglichkeit, immer einmal wieder kleine Runden einzuberufen, hat er hier im Land dafür gesorgt, dass viele Themen vorankommen. Er hat Menschen und Industrieunternehmen immer wieder zusammengeführt.

Zuletzt ging es darum, das Thema Bildung, Ausbildung und Hochschule zu besetzen und zu fragen: Wie machen wir das? Auch da war er derjenige, den ich damals an meiner Seite hatte. Wir konnten das Thema Transformation, beim Institut für die Transformation des Energiesystems, an der Fachhochschule Westküste mit dem Schwerpunkt synthetische Kraftstoffe ebenso einbringen wie an der Hochschule Flensburg, ebenso mit dem Schwerpunkt synthetische Kraftstoffe. Auch hier hat Hans-Jörn massiv mit dafür gesorgt, dass dies nun die größte Forschungseinrichtung in Schleswig-Holstein ist. Deswegen: Vielen Dank an Hans-Jörn Arp, da hat er einen guten Job gemacht.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Landesregierung insgesamt muss man sagen: Es ist total klasse, dass unsere Minister Seite an Seite stehen und wirklich dafür kämpfen, dass es bei diesen großen, wunderschönen Projekten vorangeht, denn wir sind das Land der Energiewende. Wir haben den sogenannten Überschussstrom, wie er immer genannt wird. Das ist doch genau das, was wir wollen. Wir wollen ihn für die Elektromobilität nutzen, wir wollen ihn nutzen, um ihn dann über Wasserstoff in synthetische Kraftstoffe zu bringen. Wir brauchen davon noch viel mehr. Deswegen: Wir sind das Land, wir sind diejenigen, die das hinkriegen und für den Klimaweg sorgen. Dies gilt nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern wir sind das gute Vorbild für Deutschland und Europa. Das machen wir weiter. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Lassen Sie mich im Vorwege eines klarstellen: Der vorliegende Antrag der AfD zu synthetischen Kraftstoffen geht an der Klimaschutzdebatte absolut vorbei. Aber auch Jamaikas Antrag dient nur zur Rettung des Verbrennungsmotors. Nach meiner Auffassung gibt es keine Zukunft für den Verbrennungsmotor für Pkw. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht dazu:

„Schritt für Schritt beenden wir das fossile Zeitalter auch, indem wir den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen und die Technologie des Verbrennungsmotors hinter uns lassen.“

Wenn man den Strombedarf für die Herstellung von E-Fuels und deren Nutzung für Verbrennungsmotoren mit dem eines reinen E-Autos vergleicht, dann ist der Strombedarf von E-Fuels ungefähr um einen vier- bis fünffachen Faktor erhöht. Es stellt sich daher die Frage, ob es sinnvoll ist, den wertvollen grünen Strom für E-Fuels zu verwenden.

Dass wir grünen Strom direkt verwenden sollen, war auch ein Ergebnis der Expertenanhörung hier im Landtag. Grundsätzlich weisen E-Fuels zunächst dieselben Eigenschaften auf wie konventionelle Kraftstoffe - mit dem grundlegenden Unterschied, dass für ihre Produktion große Mengen an Strom notwendig sind. Die potenziell erreichbare Energieeffizienz bei dieser Art von Kraftstoffen ist bei Weitem noch nicht hoch genug. Daher ist es schwer zu rechtfertigen, dass diese für den Individualverkehr eingesetzt werden.

Auch in Zukunft werden E-Fuels vermutlich keinen annehmbaren Wirkungsgrad erzielen. Mit dem aktuellen Stand der Technik ist die Produktion synthetischer Kraftstoffe nur dann umweltschonender als die von Diesel und Benzin, wenn der Energiemix, mit dem dieser Kraftstoff hergestellt wird, zu über 90 % aus erneuerbaren Energien stammt. Doch um das zu gewährleisten, sind wir noch nicht weit genug in der Energiewende.

In dem Antrag der AfD ist allerdings keine Rede davon, wo die Energie herkommen soll. Hier differenziert Jamaika zumindest mit der Verwendung von erneuerbaren Energien. Wenn überhaupt, wäre der einzig sinnvolle Beitrag zur Förderung dieser

Technik der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien. Vorher ist der Einsatz kontraproduktiv zu unseren Klimazielen.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Aus Ihren Anträgen liest sich schon so etwas wie der Versuch einer Strategie heraus: Seht her, Jamaika und die AfD retten den Verbrenner. Die AfD bestreitet nicht nur den menschengemachten Klimawandel, mit diesem Antrag würden Sie den CO₂-Anstieg im wahrsten Sinne des Wortes befeuern.

Die Klimaneutralität Deutschlands ist für uns ein wichtiges Ziel und unverhandelbar. Die Herausforderungen sind gewaltig. Wir möchten auf nationaler Ebene spätestens 2045 dieses Ziel erreichen, in Schleswig-Holstein sogar schon 2040.

(Beifall SPD)

Idealerweise steigen wir bis 2030 aus der Kohle aus und nächstes Jahr schon aus der Atomenergie.

Der Einsatz von synthetischen Kraftstoffen kann aber grundsätzlich schon sinnvoll sein: In Mobilitätszweigen, in denen eine Elektrifizierung oder Nutzung von Wasserstoff schwer zu realisieren ist. Beispiele wären der Luftverkehr, der Schiffs- oder der Schwerlastverkehr auf der Straße. Doch hier sind weitere Forschung und Entwicklung dringend notwendig. Aber das, was die AfD hier für den Individualverkehr vorschlägt, wäre eine reine Energieverschwendung, und Jamaika lässt uns bei den Anwendungen im Unklaren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum sollte grüner Wasserstoff überhaupt in synthetische Kraftstoffe umgewandelt werden, wenn der kostbare Wasserstoff auch direkt für den Pkw-Antrieb verwendet werden kann? Das wäre technologieoffen. Das ist wieder einmal ein typischer AfD-Antrag: Kaum setzt man sich damit auseinander, erkennt man den offensichtlichen Populismus. Das ist weder ein Beitrag zur Klimaneutralität, noch helfen Sie den Pkw-Besitzerinnen und -Besitzern. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Professor Dr. Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Liebe AfD-Fraktion, an folgenden Fakten kommt keiner vorbei, auch Sie nicht. Wir wissen ja, mit den Fakten haben Sie es nicht so in Ihrer Partei. Erstens. Das 1,5-Grad-Ziel begrenzt die CO₂-Emissionen auf weltweit 400 Milliarden t. Damit ist absehbar in den 30er-Jahren dieses Jahrhunderts Schluss mit Kohle, Öl und Gas. Das ist gestern noch einmal bestätigt worden durch den Koalitionsvertrag mit dem Kohleausstieg 2030.

Zweitens. Energie wird weiterhin aus kostengünstigem Wind- und Solarstrom kommen, aber den gibt es nicht immer und überall. Bei uns gibt es ihn zum Glück, und wir werden jetzt die Möglichkeiten prüfen und sie auch haben, diesen Solarstrom hier direkt zu nutzen und in Produktionsenergie umzusetzen. Das befürworte ich sehr. Drittens. Wir werden nicht darum herumkommen, auch CO₂ aus der Luft zu entnehmen und in Prozesse zu geben. Davon sind wir auch überzeugt.

Meine Damen und Herren, für die Technik gilt: Die erste Aufgabe ist, Strom direkt zu nutzen. Das ist am effizientesten, gefolgt von der Zwischenspeicherung in Akkus. Aber nicht alles kommt mit Akkus aus oder lässt sich an ein Kabel anschließen. Deswegen will ich hier noch einmal festhalten: Der Umweg über Wasserstoff benötigt das Dreifache, und der Umweg über E-Fuels benötigt das Fünffache an Strom.

Wir müssen uns also klarmachen: Hier geht es um das Verwenden von Strom und nicht um das Verschwenden von Strom. Deshalb gilt für uns die Faustformel: Je größer die Anwendung, desto eher sind E-Fuels nötig. Herr Hein hat das hier sehr deutlich gemacht. Das gilt zum einen für den Flugverkehr und für das, was wir in Heide in Bezug auf Kerosin machen. Aber auch für die Schifffahrt ist das nicht so ganz ohne, denn Schiffe auf großer Fahrt sind und werden nach unserer Auffassung weiter auf flüssige Treibstoffe angewiesen sein. Zudem ist ihre Lebensdauer sehr lang, sodass dann, wenn wir heute nur noch Akkus einbauen würden, Teile der alten Flotte noch in den Jahren 2045 mit alten Antrieben fahren würden. Hier muss man also erkennen, dass Klimaneutralität in der weltweiten Schifffahrt bis 2030 wahrscheinlich nicht gelingen wird. Wir brauchen E-Fuels, das ist klar.

In Bezug auf Lkw ist der deutschen Automobilindustrie mehr oder minder deutlich, dass die Verbrenner mehrfach abgehängt werden und die E-Motoren mehr Leistung bringen. Das ist ja der Vorteil

des E-Motors. Deshalb fahren wir auch im Bahnverkehr überwiegend elektrisch und hoffentlich bald auch zunehmend in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, auch das gehört dazu: E-Motoren sind robuster und wartungsärmer. Sie haben eben keine Vergaser, Verschleißteile und so weiter. Der E-Motor ist tatsächlich effektiver. Deshalb haben wir uns in Schleswig-Holstein auch entschieden und zumindest für den Lkw-Verkehr den Versuch mit Oberleitungen oder Brennstoffzellen, egal ob mit Wasserstoff oder Methanol gespeist, gemacht, weil Akkus eben nur im Nahverkehr reichen. Das sind alles gute Ideen.

Liebe Kollegen von der AfD, eines müssen Sie sich noch einmal klarmachen: Beim Pkw reicht der Akku. Wir bekommen jetzt von deutschen Automobilfirmen Fahrzeuge mit Akkus mit einer Leistung von bis zu 750 km. Es gibt spannende neue Entwicklungen bei der Batterietechnik. Was glauben Sie, was die Nutzerinnen und Nutzer, was die Kunden machen werden, wenn sie auf dem Markt einen Pkw mit 1.000 km Reichweite bekommen? Da würde doch niemand mehr auf die Idee kommen, dass es noch sinnvoll ist, Benzin zu tanken.

Deshalb glauben wir an die Innovation und an die jetzige Konzentration und daran, dass wir jetzt als Industrienation in Deutschland auch in die Batterietechnik einsteigen. Dass wir das hier machen werden, davon bin ich fest überzeugt. Wir werden in dieser Region unsere grüne Energie für die Batterie-brennstoffproduktion einsetzen. Damit werden wir zeigen, dass dieses Land Industriepolitik kann, dass es Energiepolitik kann. Deshalb finde ich es auch super, dass unser Robert Habeck, den wir hier alle gut kennen, genau für dieses Thema in den nächsten Jahren zuständig sein wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glauben Sie mir, der wird den Turbo zünden, auch und gerade für unser Bundesland. Vor allem weiß er, wie es geht. Er hat uns ja in seiner Ministerzeit hier in den letzten Jahren eindrücklich gezeigt, dass er anpacken kann, dass er ein Macher ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass er dieses Problem auch für Schleswig-Holstein sieht.

Noch einmal, meine Damen und Herren: Auch mit Blick auf die E-Fuels müssen die erneuerbaren Energien stärker ausgebaut werden. Die Energie bleibt wertvoll. Die beste Energie ist die, die man nicht verbraucht. Ich würde deshalb immer noch auf das Thema Energieeinsparung setzen; auch das ist für uns ein sehr wichtiger Aspekt. Wir brauchen mehr als nur eine Antriebswende, meine Damen und Her-

(Dr. Andreas Tietze)

ren. Ich würde mir wünschen, dass noch mehr Güter auf die Schiene kommen, dass wir einen starken Umweltverbund von Zug, Bus, Rad und Fuß haben.

Was die Fahrweise angeht, habe ich es sehr bedauert, dass in den Koalitionsverhandlungen in Berlin nicht auch das Tempolimit vereinbart worden ist. Aber es gehört eben auch zur Wahrheit dazu: Wenn man klimagerechte Politik machen will, dann muss man auch solche Dinge umsetzen. Dies wird aber jetzt nicht umgesetzt. Ich wäre da gern weiter gewesen. Aber es ist nun einmal so: In einer Koalition muss man Kompromisse machen.

Gleichwohl, meine Damen und Herren: Für uns ist wichtig, dass die Akkus im Moment ausreichen. Wir hier in Schleswig-Holstein sind für einen technologieoffenen Weg angetreten. Das, was wir machen, ist genau richtig. Deshalb, meine Damen und Herren, ist Ihr Antrag überflüssig und populistisch. Wir werden ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wird im Alltag von Elektromobilität gesprochen, wird zumeist an batteriebetriebene Fahrzeuge gedacht. Es gab 2017 eine anonymisierte Umfrage von KPMG unter Managern der Automobilindustrie. Danach gaben 72 % der Befragten an, dass sie glaubten, dass rein batteriebetriebene Fahrzeuge auf Dauer scheitern würden. Dies ist auch einer der Gründe dafür, weshalb wir Technologieoffenheit vereinbart haben und weshalb uns Technologieoffenheit so wichtig ist.

Nun werden die meisten Menschen E-Fuels nicht auf den ersten Blick der Elektromobilität zuordnen. Aber jeder von uns kennt ja die Binsenweisheit, dass bei einem batteriebetriebenen Fahrzeug nur der Auspuff woanders steht. Ich finde, dann kann man auch bei Autos mit E-Fuel-Antrieb sagen, dass der Generator woanders steht, nämlich an der Windmühle.

Kollege Vogel, aus Umweltgesichtspunkten ist es nicht wichtig, ob ein Motor etwas verbrennt, sondern es ist wichtig, was der Motor verbrennt. Aus Umweltgesichtspunkten muss ich sagen: Auch Bat-

terien sind noch nicht so umweltverträglich, wie wir uns das wünschen. Auch insoweit wird noch Arbeit zu leisten sein, um die Umweltverträglichkeit herzustellen.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

E-Fuels sind eine faszinierende Technologie, und sie bieten auch viele Vorteile: Nirgendwo ist Energie so dicht speicherbar wie in Flüssigkeiten und in Feststoffen. Die Verbrennung von E-Fuels ist CO₂-neutral, weil natürlich nur die Menge an CO₂ freigesetzt werden kann, die vorher aus der Atmosphäre entnommen wurde; E-Fuels können problemlos gelagert und transportiert werden. Die Infrastruktur für Distribution und Vertrieb gibt es schon; dafür muss noch nicht einmal groß investiert werden. Auch ein wichtiger Faktor ist, dass E-Fuels sozialverträglich sind. Sie erlauben nämlich die Weiterverwendung von Gebrauchtwagen, die es jetzt schon gibt. Durch die Nutzung von E-Fuels können wir umweltneutrale Mobilität garantieren, ohne dass der Kleinwagen von Oma Erna oder der alte Mercedes von Opa Heinz plötzlich wertlos werden.

Batteriebetriebene Autos sind aktuell noch etwas - das müssen wir auch zugestehen - für die Reichen und die Besserverdiener, die sich diese Neuwagen und die damit verbundenen privaten Lademöglichkeiten leisten können.

Selbst dann, wenn sich das irgendwann ändert, könnten E-Fuels heute schon dafür sorgen, dass die Emissionen der Bestandsflotte reduziert werden. Das ist ja auch schon mal ein Wert für sich.

Jetzt kann man natürlich sagen: Das alles hat doch nur einen geringen Wirkungsgrad, das alles ist doch viel zu teuer. Da sage ich: Vor zehn Jahren konnte sich auch noch niemand einen Flachbildfernseher leisten. Heute hängt ein solcher in jedem Zimmer. Das nennt man Skaleneffekte. So etwas ist normal in einer industriellen Fertigung. Eine industrielle Fertigung ist auch das, worüber wir uns hier bei der Herstellung von E-Fuels unterhalten.

„Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen. Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer weiß, woher dieses Zitat stammt? - Es stammt aus dem Grundsatzzprogramm der FDP aus dem Oktober 1971, den sogenannten Freiburger Thesen.

Genau wie in den Bereichen betriebliche Mitbestimmung, Eigentum oder Gleichberechtigung finden sich hier viele Forderungen, die für uns heute

(Kay Richert)

selbstverständlich sind, die damals aber visionär waren.

Zum Glück für unsere deutsche Gesellschaft haben sich in den Jahren nach 1971 - besonders in den 80er-Jahren - viele politische Akteure fleißig bei den Freiburger Thesen bedient.

Und auch Sie haben sich mit Ihrem Antrag bei der Jamaika-Koalition bedient, nämlich bei den guten Dingen, die wir bereits auf den Weg gebracht haben. Der Kollege Hein hat die Chronologie aufgezählt.

Technologieoffenheit ist ein Markenzeichen dieser Koalition, und zwar von Beginn an. Bereits 2017 haben wir den Grundstein gelegt und mit einem klaren Bekenntnis zu Wasserstoff und Sektorenkopplung auch unseren Einsatz für synthetische Kraftstoffe dokumentiert.

Die Wasserstoffstrategie des Landes erkennt ebenfalls die Potenziale von E-Fuels für Land und Leute.

Das Projekt „Synthetisches Kerosin“ aus Hemmingstedt hat der Kollege Hein ja vorhin auch schon vorgestellt.

(Beifall CDU)

Der Bedarf ist also vorhanden. Die Lufthansa hat sich erst kürzlich synthetisches Kerosin für mehr als 250 Millionen US-\$ auf dem Markt gesichert. Innovative Unternehmen aus Schleswig-Holstein machen sich gerade daran und haben sich vorgenommen, auch für den Kfz-Betrieb synthetische Kraftstoffe im industriellen Maßstab zu entwickeln.

Zusammengefasst: Die Forderungen, die Sie hier erheben, sind bereits erfüllt. Diese Dinge gibt es bereits. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen und unserem Antrag im Original zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich jetzt das Wort dem Abgeordneten Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dekarbonisierung des Verkehrs wird nicht ohne Technologieoffenheit funktionieren. Leider haben sich die Automobilhersteller in Deutschland viele Jahre geweigert, entsprechende neue Wege in eben diese Richtung zu gehen.

Die Weiterentwicklung der Antriebstechnologien und auch die Markteinführung solcher Modelle haben viele Jahre auf sich warten lassen. Die späte Einsicht, einen neuen Weg einzuschlagen, ist erst entstanden, als ausländische Marken mit neuen Antriebsformen und Techniken hier und weltweit Absatzfolge erzielten. Dabei hat die deutsche Automobilindustrie wertvolle Zeit und Know-how verloren, und das holt sie heute ein.

Die Frage, wie der dekarbonisierte Verkehr der Zukunft letztendlich aussehen soll, kann heute niemand abschließend beantworten. Wir können nicht vorhersehen, welche Technologie sich letztendlich durchsetzen wird, oder ob es einen Mix aus verschiedenen Antriebsformen geben wird. Eines ist dabei aber klar: Egal wie die Antriebsformen der Zukunft aussehen, sie müssen klimaneutral sein; sonst macht das alles keinen Sinn.

Das heißt, egal welche Antriebsform oder welchen Treibstoff wir verwenden, er muss mit grünem Strom produziert werden. Fossile Energieträger dürfen keine Rolle mehr spielen. Das ist die Grundlage für die Verkehrswende.

So verschieden die unterschiedlichen Antriebsformen auch sind, keine ist perfekt, sie haben unterschiedliche Defizite, entweder bei der Produktion der Akkus oder bei der Herstellung der Treibstoffe. Irgendwas ist immer. Das bedeutet, wir müssen die Gesamtbilanzen gegeneinander abwägen und ihre unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten. Darum sage ich heute: Wir können es uns nicht leisten, die eine Antriebsform gegen die andere auszuspielen.

Deshalb ist es richtig, dass wir technologieoffen an die ganze Sache herangehen. Zugegeben, synthetische Kraftstoffe können ein Teil der Lösung der dekarbonisierten Verkehrswende sein, vorausgesetzt, sie werden mit grünem Strom produziert.

Gleichwohl sind E-Fuels nicht das Allheilmittel. E-Fuels aus regenerativen Quellen - Power to X - sind sogenannte Sekundärenergieträger, die durchaus ihre Vorteile haben. Sie haben eine hohe Energiedichte, gute Speicher- und Transportfähigkeit und sind somit theoretisch vielseitig einsetzbar.

Aber - wie gesagt, irgendetwas ist ja immer - die Produktion von E-Fuels ist enorm energieaufwendig. Der Energiebedarf für den Betrieb eines Autos mit E-Fuels ist nach heutigen Stand rund fünf bis sechs Mal höher als bei einem vergleichbaren Elektroauto. Das heißt, die Energieeffizienz bei einem Stromer ist weitaus höher, als bei einem E-Fuel-basierten Verbrennungsmotor.

(Christian Dirschauer)

Angesichts der Tatsache, dass der Strombedarf in den nächsten Jahren weiter steigen wird und wir diesen Bedarf aus erneuerbaren Energien decken wollen, ist die Frage der Energieeffizienz aber nicht unerheblich. Der wachsende Strombedarf wird uns einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien abringen. Wir kommen dann nicht umhin, genau zu schauen, wo, wofür und in welchem Umfang wir den grünen Strom einsetzen wollen.

Daher sehen wir den Einsatz von E-Fuels zum jetzigen Zeitpunkt nur in begrenztem Umfang als realistisch an. Dabei geht es insbesondere um die Verkehrsbereiche - das haben wir heute schon gehört -, wo es keine Alternativen gibt. Hier sehe ich insbesondere die Schifffahrt und den Flugverkehr. Gerade im Bereich der Schifffahrt wäre der Einsatz von E-Fuels auch insoweit vorteilhaft, als die Emissionen aus E-Fuels deutlich geringer sind. Die Verbindungen von E-Fuels verbrennen nahezu rußfrei und emittieren fast feinstaubfrei.

Das sind durchaus Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind. Daher ist die Forschung in dem Bereich unerlässlich. Aber das geschieht bereits, und dafür bedarf es dann auch nicht des Antrags der AfD.

(Beifall SSW und FDP)

Das Bundesverkehrsministerium hat im Mai 2021 ein Förderprogramm zur Entwicklung regenerativer Kraftstoffe mit einem Volumen von 640 Millionen € für entsprechende Demonstrationsprojekte auf den Weg gebracht. Darüber hinaus sind 900 Millionen € für die Umrüstung oder den Neubau von Erzeugungsanlagen von Biokraftstoffen und strombasierten Kraftstoffen vorgesehen. Das heißt: Es läuft an, aber es läuft.

So, wie Energieeffizienz eine Rolle spielt, spielt bei solchen Forschungsprojekten auch der effiziente Einsatz von Steuergeldern eine Rolle. Insoweit fasse ich zusammen: Ablehnung des AfD-Antrags, Zustimmung zu Jamaika. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat: Diese Landesregierung steht für Technologieoffenheit.

(Beifall FDP und Andreas Hein [CDU])

Technologieoffenheit bedeutet zum einen, dass, wenn der Kollege Jan Philipp Albrecht sich zu Recht darüber freut, dass wir in Schleswig-Holstein die höchsten Zulassungszahlen für batteriebetriebene Fahrzeuge in ganz Deutschland haben, auch ich mich darüber freue. Ich freue mich darüber, wenn wir mit dem Ladeinfrastrukturausbau vorankommen.

Ich freue mich auf der anderen Seite genauso darüber, Andreas Hein, dass wir Vorreiter bei Projekten sind, die auf andere Antriebsarten zielen. Deswegen bin ich ein bisschen überrascht über die Debatte, die hier geführt wird, bei der doch immer wieder das Abgleiten aus der eigentlichen Technologieoffenheit in eine bestimmte Vorzugstechnologie zu beobachten ist.

(Beifall FDP, Andreas Hein [CDU], Peer Knöfler [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

Bei dem Antragsteller AfD ist es ganz deutlich: In Wahrheit geht es nicht um Technologieoffenheit, sondern man findet das batteriebetriebene Fahrzeug doof. Das ist keine Technologieoffenheit.

In der anderen Richtung höre ich allerdings Herrn Vogel - auch ein bisschen Dich, Andreas Tietze -, nach dem Motto: Das mit den E-Fuels funktioniert schon deshalb nicht, weil das irgendwie nur eine Umwandlung und der Energiebedarf so hoch sei, und im Koalitionsvertrag stehe im Übrigen, dass das Ende des Verbrennungsmotors zwingend sei. - Das stimmt, aber es steht im Koalitionsvertrag auch - auf Seite 51 übrigens -:

„Außerhalb des bestehenden Systems der Flottengrenzwerte setzen wir uns dafür ein, dass nachweisbar nur mit E-Fuels betankbare Fahrzeuge neu zugelassen werden können.“

Das steht im Koalitionsvertrag. Die E-Fuels spielen im Koalitionsvertrag bei der Ampel in Berlin sehr wohl eine Rolle und werden als eine der Möglichkeiten gesehen, im Autoverkehr eine realistische Situation zu schaffen.

(Beifall Kay Richert [FDP], Peer Knöfler [CDU], Peter Lehnert [CDU] und Andreas Hein [CDU])

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Warum zweifle ich bei den Beiträgen ein bisschen an der Technologieoffenheit? Das tue ich, weil ich schlicht nicht weiß, was die technologische Weiterentwicklung bringt, was zum Schluss tatsächlich das Allerbeste für die Ökologie und das vom Markt am besten Akzeptierte ist.

Manchmal sind Marktteilnehmer irrational und kaufen bestimmte Produkte, die vielleicht ein kleines bisschen ineffizienter sind, aber bestimmte Erfordernisse für sie besser erfüllen. Wir wissen, dass in Deutschland ganz viele Fahrzeugeigentümer eigentlich Strecken in einer Größenordnung von 30 km am Tag zurücklegen; da wäre ein batteriebetriebenes Fahrzeug auch heute schon bestens geeignet, weil diese Reichweiten erreicht werden. Trotzdem wird das Fahrzeug mit der Begründung nicht gekauft: Einmal im Jahr fahre ich zu Weihnachten nach Bayern, und da will ich nicht anhalten und dreimal nachladen müssen. - Das ist in Wahrheit irrational. Dafür könnte man im Zweifel ein Auto mieten und das nehmen. Das ist völlig irrational, aber es ist ein Thema.

Was sich wie entwickelt, entscheiden nicht Politikerinnen und Politiker. Was sich wie entwickelt, ermöglicht Forschung und entscheiden dann Absatzmärkte, in denen sich durchsetzt, was tatsächlich nachgefragt wird.

Technologieoffenheit heißt vor dem Hintergrund: Wir sind gezwungen, in alle Richtungen zu denken, auch in Richtung E-Fuels. Das gilt schon deshalb, Kollege Vogel, weil es darum geht, dass das, was wir aus regenerativer Energie erzeugen, sicherlich auch irgendwann einmal transportabel sein muss. Transportabel heißt auch, dass es in der Regel eben nicht über 380-kV-Leitungen bis sonst wohin gehen wird, sondern dass wir es in irgendeiner Form - wie sagt man so schön - methanisieren müssen. Wir müssen irgendetwas - ein C-Atom - dazupacken, um es entweder als Methanol oder Ammoniak oder was auch immer transportabel zu machen. Von dort ist in der weiteren Kette der Weg zu einem E-Fuel überhaupt nicht mehr weit.

Allein deshalb ist Technologieoffenheit so wichtig und richtig. Ich bin dankbar und froh, dass wir im Land alle Stränge gleich verfolgen und damit etwas schaffen. Das ist, was ich herausstellen möchte: Schleswig-Holstein zu einem Vorreiterland zu machen, das in all diesen Bereichen gerade wirklich zeigt, dass wir es mit der Technologie- und der Energiewende ernst meinen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tietze?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Immer.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Minister. Ich kann - alles super - unterschreiben, was Sie zum Thema Technologieoffenheit sagen. Ich habe mich mit meiner Frage zu einem Punkt gemeldet, bei dem ich - wir sind jetzt eine Lerngemeinschaft, habe ich gestern gehört - wirklich auch ein bisschen ins Stutzen gekommen bin.

Ich habe schon wahrgenommen, dass die deutsche Automobilindustrie natürlich sehr viele Investitionen in die alte Technologie vorgenommen hat: Die Optimierung des Diesels, muss man sagen, ist denen sehr gut gelungen und selbst unter heutigen ökologischen Gesichtspunkten wahrscheinlich interessanter als diese Hybridtechnik und so weiter, die wir bei Automobilen haben.

Aber wir erleben auch eine gewisse Beharrlichkeit. Das heißt: Ein Unternehmen möchte gern den Nektar aus den vergangenen Investitionen solange wie möglich - auch um seine Shareholder Value Interessen zu halten - für sich behalten. Da ist es doch ein wenig träge, wenn wir ihnen mit den Synfuels jetzt so eine Art Leckerli geben und sagen: Na ja, guckt einmal! Wir helfen euch da. - Wir müssen doch jetzt sagen: Freunde, auch da gilt wie in allen Dingen, dass Transformation jetzt heißt, dass der Akku diese Reichweiten mittlerweile tatsächlich hat.

Ich gebe einfach noch einmal zurück: Müssen wir die Damen und Herren der Industrie nicht ein bisschen mehr an die Kandare nehmen, so dass sie jetzt endlich einmal die Innovationen voranbringen, die wir schon seit Langem erwarten?

- Kollege Tietze, wir sind uns an der Stelle einig: Auch ich hätte mir in der Vergangenheit mehr Innovationskraft der deutschen Automobilindustrie gewünscht und nicht, dass Impulse im Zweifel aus Südostasien kommen.

- Ja, oder von Tesla.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

- Das hätte ich mir gewünscht, aber eines ist dabei ein komischer Schlenker. Sagen wir als Politik: „Nein, dann setzt bitte gefälligst auf Batterietechnologie!“, dann wird so getan, als wären E-Fuels ein Umweg oder ein falscher Weg. Warum? Warum ist es nicht möglich, eine Forschung einfach ganz offen zu betreiben?

Ergibt sich zum Schluss auf der einen Seite - was Herr Vogel skizziert hat -, dass die Energiebedarfe zur Umwandlung für E-Fuels so hoch sind, dass das Schwierigkeiten macht, und werden auf der anderen Seite die Umweltthemen bei der Erzeugung der Batterien, die wir brauchen, massiv reduziert, dann wird sich eine Batterie durchsetzen. Wenn es nicht so ist, ist es aber auch möglich, dass sich etwas anderes durchsetzt, nämlich dass man möglicherweise mit E-Fuels, mit dem C-Atom aus der Atmosphäre, völlig emissionsfrei unterwegs sein kann, obwohl man dabei etwas ausstößt.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Das sind doch alles Möglichkeiten.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Kollege Tietze, vielleicht lassen Sie mich das einmal abschließen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Es gab lange eine Diskussion bei Ihnen, in Ihrer Partei, die wir - zum Glück - überwunden haben. Da war beim Wasserstoff immer vom „Champagner der Energiewende“ die Rede, mit der Einsortierung, dass dieser Champagner nur für ganz bestimmte, herausgestellte Bereiche eingesetzt werden sollte. Das ist zum Glück überwunden, weil man technologisch heute über die berühmten Skaleneffekte weiß, dass man Wasserstoff, wenn er regenerativ erzeugt ist, viel breiter einsetzen kann.

Das alles kann dabei herauskommen, wenn intelligente, kreative Forschung auf einen Markt trifft. Ich wünsche mir, dass wir das weiter gemeinsam umsetzen und nicht nur auf die Kräfte von Forschung und Wissenschaft, sondern auch auf die Kräfte einer gesunden Marktwirtschaft setzen.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Kollege Tietze hat noch eine Nachfrage.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Da Sie die Uhr bei meiner Rede nicht haben weiterlaufen lassen, bin ich einverstanden.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, es ist alles richtig, was Sie sagen, aber wir nehmen doch wahr, dass der Umstieg von Verbrennung auf E-Motor ganz viel Infrastruktur benötigen und Peripheriebetriebe im Handwerk und der Automobilindustrie beschäftigen wird.

Das heißt: Wenn Sie das jetzt sehen - Sie wollen die große Wende haben -, dann haben wir doch das Problem, dass wir groß umsteuern müssen und nicht die Mär im Raum halten können, dass der irgendwie geartete Verbrennungsmotor doch eine Zukunft hat.

Ich gehe davon aus, dass Sie wissen - Sie sind ein Mann der Wirtschaft -, was das bedeutet: Das ist ein Systemwandel. Das ist ein kompletter Systemwandel für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die bisher sehr viele Wertschöpfungsketten aus der Verbrennungsmotorautomobilindustrie haben.

Wir müssen doch jetzt sagen: Freunde, der Weg wird ein anderer sein. - Wir müssen Batteriefabriken bauen, zeitnah und standortnah, zu unseren Erneuerbaren und, und, und. Wir sind doch jetzt energiepolitisch darauf gekommen zu sagen: „Wir müssen hier einmal den richtigen Schwung reinbringen“, und nicht: „Jetzt bitte zurück“, weil Synfuels für Automobile gefordert werden. Das ist ja das Problem.

- Herr Kollege Dr. Tietze, noch einmal: Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass Vorgaben für Automobilunternehmen richtig sind. Wenn eines der deutschen Automobilunternehmen mit Sitz in Wolfsburg sich entscheidet, nur noch batteriebetriebene Fahrzeuge zu produzieren, dann ist das sein gutes Recht. Im Aufsichtsrat ist übrigens als Wirtschaftsminister der Kollege Althusmann von der CDU - interessant, aber egal.

Es wird aber andere geben, die auf andere Themen setzen. Wir werden im Schwerlastbereich und auch im normalen Automobilbereich Brennstoffzellen und Wasserstoffzellen sehen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir müssen uns auch darauf einstellen. Es ist unsinnig, nur das eine Thema zu besetzen. Wir müs-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

sen auch darauf setzen, dass wir zum Beispiel in der STRING-Region - Herr Kollege Claussen - dafür sorgen, dass ein Wasserstoffkorridor an unseren Verkehrsachsen entlang entsteht, der es möglich macht, überall dort Wasserstoff zu tanken. So wird es vielleicht auch kommen, dass man E-Fuels weiterhin am Markt hält. Das ist nicht unbedingt eine Überlebensstrategie für irgendwelche Automobile, sondern es ist eine Frage, wie Forschung und Entwicklung bei diesen Fragen vorankommen. Die können eine Alternative sein. Ich bin immer dafür, Technologieoffenheit in wirklich alle Richtungen zu denken.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Aber unbedingt.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. Ich verstehe logisch die Position: Wir wollen technologieoffen sein und gucken, ob nicht vielleicht noch Dinge entwickelt werden, die unsere Probleme lösen. Die radikale Gegenkritik an der Position wäre ja: Wir vertrauen darauf, dass der Menschheit im Fallen Flügel wachsen, und dann stürzen wir nicht ab.

Die Frage, die ich auch aus Ihrem Diskurs entnehme, ist: An welchem Punkt setzt denn der Staat bestimmte Leitlinien fest? Und an welcher Stelle wären Sie denn bereit, regelnd einzugreifen - auch als Liberaler?

- Wir greifen ja regelnd in diesen Markt ein. Das Flottenmanagement auf europäischer Ebene ist ein Eingriff in den Markt, in dem wir festlegen, dass es in eine bestimmte Richtung geht. Diese Rahmenbedingungen werden ja geschaffen.

Aber - das ist der Diskurs hier - natürlich ist es immer eine Frage, wo und wie eng wir das machen. Die Zuspitzung auf eine einzige Technologie hat politisch noch nie zu einem gesunden Ziel geführt.

(Beifall CDU, AfD und Kay Richert [FDP])

Den Rahmen so weit wie möglich zu fassen, ist daher für einen liberalen Wirtschaftsminister wichtig - soweit das möglich ist.

Wir wissen auch, dass wir in Ladeinfrastruktur investieren müssen, selbst wenn sich zum Schluss eine batteriegetriebene Technologie nicht durchsetzen würde. Das müssen wir tun, um da Forschung und Entwicklung weiter stattfinden zu lassen. Aber den Rahmen so weit wie möglich zu setzen, Herr Habersaat, muss das Ziel sein, denn nur das schafft Freiraum für Nachdenken, Kreativität und Technologieoffenheit. Das ist eben nur in der ganzen Breite möglich. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3318, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag mit den Stimmen sämtlicher Abgeordneter mit Ausnahme der Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3410, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig so angenommen.

Ich entlasse Sie alle in die Mittagspause und weise darauf hin, dass wir um 15 Uhr die Sitzung fortsetzen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung 13:24 Uhr bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir wollen fortfahren.

An der Teilnahme der heutigen Nachmittagssitzung ist nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Kollege Hartmut Hamerich verhindert.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 47 auf:

Bericht zur Situation pflegender Angehöriger in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3402

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Dann erteile ich das Wort dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich ganz zu Beginn einfach allen, über die wir hier gleich reden werden, nämlich den pflegenden Angehörigen, einmal ein ganz herzliches Dankeschön zuteilwerden.

(Beifall im ganzen Haus)

In Schleswig-Holstein werden rund 70 % der pflegebedürftigen Personen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, nach wie vor zu Hause gepflegt. Für die Pflegebedürftigen selbst war und ist die Pandemie mit ganz erheblichen Einschränkungen verbunden. Denken Sie an die Kontaktbeschränkungen, denken Sie an das Tragen von Masken und an Hygienevorschriften. Das ist beispielsweise gerade für demenziell erkrankte pflegebedürftige Menschen teilweise gar nicht oder nur extrem schwer nachvollziehbar. Zugleich waren und sind diese Schutzmaßnahmen für die pflegebedürftigen Menschen ganz besonders wichtig, um sie vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen.

Aber nicht nur für die Pflegebedürftigen selbst, sondern ganz besonders für die pflegenden Angehörigen hat die Pandemie zusätzliche Herausforderungen mit sich gebracht. Bereits vor der Pandemie waren sie im Alltag stark belastet, weil sie sich mitunter rund um die Uhr um ihre Angehörigen kümmern müssen. Dabei konnten sie auf Entlastungsangebote, die vor allem im Bereich der Tagespflege vorhanden sind, zurückgreifen. Diese wurden im Zuge der Pandemie teilweise eingestellt oder zumindest zurückgefahren. Dadurch musste die Betreuung der Pflegebedürftigen zum Teil vollumfänglich von den pflegenden Angehörigen übernommen werden, was ihre ohnehin starke Belastung noch einmal verschärft hat. Hinzu kam bei vielen sicherlich die große Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus, was sie aufgrund ihres engen Kontakts zu den pflegebedürftigen Angehörigen unbedingt vermeiden wollten.

Bevor ich auf den Bericht der Landesregierung eingeehe, will ich ausdrücklich allen, die dafür gesorgt haben, durch diese Situation - jedenfalls bisher - zu

kommen, im Namen der Landesregierung mein herzliches Dankeschön ausrichten.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, in den Bericht der Landesregierung sind Erkenntnisse der im Land tätigen Beratungsstellen eingeflossen, die auf Gesprächen, Befragungen und Selbsteinschätzungen der pflegenden Angehörigen aus der ersten Phase der Coronavirus-Pandemie beruhen. Sie spiegeln die zusätzlichen Belastungen für viele pflegende Angehörige aufgrund der Pandemie wider. Nach eigenen Angaben hat sich bei über der Hälfte der Befragten die Gesundheit verschlechtert - bei über der Hälfte!

Rund ein Drittel gab an, die allgemeine Lebensqualität sei gesunken. Vielfach war dies mit mehr Konflikten in der häuslichen Pflegesituation, mit Hilflosigkeit, aber auch mit Vereinsamung verbunden. An diesem Punkt zeigt sich noch einmal die hohe Bedeutung der Impfkampagne in Schleswig-Holstein. Dass die Pflegebedürftigen selbst und ihre Angehörigen zunächst eine Grundimmunisierung und anschließend eine Auffrischungsimpfung erhalten, ist gerade vor diesem Hintergrund, um die Angst vor schweren Krankheitsverläufen zu nehmen, von extrem hoher Bedeutung.

(Beifall FDP)

Mitunter ist auch während der Pandemie klargeworden, dass pflegende Angehörige Hilfs- und Unterstützungsangebote, die es in Land gibt, in ihrer Region nicht kannten. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass wir mit der Inbetriebnahme des letzten Pflegestützpunkts im Kreis Schleswig-Flensburg im Mai 2020 nun in allen Kreisen und kreisfreien Städten zumindest über eine entsprechende Anlaufstelle verfügen. Zudem haben wir im Zuge der Anpassung des Landesrahmenvertrages zum 1. Januar 2021 die Fördersumme des Landes für die Pflegestützpunkte von jährlich 1 Million € auf knapp 1,5 Millionen € erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln konnten die Stellenanteile in Beratung und Verwaltung in den Pflegestützpunkten erweitert werden. Das war auch richtig und notwendig.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Gerade die erfolgten Beratungen in diesen Stellen haben bei den pflegenden Angehörigen dazu beigetragen, die Belastungen und das Gefühl des Alleingelassenseins zu mindern.

(Minister Dr. Heiner Garg)

In der Pandemie ist noch einmal deutlich geworden, welche Vorteile digitale Lösungen in der Pflege und zur Aufrechterhaltung von Kontakten haben können. Digitale Anwendungen müssen deshalb weiter ausgebaut werden, übrigens auch nach der Pandemie. Das Land fördert deswegen neben digitalen Lösungen im ambulanten und stationären Bereich auch Beratungsangebote von Pflegeeinrichtungen über digitale Medien, die sich an pflegebedürftige Menschen und an ihre Angehörigen richten.

Zudem unterstützt das Land eine Vielzahl von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige, wie sie zum Beispiel das Kompetenzzentrum Demenz für demenziell erkrankte Menschen anbietet. Das Kompetenzzentrum Demenz selbst wird in diesem Jahr mit rund 260.000 € durch das Land Schleswig-Holstein gefördert.

Einen großen Beitrag zur Entlastung pflegender Angehöriger leisten auch die anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag. Wir haben darüber hier im Plenarsaal schon verschiedentlich debattiert. Ich sage es gern noch einmal: Mit der Novellierung der Alltagsförderungsverordnung, die Mitte September in Kraft getreten ist, haben wir Erleichterungen für Ehrenamtliche geschaffen, die in Organisationen oder Vereinen tätig sind und pflegebedürftigen Menschen Angebote zur Unterstützung im Alltag machen können. Auch die Voraussetzungen für die Anerkennung von Nachbarschaftshilfe werden in diesem Bereich niedrigschwelliger. Es wird eine einfachere Anerkennung über einen einheitlichen Ansprechpartner in Schleswig-Holstein geben,

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

den wir im Rahmen eines Modellprojekts fördern werden. Das Angebot soll dadurch weiter ausgebaut werden. - Ich bedanke mich für die ungeteilte Aufmerksamkeit und wünsche eine gute Beratung.

(Heiterkeit, Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD - Zuruf CDU: Er wird auf seine letzten Tage noch frech! - Dennys Bornhöft [FDP]: Es gab einmal einen jungen Abgeordneten Dr. Garg!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon in anderen Pflegedebatten habe ich den Blick auf die familiäre Pflege und auf die

besondere Situation pflegender Angehöriger gelenkt. Die Gruppe derjenigen, die ihre Familienangehörigen mit Hilfe ambulanter Dienste oder auch ganz allein pflegen, ist zwar sehr groß, aber eben auch sehr leise. Laut Sozialverband Deutschland wurden im Jahr 2019 68 % der bundesweit 3,5 Millionen Pflegebedürftigen ausschließlich von ihren Angehörigen versorgt. Aufgrund der lückenhaften Statistik und somit einer Dunkelziffer wird die Zahl der Pflegebedürftigen sogar auf rund 5,5 Millionen und die Zahl der pflegenden Angehörigen auf bis zu 5 Millionen geschätzt. Der Umfang familiärer Pflege entspricht damit weit über 3 Millionen Erwerbsarbeitsplätzen oder laut aktuellem Pflege-Report der AOK einer Wertschöpfung von 90 Milliarden €. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 90 Milliarden €! Man kann also sagen, dass wir es hier mit einer überaus relevanten Größe zu tun haben.

Für uns vom SSW war aber nicht nur die Zahl der pflegenden Angehörigen, sondern vor allem ihre sehr unterschiedliche und häufig schwierige Lebenssituation ausschlaggebend für diesen Berichtsantrag. Familiäre Pflege ist mehr als die Pflege zwischen Eheleuten im fortgeschrittenen Alter. So sind zum Beispiel auch Kinder betroffen, und dies sowohl als Pflegebedürftige als auch in der Rolle der Pflegenden. Während also viele pflegende Angehörige im Rentenalter sind, stehen andere mit beiden Beinen im Arbeitsleben oder gehen sogar noch zur Schule. Ich denke, damit wird deutlich, dass diese Familien in ihrem Alltag vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen stehen. So wird auch klar, dass die Angebote zur Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen idealerweise vielfältig und flexibel sein müssen.

Der vorliegende Bericht erkennt diese wichtige Pflegearbeit grundsätzlich an und hilft dabei, sich ein Bild von der Situation pflegender Angehöriger in Schleswig-Holstein zu machen. Er liefert annäherungsweise Zahlen und Fakten und beschreibt zusätzliche Belastungen wie etwa durch die Coronapandemie. Hierfür danke ich den Mitarbeitenden im Sozialministerium herzlich.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Doch bei allem Verständnis dafür, dass aufgrund der Pandemie „die Hütte brennt“, muss ich an dieser Stelle auch Kritik loswerden: Mich wundert, dass die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund oder auch das Thema Armut mit keinem Wort erwähnt werden. Das bedrückt mich; denn Migrantinnen und Migranten pflegen mindes-

(Christian Dirschauer)

tens genauso häufig Angehörige und stehen nicht selten vor zusätzlichen Herausforderungen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Auch das Risiko, durch Pflege zu verarmen, ist so akut, dass man es nicht einfach ignorieren kann.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Diese Themen sollten wir daher dringend in die Ausschussberatung mitnehmen.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass es durchaus erfüllend sein kann, Familienmitglieder mit Pflegebedarf in den eigenen vier Wänden zu versorgen. Aber ich behaupte auch, dass familiäre Pflege in den wenigsten Fällen nur harmonisch oder gar romantisch ist. Eher das Gegenteil ist der Fall: Viele Pflegende zerreißen sich förmlich, um ihren Angehörigen gerecht zu werden. Verschiedene Befragungen unter Betroffenen bestätigen diesen Eindruck und zeigen deutlich, wie belastet deren Alltag ist. Spätestens unter den erschwerten Bedingungen der Coronapandemie können wir festhalten, dass Pflege durchaus krank machen kann.

Laut Bericht - das haben wir eben gehört - gibt über die Hälfte aller pflegenden Angehörigen an, dass sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert hat. Rund ein Drittel schätzt die eigene Lebensqualität als schlecht oder sehr schlecht ein. Damit hat nicht zuletzt die Landespolitik einen klaren Auftrag.

Der vorliegende Bericht bietet hier zwar Situationsbeschreibungen, aber keine Lösungen. Statt Lehren aus bald zwei Jahren Pandemie oder aus vielen Jahren der Überlastung pflegender Angehöriger zu ziehen, wird meist auf nicht bedarfsdeckende Strukturen verwiesen. Es ist und bleibt aber zu wenig, wenn wir uns nur in Sonntagsreden bei den pflegenden Angehörigen bedanken und ihren Einsatz loben. Wir müssen diese Gruppe viel stärker unterstützen und sie vor allem deutlich stärker entlasten.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Der Verweis auf Pflegestützpunkte, die zwar gute Arbeit leisten, aber spätestens mit Corona völlig überlastet sind, reicht nicht. Auch die theoretische Möglichkeit, von Pflegeberatern, Tagespflegeangeboten oder Gesprächen im Rahmen der Selbsthilfe Gebrauch zu machen, reicht nicht aus. Nebenbei bemerkt, scheitern diese Angebote häufig schon am mangelnden Personal. Auch Entlastungsangebote wie etwa Kurzzeitpflegeplätze sind schlicht nicht bedarfsdeckend.

Aus Sicht des SSW ist es höchste Zeit, dass wir endlich wirksame Unterstützung und finanzielle

Entlastung für pflegende Angehörige organisieren. Sie brauchen mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und bessere Möglichkeiten, selbstbestimmt über die Art der Versorgung zu entscheiden. Deshalb müssen wir nicht nur durch einen Ausbau der Kurzzeitpflege für mehr Entlastung sorgen, sondern uns auch dafür einsetzen, dass eine echte Lohnersatzleistung für Pflegezeiten eingeführt wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst bedanke ich mich beim Herrn Minister für den Bericht, der wirklich sehr aufschlussreich war, und bei allen, die an diesem Bericht mitgewirkt haben.

Zu fragen ist: Wie geht es pflegenden Angehörigen? Zumeist sind dies Männer und Frauen, Ehegattinnen und Ehegatten, manchmal sind es auch Kinder oder Enkelkinder.

Pflege im Alter hat oft mit körperlichen Einschränkungen und oft auch mit geistigen Veränderungen der zu Pflegenden zu tun. In der Altersgruppe der 65- bis 70-jährigen Menschen leiden ungefähr 3 % an einer Demenz. Die über 80-Jährigen ereilt dieses Schicksal schon zu 20 %, und unter den Menschen, die über 90 Jahre alt und älter sind, erkrankt jeder Dritte an einer Demenz, bei zunehmendem Alter mit steigender Tendenz. Oft schleicht sich diese Erkrankung langsam in den Alltag der Betroffenen, die zumeist Senioren oder Senioren sind. Häufig wird - darüber weiß ich durch meine Eltern sehr gut Bescheid - die beginnende Demenz und, damit einhergehend, eine Pflegebedürftigkeit der Partnerin oder des Partners bewusst kaschiert und vertuscht, und das so lange, bis es sich eben nicht mehr verheimlichen lässt.

Nach und nach verändert sich die Situation zum Schlechteren und oft über das Maß des Erträglichen und der Belastungsfähigkeit des pflegenden Ehegatten hinaus. Fachliche Hilfe und Unterstützung werden in den allermeisten Fällen viel zu spät in Anspruch genommen. - Das ist die traurige Wahrheit.

Hinzu kommen nun die Beeinträchtigungen durch und die Folgen von Corona, die dazu beigetragen haben, dass sich die Situation verschlechterte.

(Katja Rathje-Hoffmann)

In Schleswig-Holstein leben laut Bericht - der Stichtag datiert leider schon von Ende 2019 - circa 130.000 pflegebedürftige Männer und Frauen. Zukünftig haben wir eine steigende Zahl zu erwarten; denn innerhalb der letzten zwei Jahren vor diesem Stichtag war ein Anstieg um 19 % zu verzeichnen. Die Situation spitzt sich also zu. Zu Hause oder außerhalb einer Pflegeeinrichtung wurden rund 95.000 Menschen gepflegt. Leider kann die konkrete Anzahl der Pflegenden nicht belegt werden, jedoch liegt die Anzahl der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger bei mindestens 63.500 Personen, und nicht jeder oder jede bezieht ein Pflegegeld.

Vollstationär Betreute, also zumeist im Heim wohnende Pflegebedürftige, machen einen Anteil von ungefähr 30 % aus.

Ambulante Pflegedienste sind mit 24 % beteiligt. Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir als Gesellschaft den pflegenden Angehörigen helfen und für ihre Entlastung sorgen müssen.

Pflegende Angehörige sind Deutschlands größter Pflegedienst. Wir müssen sie wirksam und effektiv vor Überforderung und Selbstausbeutung schützen. Wir müssen ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, zum Beispiel mit nun endlich flächendeckenden Pflegestützpunkten - der Minister hat es erwähnt -, die stets kompetent beraten und endlich auch im Kreis Schleswig-Flensburg etabliert sind. Ich bin froh, dass wir diesen Lückenschluss endlich geschafft haben - für Beratung, für mehr Kompetenz und für die zu Pflegenden und Pflegenden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf SPD)

Damit haben wir flächendeckende Betreuungs- und Versorgungsangebote in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt.

Gute Arbeit und gute Dienste leistet auch das Kompetenzzentrum Demenz. Wer da schon einmal war, weiß, dass da Institutionen im Umgang mit Alten, Pflegebedürftigen und Demenzkranken gefördert und geschult werden. Auch Angehörige, die sich in Gruppen zusammentun, werden dort geschult.

Wichtig ist auch ein bedarfsgerechtes Angebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf durch Angebote in der Tages- und Nachtpflege und durch gute Angebote in der Kurzzeitpflege, vor allem in der solitären Kurzzeitpflege und natürlich auch in der Verhinderungspflege.

Hierzu stellt das Land seit diesem Jahr für die nächsten fünf Jahre insgesamt 10 Millionen € Haus-

haltungsmittel zur Verfügung. Es freut mich ganz besonders, dass emsig an der Realisierung der solitären Kurzzeitpflege gearbeitet wird. Das ist auch dringend notwendig,

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP])

um die betreuenden Angehörigen wirksam zu entlasten und zum Wohle aller Beteiligten beizutragen. Wir unterstützen die Pflegenden und stehen an ihrer Seite. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion beim Minister und den Mitarbeitenden des Sozialministeriums für den vorgelegten Bericht. Es ist gut, dass wir mit diesem Bericht einmal mehr die pflegenden Angehörigen in den Mittelpunkt rücken, ihre wichtige Arbeit wertschätzen, aber auch Probleme näher beleuchten können.

Die pflegenden Angehörigen sind für das bundesdeutsche Pflegesystem die eigentlich systemrelevanteste und unverzichtbarste Säule überhaupt. Sie sind Deutschlands größter Pflegedienst. Ohne sie fänden 70 % der Pflege in Deutschland nicht statt. Rund vier von fünf Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Der SoVD spricht von einer Wertschöpfung von circa 40 Milliarden € andere geben 90 Milliarden € an. Das ist sehr unterschiedlich. Aber meist erfolgt die Pflege durch pflegende Angehörige. Zu 70 % sind es Frauen, die diese Aufgabe übernehmen.

„Ambulant vor stationär“ lautet zwar die gesetzliche Vorgabe, allerdings folgen das zur Verfügung gestellte Geld und die Leistungen nicht immer dem Motto. Wer pflegerische Verantwortung für einen Angehörigen übernimmt, sollte weder von Armut bedroht sein, noch darf die physische und psychische Gesundheit durch diese Aufgabe leiden. Das ist aber der Fall.

(Beifall SPD und SSW)

Wenn Angehörige ihre berufliche Tätigkeit aufgeben oder Arbeitszeit reduzieren, um zu Hause zu pflegen, reduziert das nicht nur das aktuelle Ein-

(Birte Pauls)

kommen, sondern auch die späteren Rentenansprüche. Aber damit nicht genug: Wird zur eigenen Entlastung Sachleistung durch einen ambulanten Pflegedienst in Anspruch genommen, reduziert sich der durch die Pflegetätigkeit zustehende Rentenanspruch. Ich bin sehr froh, dass sich die Koalition im Bund, die Ampelkoalition, des Problems jetzt annehmen wird.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Pflegende Angehörige leisten täglich Erhebliches. Aber was bedeutet es, wenn man an 24 Stunden sieben Tage in der Woche zuständig ist? Das kann man sich gar nicht vorstellen, wenn man das nicht selbst erlebt. Was bedeutet es, wenn man nicht einmal kurz das Haus für Besorgungen oder den eigenen Arztbesuch verlassen kann, geschweige denn für einen Kurzurlaub, ohne im Vorfeld eine Betreuung zu organisieren? Pflegedienste kommen nicht immer nach Bedarf - so wie es in dem Bericht steht. Bei allen vorhandenen Bemühungen: Pflegedienste kommen, wenn sie Zeit und vor allem das nötige Personal haben. Und das ist bekanntlich knapp. Deshalb gibt es immer wieder Absagen und Aufnahmestopps, besonders wenn die Anfahrtswege zu lang sind, gerade im ländlichen Bereich.

Nachdem das Gericht entschieden hat, dass der Mindestlohn auch im Rahmen der 24-Stunden-Pflege greifen soll - was ich gut und richtig finde -, müssen wir mit einer weiteren Nachfrage an ambulanten Pflegediensten rechnen. Deshalb ist es gut, wenn wir Pflegeversorgung anders und neu denken, in Modellprojekten, wie zum Beispiel der Stiftung Mensch in Heide. Das konnte ich mir Anfang der Woche angucken. Da bieten autonome Pflegeteams nicht mehr finanziell definierte Leistungen - zum Beispiel Duschen für 14,50 € - an, sondern Zeit. Zeit, die dann genutzt werden kann, um gezielt auf die tagesaktuellen Bedarfe und Wünsche der jeweiligen Person einzugehen. Das schafft bei allen Beteiligten eine große Zufriedenheit.

Ich freue mich, dass sich die Ampelkoalition auf den Weg gemacht hat und auch die Community Health Nurses und quartiersbezogene Pflege mitdenkt. Ich denke, das kann an dieser Stelle auch in Schleswig-Holstein nur gut werden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die Belastung der pflegenden Angehörigen ist in großen Teilen immens, und das oft über viele Jahre mit meist steigenden Ansprüchen, wie zum Beispiel bei der Demenz. Meist schaffen sie es irgendwie, aber manchmal entstehen Aggressionen, Wut,

Angst, Verzweiflung oder Unsicherheit. Das große Tabuthema in der Pflege heißt Gewalt.

Während der ersten Zeit der Coronapandemie - das ist alles schon gesagt worden -, sind viele Unterstützungsmaßnahmen weggefallen. Aber auch in den normalen Zeiten davor entfielen weitere Entlastungsangebote, die ihnen gesetzlich zustehen - also nicht nice to have, sondern die ihnen gesetzlich zustehen -, wie zum Beispiel die Kurzzeitpflege.

Wir hatten hier 10 Millionen € für den Ausbau für Kurzzeitpflege reinverhandelt, die quasi seit Beginn des Jahres 2021 zur Verfügung stehen. Bislang ist nicht nur kein Cent davon ausgegeben worden, nein, es ist noch nicht einmal die Förderrichtlinie geschrieben worden. So geht Jamaika mit der Wertschätzung für pflegende Angehörige um.

Ich danke ausdrücklich dafür, dass der Bericht einen ansonsten gern vergessenen Bereich der Pflege in der Häuslichkeit beleuchtet - nämlich die Kinder, die Young Carers. Auch darauf müssen wir ein Auge haben. Ich freue mich auf eine sehr ausführliche Diskussion im zuständigen Ausschuss, weil ich finde, wie die pflegenden Angehörigen, die in diesem Bericht viel zu kurz gekommen sind, da dann auch endlich einmal zu Wort kommen sollten.

Ansonsten bedanken wir uns vonseiten der SPD bei allen Institutionen, die pflegende Angehörige zu Hause unterstützen, vom PflegeNotTelefon bis zu den Pflegestützpunkten, Kompetenzzentrum Demenz und alles, was es da noch so gibt, die ganzen pflegenden Bereiche. Aber wir dürfen die pflegenden Angehörigen nicht aus dem Auge verlieren. - Jetzt bin ich auch fertig. Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflegende Angehörige leisten 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche Herausragendes. Ich freue mich - und ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen des SSW für die Initiative -, dass wir heute darüber sprechen. Auch dass wir zu diesem Zeitpunkt darüber sprechen, finde ich sehr gut. Vielen Dank dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich vorstellen, was sich in Familien von einem Tag auf den anderen verändert - das geht ja manchmal hol-

(Dr. Marret Bohn)

terdiepolter, oft nach einem Krankenhausaufenthalt, los, was da geleistet werden muss, welche Probleme da entstehen -, dann ist es schon wichtig und richtig, dass wir uns ausführlich damit beschäftigen.

Ich bedanke mich ganz herzlich beim Minister und bei allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben. Vielen Dank dafür.

(Beifall SSW, FDP, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Tim Brockmann [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Bericht wird deutlich, dass schon vor der Coronapandemie die Situation pflegender Angehöriger sehr belastend gewesen ist, sowohl emotional als auch physisch. Das ist ja richtig harte körperliche Arbeit, wenn Sie sich angucken, was in der Pflege geleistet wird.

Sie können sich vorstellen: Es sind sehr oft Frauen, die pflegen. Das ist in der beruflichen Pflege so - der Kollege Dirschauer hat es gerade gesagt -, und das ist in der Laienpflege nicht anders. Care-Arbeit ist auch im 21. Jahrhundert nicht gleichberechtigt, weder im Berufsleben noch in der Familie. Deshalb ist es umso wichtiger, dass diejenigen, die diese Arbeit leisten, nicht in eine doppelte Belastungssituation hineinlaufen. Kollegin Pauls hat es gerade sehr deutlich gesagt: Es kann doch wohl nicht angehen, dass Menschen von Armut bedroht sind, weil jemand in der Familie pflegebedürftig wird! Wo sind wir denn hier, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW, Klaus Jensen [CDU] und Hans Hinrich Neve [CDU])

Es ist wirklich schlimm, dass pflegende Angehörige keine Lobby haben. Sie haben keinen Berufsverband oder keine Möglichkeiten, direkt Einfluss zu nehmen. Es sind immer wieder persönliche Gespräche, die in der Regel auf die Sozialpolitikerinnen und -politiker zukommen. Aber alle, die hier sitzen, haben eine Verantwortung pflegenden Angehörigen gegenüber. Ich möchte ganz deutlich sagen, was hier an Hintergrundinformationen gerade angesprochen worden ist: Wenn sie das nicht machen würden, wer sollte das denn von jetzt auf gleich leisten? Haben Sie einmal darüber nachgedacht? Wenn alle pflegenden Angehörigen heute sagen, es sei 15:30 Uhr und damit Schluss mit Pflege, wo blieben dann die ganzen Menschen, die versorgt werden müssen? Insofern ist das, was dort geleistet wird, enorm. Das wird in dem Bericht auch deutlich.

Es wird auch deutlich, dass es viele Unterstützungsmöglichkeiten gibt. Das Problem ist aber manchmal, dass viele pflegende Angehörige gar nichts davon wissen. Deshalb freue ich mich - auch das ist gerade gesagt worden -, dass sich endlich auch der Kreis Schleswig-Flensburg auf den Weg gemacht hat. Seit Jahren haben wir uns als pflegepolitische Sprecherinnen und Sprecher auf diesen Moment gefreut: Wir haben jetzt flächendeckend ein Netz von Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein, und das ist gut und richtig.

Es ist auch gut und richtig, dass die Wohlfahrtsverbände einen großen Anteil an Beratungsangeboten leisten, der Unternehmensverband beteiligt sich aktiv, die Pflegekassen bieten Schulungen an, es gibt das Kompetenzzentrum Demenz. Es gibt also viele Möglichkeiten und, was ich besonders interessant fand, auch mobile Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung für pflegende Angehörige.

Außerdem gibt es die Selbsthilfeförderung. Dabei sollten wir noch einmal ganz genau hinschauen. Kollege Lars Harms hat in unserer Förderunde neulich deutlich beschrieben, was in Skandinavien noch für pflegende Angehörige möglich gemacht wird.

Auch wenn schon vieles auf dem Weg ist, ist noch Luft nach oben, dass wir besser werden können, zum Beispiel was Erholungs- und Rehabilitationsangebote, aber auch was die tägliche Arbeit angeht. Insofern freue ich mich auf die weiteren Beratungen und die Diskussionen im Sozialausschuss, bedanke mich bei allen pflegenden Angehörigen und bei Ihnen für das Zuhören. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Bohn. - Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich mich ganz ausdrücklich - auch im Namen der FDP-Fraktion - bei Minister Garg und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums für den ausführlichen Bericht zur Lage pflegender Angehöriger bedanken.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

(Dennys Bornhöft)

Ich möchte noch dazu allen pflegenden Angehörigen, die sich um ihre hilfs- und pflegebedürftigen Menschen in ihrer Nähe, ihren Liebsten, mit unglaublichem Einsatz kümmern, im Namen der FDP-Fraktion herzlich danken.

(Beifall FDP)

Ihre Arbeit, insbesondere in den vergangenen fast schon zwei Jahren, gestaltet sich weitaus schwieriger und aufwendiger als jemals zuvor. Ihre Hingabe zur Pflege ihrer Angehörigen und Liebsten in so schwierigen Zeiten wird zu selten in den Vordergrund gestellt. Der beispielhafte und auch häufig für die Gesellschaft nicht öffentlich nachvollziehbar erkennbare Einsatz im Privaten verdient höchste Anerkennung.

Kollege Dirschauer hat es noch einmal erklärt, was für einen Gegenwert die häusliche Pflege auch finanziell für den Staat hat. Ohne diese könnte Deutschland nicht laufen. Das muss man immer wieder betonen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht der Landesregierung unterstreicht vor allem den Einfluss der Coronapandemie auf die häusliche Pflege. Studien belegen die Auswirkungen, die wir bereits vermutet und befürchtet haben. Glückliche Momente werden immer seltener, und die emotionale Belastung der Pflege wurde durch die Pandemie nochmals verschärft. Besonders besorgniserregend ist - das hatte Herr Heiner Garg kurz ausgeführt -, dass sich die gefühlte allgemeine Lebensqualität durch die Covid-19-Pandemie natürlich auch hier erheblich verschlechtert hat.

Wenn Politik mit Coronamaßnahmen das Leben anderer einschränkt, dann trifft es vor allem auch diejenigen, die im Zweifel nicht die größte Lobby in unserer Gesellschaft haben. Wir reden häufiger über die Einflüsse bei Kindern und Jugendlichen, aber bei pflegenden Angehörigen gilt das zweifellos auch. Berichte, dass die Vereinbarkeit von Familie, Arbeiten und Pflege durch die Coronakrise auf eine harte Probe gestellt wurde und wird, nehmen zu. Das alles führt zu negativem Stress und natürlich auch gesundheitlichen Problemen bei den pflegenden Personen, die bereits jetzt andere Sorgen haben und somit ein Risiko für uns alle darstellen.

Der Bericht weist aus, dass die Digitalisierung und die in der Pandemie geschaffenen digitalen Angebote im Bereich der häuslichen Pflege oftmals noch nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben. Hier sehen wir als FDP-Fraktion eine zukünftige Kernaufgabe, die digitale Unterstützung weiter voranzutreiben, sodass wir durch diese - unabhängig von

den Maßnahmen, die wir zum Schutz vor Corona treffen - mittelfristig auch die pflegenden Menschen dauerhaft entlasten können.

Klar ist aber auch, dass die digitalen Angebote nur einen kleinen Teil der Lösung darstellen können. Nähe und Zuneigung, die gerade bei der häuslichen Pflege in den eigenen vier Wänden immer im Vordergrund stehen, können nur wenig oder gar nicht durch digitale Angebote ersetzt werden. Daher muss es unser Anspruch sein, mit weiteren Maßnahmen wie dem verstärkten Ausbau von Kurzzeitpflegestellen zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger zu kommen.

Die Instrumente sowohl der Kurzzeit- als auch der Verhinderungspflege sind prinzipiell die richtigen Instrumente; sie brauchen aber noch größere Unterstützung. Die Ampelkoalition auf Bundesebene wird dies angehen, wodurch direkt sowohl die häusliche Pflege als auch die Angehörigen entlastet werden. Das war auch der FDP in den vergangenen Verhandlungen ein wichtiges Anliegen.

(Beifall FDP - Birte Pauls [SPD]: Nicht nur Ihnen!)

- Ich habe nicht gesagt, dass es ausschließlich der Freien Demokraten war, Frau Pauls. Ich habe Sie allerdings in Berlin nicht gesehen aber Sie werden sich sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle - vermute ich - im Backoffice eingebracht haben.

Neben allen negativen Ereignissen, die die Coronapandemie mit sich gebracht hat, zeigt der Bericht jedoch, wie umfangreich die Unterstützung der Landesregierung, der Kreise und Kommunen und der Pflegekassen für pflegende Angehörige mittlerweile ist. - Ich weiß aber, dass Frau Midyatli sich dafür auch eingesetzt hat. Insofern führte das jetzt zu Irritationen bei der SPD.

Alle genannten Institutionen, sei es das Land, seien es die Kreise und die Kommunen sowie die Pflegekassen, sind sich ihrer Verantwortung bewusst, und sie handeln danach. Es zeigt auch, wie die anerkannten Angebote der Alltagsförderung jährlich steigen. Minister Garg hat gerade ausgeführt, dass diese auch gerade erst ausgeweitet wurden. Wir haben ausführlich im Sozialausschuss und im Plenarsaal darüber diskutiert. Wir sind dabei, die Situation anhand mehrerer Stellschrauben zu verbessern.

Abschließend möchte ich noch auf einen Aspekt eingehen, den der Bericht auch aufgreift. Der Alterungsprozess unserer Gesellschaft schreitet voran und damit das Bedürfnis nach mehr Pflegeangeboten aufgrund steigender Nachfrage. Das muss aber

(Dennys Bornhöft)

auch finanziert werden, und es ist weiterhin brandaktuell. Auch hier hat die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag schon Pflöcke eingeschlagen, die sowohl die Finanzierung der Pflegekasse als auch der Pflegenden verbessern soll. Insofern gibt es mittelfristig einen positiven Ausblick für die Angehörigen, für diejenigen, die zu Hause gepflegt werden. Das ist gut so. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bornhöft. - Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite zunächst vielen Dank für den Bericht. - Das gehört sich so.

Der größte Pflegedienst in Deutschland ist nach wie vor die Familie. Diese Feststellung ist parteiübergreifend Konsens. Wir hörten das hier. Das ist sehr gut und richtig. Wir begrüßen auch als AfD ganz klar, dass die Bedürfnisse der pflegenden Angehörigen in diesem Landtag angekommen sind. Ganze zwei Zeilen dazu befinden sich tatsächlich im jamaikanischen Koalitionsvertrag. Dort steht unter anderem, man wolle sich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen und neue Beteiligungsformate eröffnen. Sehr viel schwammiger geht es dann kaum noch.

Diesem größten Pflegedienst Deutschlands gehören etwa 4,8 Millionen Menschen an, die derzeit etwa 3,4 Millionen Pflegebedürftige zu Hause versorgen, zumeist allein oder auch mit Unterstützung von ambulanten Pflegediensten. Anders ausgedrückt: Vier von fünf Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, und zwar zu 70 % von Frauen, die zum übergroßen Teil auch noch erwerbstätig sind. Die Tendenz bei diesen Zahlen ist steigend.

Noch ein Fakt: Jemand, der zu Hause gepflegt wird, braucht täglich etwa achteinhalb Stunden Hilfe und Unterstützung, und hier wird häusliche Pflege dann tatsächlich zu einem echten Zweitjob. In dieser Klarheit geht diese Herausforderung leider nicht aus dem vorgelegten Bericht der Landesregierung hervor. Dieser ist ohnehin sehr oft gespickt mit geschätzten Daten oder mit dem leider um sich greifenden Satz: Darüber liegen uns keine Angaben vor. - Die Landesregierung hat offenbar keinen vollstän-

digen und detaillierten Überblick über die Lage der häuslichen Pflege, und das ist nicht gut.

Als gut und richtig beurteilen wir die Fortschritte beim Ausbau der Pflegestützpunkte landesweit und deren angekündigte Stärkung. Darin sehen wir lebensnahe Fachexpertise für die Betroffenen, und die würden wir gern im Sozialausschuss zu einer mündlichen Anhörung über weitere notwendige Unterstützungsmaßnahmen begrüßen.

Als ganz wesentlich beurteilen wir die als grauen Markt beschriebene sogenannte Live-in-Pflege, die angeblich während einer 40-Stunden-Wochen Pflege über 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche leistet. Das ist eine spannende Rechnung. Darüber würden wir gern mehr hören; denn diese im Rahmen der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit eingesetzten Pflegekräfte - man spricht hier bundesweit von etwa 2 Millionen überwiegend osteuropäischen Pflegehelferinnen - werden von den Regierungsparteien gern unter den Teppich gekehrt. Vielen Pflegebedürftigen wäre es ohne diese gar nicht möglich, in den eigenen vier Wänden zu bleiben.

Hier werden durch den Staat eklatante Verstöße gegen Arbeits- und Sozialrecht bis hin zur Strafbarkeit zumindest ignoriert. Allein die demografische Realität lässt uns auf diese Kapazitäten in der häuslichen Pflege oft zur Entlastung pflegender Angehörige nicht verzichten. Umso dringender ist es daher, in dieser Frage eine Rechtssicherheit herzustellen. Auch diese Sachlage sollten wir im Sozialausschuss besprechen, auch wenn dies dankbarerweise tatsächlich jetzt im Ampelkoalitionsvertrag aufgelistet ist.

Auch im Bund hat der größte Pflegedienst Deutschlands keine ausreichend starke Lobby. Wenn wir uns die Eckpunkte aus der jüngsten Pflegereform zum 1. Januar 2022 ansehen, dann steht da sehr viel über die stationäre Pflege in den Einrichtungen, aber eben leider nichts über die 80 % derjenigen, die zu Hause durch Angehörige gepflegt werden. Auch hier ist eine gravierende Schieflage. Als AfD vermissen wir hier kreative und unbürokratische Ansätze zur spürbaren Entlastung pflegender Angehöriger.

Die kürzlich im Landeskabinett novellierte Alltagsförderungsverordnung greift dabei deutlich zu kurz. Unser konkreter Vorschlag dazu ist zum Beispiel, den Bundesfreiwilligendienst durch ein soziales Pflichtjahr zu ersetzen, dessen Kern eine Pflegegrundlagenausbildung darstellt und junge Menschen mit sozialen Tätigkeitsfeldern aus dem täglichen Leben vertraut macht. Auch das gehört nach

(Claus Schaffer)

unserer Auffassung in den Ausschuss, und wir freuen uns auf die Beratung. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/3402, an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21, 32 und 41 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Schlaganfallversorgung schnell und qualitativ hochwertig sicherstellen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3358

b) Krankenhäuser und Universitätskliniken besser unterstützen und angemessen finanzieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3422

c) Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2730

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/3423

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Zu c) erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Wir haben ausführlich beraten, und ich verweise in dem von Ihnen genannten Punkt auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute Nachmittag erneut über die Situation auf den Intensivstationen und in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein sprechen werden. Das haben wir in den letzten Monaten häufiger getan, und es ist richtig so, weil auch da die Situation sehr angespannt ist.

Birte Pauls kennt den Ausdruck: Auf Intensiv ist die Arbeit eine besondere. - Sie ist anspruchsvoll - körperlich, psychisch und emotional - und das zeigt sich auch gerade in diesen Stunden: Während wir hier nachmittags sitzen und debattieren, ist man in der Spätschicht gerade dabei, die Patientinnen und Patienten zu versorgen. Monitore blinken, Geräte surren, Beatmung summt, und jede Entscheidung kann Leben und Tod heißen. Deswegen ist das, was die Kolleginnen und Kollegen dort leisten, großartig. Von dieser Stelle aus sage ich vielen Dank an alle!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der schwierigen Arbeit, die dort geleistet wird, hat sich in den letzten Monaten wieder ganz deutlich gezeigt, dass das Finanzierungssystem nicht mehr in die aktuelle Zeit passt. Wir haben wiederholt darüber gesprochen, aber werden auch nicht müde, aus Schleswig-Holstein heraus immer wieder darauf hinzuweisen: Es hat sich deutlich gezeigt, dass es keinen Sinn macht, dass Kreise, die eine niedrige Inzidenz haben, wie wir es in Schleswig-Holstein zum Glück haben, dann keine Ausgleichszahlung bekommen, während andere, die höhere Inzidenzen haben, diese Zahlungen bekommen. Das ist ungerecht, und ich erwarte, dass die neue Bundesregierung dies in jedem Fall ändern wird,

(Beifall Birte Pauls [SPD])

und zwar vollständig. Es wäre fair, wenn dies vollständig ausgeglichen würde.

Das Personal in den Kliniken war schon vor der Coronapandemie knapp. Es gibt jetzt eine Umfrage, über die ich mir allerdings etwas Sorgen mache.

(Dr. Marret Bohn)

Das ist eine Studie des Deutschen Krankenhausinstituts. Sie besagt genau das, was wir am Anfang der Pandemie gesagt haben: Wir müssen auf das Personal achten. - Das eine sind die Beatmungsgeräte, das andere ist das Personal. In einigen Kliniken haben bis zu 10 % des Personals mit den Füßen abgestimmt. Sie sagen: Wir schaffen das einfach nicht mehr. - Entweder sind sie ganz in andere Bereiche gegangen, oder sie haben ihre Stunden reduziert. Deswegen stehen jetzt, nach aktuellen Erhebungen des DIVI, deutlich weniger Intensivbetten zur Verfügung - einige sprechen von 3.000 Betten weniger -, sodass der Druck auf diejenigen, die noch da sind, noch größer ist.

Natürlich führt dies auch zu Schwierigkeiten bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten, die vor der Coronapandemie sowieso schon dort waren. Ob sie nun einen Schlaganfall haben oder einen Herzinfarkt, diese Patienten sind immer noch da. Deswegen spitzt sich die Lage dort gerade zu. Wie gesagt, ich hoffe, dass die neue Bundesregierung hier tätig wird und dies vor allem nicht auf die lange Bank schiebt. Allen, die Kontakte nach Berlin haben - man kann ja auch aus der Opposition heraus Druck machen - sage ich: Das gehört in das 100-Tage-Programm. Wir können nicht mehr warten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über das Sofortprogramm haben wir schon ausführlich gesprochen; das hat unser Ausschussvorsitzender, Herr Kalinka, eben gesagt. Es geht konkret um die Situation des Personals, die besser werden muss. Es geht auch konkret um den Arbeits- und Gesundheitsschutz, denn auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Stationen müssen auf ihre Gesundheit achten. Da können wir noch deutlich besser werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Soweit zur Situation in den Kliniken. Ich freue mich sehr, dass wir heute gleichzeitig auch über die Schlaganfallversorgung in Schleswig-Holstein sprechen können. An dieser Stelle geht mein herzlicher Dank an den Kollegen Professor Roysl vom UKSH, der uns freundlicherweise noch einmal beraten hat, was unseren Antrag angeht. Er ist Spezialist auf diesem Gebiet. Wir von der Jamaika-Koalition wollen hier gern einen fachlich guten Antrag auf den Weg bringen, weil das Landeskrankenhausgesetz uns die Möglichkeit gibt, in bestimmten Versorgungssituationen - und dazu gehören die Schlagan-

fälle - deutlich nachzubessern und zu gucken, wie wir das in Schleswig-Holstein machen können.

Das betrifft gar nicht wenige. 2019 sind es 13.841 Patientinnen und Patienten gewesen. Sie alle kennen bestimmt den Satz: Time is Brain. Deswegen ist es so wichtig, dass wir mit unserem Antrag die Grundlage dafür legen, dass in Schleswig-Holstein Patientinnen und Patienten mit einem Schlaganfall zukünftig schneller gezielt auf eine Stroke-Unit kommen, um schneller und gezielt eine gute Behandlung zu bekommen.

Das beinhaltet dieser Antrag. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie alle dem zustimmen könnten, und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die massive vierte Coronawelle, die wir gerade erleben, stehen die Krankenhäuser wieder im Fokus und die Menschen in den Krankenhäusern am Rande der Belastungsgrenze, einige schon darüber. Das hat meine Kollegin eben schon bildhaft deutlich gemacht. Deswegen möchten auch wir Sozialdemokraten uns ganz herzlich bei den Kräften, die in den Krankenhäusern ihr Bestes geben, herzlich bedanken.

(Beifall SPD und SSW)

Sie leisten Großartiges und haben viel auszuhalten. Manche halten es aber auch nicht mehr aus. Leider ist das so.

Corona zeigt, wie wichtig unsere Krankenhäuser, gerade in dieser Belastungssituation, sind und dass sie ein wichtiger Pfeiler der Daseinsvorsorge insgesamt sind. Dazu haben wir im Landtag schon mehrere Anträge gestellt. Wir werden an diesem Thema auch immer dranbleiben. Das Thema Krankenhausplanung wird uns nicht mehr verlassen.

Sie stellen jetzt Anträge zur Krankenhausfinanzierung. Damit sind Sie natürlich auf der Höhe der Zeit; denn auch wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass eine ganze Reihe dieser Impulse auch in der Koalitionsvereinbarung der neuen Ampel im Bund erkennbar ist.

(Bernd Heinemann)

(Beifall FDP)

Durch die Versorgungsaufschläge werden gezielt die Krankenhäuser unterstützt, die einen Beitrag zur Versorgung der Coronapatientinnen und -patienten leisten, auch dann, wenn sie darunter leiden, dass Erlösrückgänge zu verzeichnen sind, weil wir die Coronasituation haben. Die Aussagen im neuen Koalitionsvertrag weisen also nach vorne. Es ist gut, wenn die Maßnahmen der neuen Ampel auch von unserem Hause unterstützt werden. Es ist wirklich wichtig, dass eine Reform der Krankenhausfinanzierung so schnell wie möglich gemeinsam angegangen wird.

Neben der Krankenhausfinanzierung nehmen wir heute auch Fachbereiche in den Fokus. So gehören Schlaganfälle im Moment zu den wichtigsten Todesursachen in den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern, gerade in dieser Situation, die sich in den letzten zwei Jahren durch die Pandemie massiv verschärft hat. Corona hat in der ersten Welle nicht nur das Krankenhauswesen hart getroffen, sondern auch viele Menschen selbst, die aus Panik trotz Behandlungsbedarf nicht oder zu spät ins Krankenhaus gekommen sind. Dass das nicht ohne Folgen geblieben ist, bestätigt nun der erste bundesweite Bericht zur Schlaganfallversorgung, auf die die Deutsche Gesellschaft für Neurologie gerade hingewiesen hat. Die Schlaganfallbehandlungen haben demnach in den ersten drei Monaten der Pandemie um bis zu 21 % abgenommen.

Der zeitgleiche Anstieg der Krankenhaussterblichkeit von Patienten mit ischämischen und hämorrhagischen Schlaganfällen zeigt die Brisanz dieser neurologischen Entwicklung. Die Autoren der Auswertung führen die erhöhte Sterblichkeitsrate auf die Tatsache zurück, dass während der Pandemie deutlich mehr Patienten mit schwersten Symptomen und sogar mit schlechtesten Prognosen eingeliefert wurden.

Beim Schlaganfall kommt es im wahrsten Sinne des Wortes auf jede Sekunde an, ebenso auf die persönlich, fachlich und technisch qualifizierte Kompetenz der Behandelnden. Wir haben zum Glück ein UKSH, das zu den drei Besten in Deutschland gehört. Dem haben wahrscheinlich viele Schlaganfallpatienten ihr Leben doch noch zu verdanken.

(Beifall SPD)

Deshalb ist es wichtig und sinnvoll, krankenhauserplanerisch tätig zu werden, ebenso wie eine verbesserte Versorgung im ländlichen Raum wichtig ist. Daher unterstützen wir Ihre Anträge selbstverständlich.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Begleitern des Schlaganfall-Rings zu bedanken, die sich sehr stark für ihre betroffenen Mitglieder eingesetzt haben.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Neben der Schlaganfallversorgung müssen wir die Intensivstationen nachhaltig stärken. Das ist der dritte Antrag. Diese stehen seit Jahren und besonders seit der Pandemie immens unter Druck. Viele Intensivpflegekräfte haben sich leider einen anderen Tätigkeitsbereich gesucht, weil sie es nicht mehr aushalten konnten.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin fehlen Kapazitäten. Wir haben zu unserem Antrag eine Anhörung im Sozialausschuss durchgeführt und bedanken uns für die vielen Stellungnahmen und Anregungen, die wir erhalten haben, ebenso wie meine Kollegin dieses Beispiel genannt hat. Die Stellungnahmen haben uns gezeigt, dass wir mit unseren Anträgen und dass auch Sie mit Ihren Anträgen richtigliegen. Deswegen werden wir diesen Anträgen auch zustimmen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Personalbemessung, die wir schon lange fordern, ist dringend notwendig. Wir haben neue Impulse in diesem Koalitionsvertrag erkennen können. Wir hoffen deshalb, dass wir damit jetzt schnell vorankommen. Auf Landes- und auf Bundesebene muss viel geschehen. Das packen wir jetzt gemeinsam an.

Alles in allem heißt das für unser Hohes Haus, an einem Strang zu ziehen. Das tun wir jetzt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gesundheit wird in Meinungsumfragen oft als wichtigster Wert des Lebens genannt. Werte wie materielle Sicherheit oder Familie stehen dahinter.

Für unser aller Gesunderhaltung sind gut aufgestellte und leistungsfähige Krankenhäuser und Universitätskliniken unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitssystems. Das hat sich sehr deutlich in der Coronapandemie gezeigt, in der die Krankenhäuser

(Hans Hinrich Neve)

und Unikliniken und insbesondere das in ihnen tätige Personal seit nunmehr fast zwei Jahren bis an ihre Belastungsgrenzen gehen.

Insofern ist es wichtig und zentral, dass Krankenhäuser und Unikliniken auskömmlich und angemessen finanziert werden. Das bedeutet zum einen, dass sich der Bund angemessen auch bei den Investitionskosten beteiligen muss. Es kann nicht angehen, dass die finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie nur zum Problem der Krankenhäuser werden. Es muss hier ein vollständiger Ausgleich erfolgen, auch in den Bereichen, in denen die Inzidenzen - die Kollegin hatte es vorhin gesagt - nicht so hoch sind; aber auch diese sind ja betroffen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Abrechnung über Fallpauschalen ist als Misere zu bezeichnen, weil völlig falsche Anreize gesetzt werden. DRG ist ein Bürokratiemonster geworden, ist kaum noch durchschaubar. Auch hier ist dringender Reformbedarf gegeben.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine von der Leistung unabhängige Basisfinanzierung wäre eine notwendige Ergänzung. Ebenso muss die Digitalisierung im Gesundheitswesen weiter vorangebracht werden. Insbesondere in sehr ländlichen und abgelegenen Räumen, wie bei uns an der Westküste, auf Inseln und Halligen, können Telemedizin und telemedizinische Kooperationen dabei helfen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Ziel aller Aktivitäten muss es sein, die Krankenhausversorgungslandschaft so weiterzuentwickeln, dass eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Qualität der Versorgung wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Diese Qualität der Versorgung wird besonders beim Thema Schlaganfall deutlich. Schlaganfall gehört in Deutschland zu der dritthäufigsten Todesursache, aber zur häufigsten Ursache von Behinderung und Pflegebedürftigkeit. Bei einem Schlaganfall zählt jede Minute. Die Kollegin Dr. Bohn hatte es schon gesagt: Time is Brain. - Insofern ist es wichtig, dass eine schnelle und richtige Behandlung hier Leben retten, Behinderung und

Folgeschäden verhindern, zumindest aber reduzieren kann.

Handlungsbedarf in diesem Bereich ist schon allein durch die demografische Entwicklung begründet. Schlaganfall kann zwar jeden treffen - ich hätte beinahe gesagt: vom Säugling bis zum Greis -, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es einen trifft, ist, wenn man älter als 75 Jahre ist, deutlich höher. Insofern ist das hier notwendig.

Hinzu kommen noch andere Merkmale in unserer Gesellschaft: Bewegungsmangel, Übergewicht, Bluthochdruck sind weitere Risikofaktoren, die in unserer Gesellschaft zunehmen. Es handelt sich also um ein Thema, auf das wir uns in Zukunft konzentrieren sollten. Wir haben auf Schlaganfall spezialisierte Behandlungseinheiten - die nennt man Stroke-Units -, in denen die Patientinnen und Patienten schnell, umfassend, fachübergreifend und hochqualifiziert behandelt werden.

In Schleswig-Holstein haben wir zurzeit 13 Krankenhäuser, die eine überregionale Stroke-Unit haben und durch die Deutsche Schlaganfallgesellschaft zertifiziert sind. Es werden aber zurzeit in Schleswig-Holstein nicht alle Patienten dort behandelt.

Wichtig ist also, dass keine Zeit verloren geht und die Patienten direkt in eine Stroke-Unit kommen. Insofern müssen wir hier über den Krankenhausplan in Schleswig-Holstein auch zukünftig verbindlich etwas vorgeben. Die Einbeziehung des Rettungsdienstes ist auch in diesem Fall unabdingbar, da es bei einem Verdacht auf Schlaganfall wichtig ist, dass der Patient unmittelbar in die nächste Stroke-Unit gefahren wird und keine Zeit verloren geht. Ebenso ist zu prüfen, ob der Einsatz von Notärzten via Telemedizin im Rettungswagen oder auch, wie es in Lübeck mittlerweile probiert wurde, der Einsatz mobiler Stroke-Units als ein weiterer Baustein im Flächenland Schleswig-Holstein implementiert werden könnte.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, es gilt, hier keine Zeit zu verlieren. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu unseren beiden Anträgen. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Denny Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Fläche und Weite unseres schönen Schleswig-Holstein Fluch und Segen zugleich sein kann, hört man bei bestimmten Themen immer wieder einmal. Insbesondere die medizinische Versorgung auf dem Land war schon Thema diverser Debatten. In Fällen, in denen es um jede Minute geht, sind weite Flächen und große zurückzulegende Strecken ein Hindernis. Lange Rettungswege bis zur entsprechenden Behandlung sind somit eine Herausforderung.

So ist es natürlich auch bei der Schlaganfallbehandlung. Jede Sekunde mit einer Unterversorgung des Gehirns mit Sauerstoff stellt eine Gefahr für dessen Funktionsfähigkeit, wenn nicht sogar für das Leben insgesamt dar. Die schnelle und zielgerichtete Behandlung von Schlaganfällen in den sogenannten Stroke-Units, also den spezialisierten und durch die Deutsche Schlaganfall-Gesellschaft zertifizierte Kliniken, steigert nicht nur die Überlebenschancen, sondern verringert auch die Wahrscheinlichkeit einer eintretenden dauerhaften Schädigung des Gehirns und damit auch Folgeerscheinungen wie Bettlägerigkeit oder eine starke Pflegebedürftigkeit und somit das Erfordernis, stationär oder zu Hause gepflegt werden zu müssen, wie wir es im vorherigen Tagesordnungspunkt besprochen haben.

Bereits im Krankenhausplan 2017 wurde ein Schwerpunkt auf die Stroke-Units und die Schlaganfallbehandlung gelegt. Nun gilt es, diese Schwerpunktsetzung und die erfolgreiche Etablierung der Zentren in Krankenhäusern weiterzuentwickeln. Grundlage hierfür bietet unser noch neues Landeskrankenhausgesetz. Um die Qualität im Bereich Schlaganfallversorgung im ganzen Land zu verbessern und damit die Überlebenschancen zukünftiger Schlaganfallpatienten maßgeblich zu erhöhen, wollen wir nun auf Grundlage des § 8 des neuen Landeskrankenhausgesetzes den Bereich der Schlaganfallversorgung als Versorgungsauftrag regeln. Schlaganfälle sollen demnach zukünftig ausschließlich von den Krankenhäusern behandelt werden, die hierfür einen Versorgungsauftrag durch die Krankenhausplanungsbehörde erhalten haben und somit über eine Stroke-Unit verfügen.

Durch diese Neuregelung erreichen wir eine noch schnellere und noch spezialisiertere Behandlung als zuvor. Wir verhindern Sekundärtransporte zwischen den Kliniken und gewinnen dadurch Zeit, welche den Patienten bei dieser zeitkritischen Behandlung direkt zugutekommt.

Neben einer Neuregelung der Schlaganfallversorgung im Bereich der Versorgungsaufträge wollen wir auch prüfen lassen, ob möglicherweise mobile Stroke-Units für den ländlichen Raum realisierbar sind und eine Verbesserung der Versorgung darstellen könnten. Mobile Stroke-Units sind modifizierte Rettungswagen, die mit einer CT-Ausstattung bereits therapierelevante Untersuchungen im Rettungswagen und somit auf der Strecke durchführen können. Erste Studien zeigen, dass diese mobilen Stroke-Units die Überlebenschancen erhöhen und das Risiko für eine Behinderung in der Folge deutlich senken können. Insoweit könnten gerade die dünn besiedelten Gebiete zum Beispiel an der Westküste ein möglicher Einsatzort hierfür sein, um einerseits eventuelle Sekundärtransporte zu verhindern und andererseits die Zeiten bis zur ersten CT-Behandlung erheblich zu reduzieren.

Am Universitätsklinikum Lübeck gibt es für die Fehmarnbeltregion ebenfalls ein interregionales Forschungsprojekt mit dem Universitätshospital Seeland in Dänemark. Nutzen wir doch die Erkenntnisse, die unsere Fachleute aus diesen Forschungsprojekten gewinnen und geben wir mehr Schlaganfallpatienten die Möglichkeit, ihre Überlebenschancen zu erhöhen und die Einschränkungen nach einem Schlaganfall möglichst gering zu halten.

(Beifall FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch ein paar Sätze zur zweiten Drucksache zum Thema Krankenhausfinanzierung und Intensivstationen: Ich bin sehr froh, dass die neu zu bildende Ampelkoalition auch einige Absätze hierzu in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat und den Druck aufgreift, den wir nicht nur in Schleswig-Holstein haben. Es soll entsprechend dem Wortlaut des Koalitionsvertrages eine „kurzfristig eingesetzte Regierungskommission“ geben, die die Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung überprüft und erlösunabhängige Vorhaltepauschalen vorsehen wird. Das ist ja der größte Kritikpunkt: dass der ganze Betrieb sozusagen über die DRG-Pauschalen zu finanzieren ist und es zu Verwerfungen führt, dass vermeintlich lukrativere Eingriffe eher gemacht werden und das, was viel Geld kostet - vor allem das Vorhalten von Intensivkapazitäten, die nicht immer ganz genau zu planen sind - schwerlich abgebildet wird. Ich sehe da eine sehr große Chance und bin sehr froh darüber, dass SPD, Grüne und FDP diesen Weg gehen wollen und damit eine Abkehr von der reinen DRG-Finanzierung des Betriebes auf jeden Fall vollzogen wird.

(Dennys Bornhöft)

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich finde es auch richtig und wichtig, dass dies zusammen mit den Ländern gemacht werden soll und der Bund es nicht alleine plant. Krankenhausplanung muss natürlich in den Bundesländern geschehen. Wenn es theoretisch irgendwann - in vielen Jahrzehnten - eine andere Regierungskoalition geben sollte und beispielsweise jemand aus Bayern regiert, möchte ich nicht das Risiko eingehen, dass man denkt: Das Land zwischen den Meeren, da ist viel Meerwasser in der Luft, das ist super, da kommen nur Rehakliniken hin. - So kann es natürlich nicht sein.

Die Bundesländer haben vor Ort den besten Überblick, welche Kliniken wo gebraucht werden. Dem trägt die zukünftige Ampelkoalition auch Rechnung. Der Aspekt der Reform der Krankenhausfinanzierung auch für die Intensivkliniken muss und wird kommen. Das finde ich großartig, und ich möchte mich bei den Verhandlern in diesem Bereich ausdrücklich im Namen der FDP-Fraktion bedanken. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, Hans Hinrich Neve [CDU] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben der sinnvollen Initiative zur Schlaganfallversorgung stehen heute weitere Anträge zur Debatte, die eher allgemein, aber sehr richtig und nötig die Unterstützung unserer Kliniken zum Ziel haben. Ganz grundsätzlich kann ich dazu für den SSW sagen, dass wir nicht nur die Forderung nach einer verbesserten finanziellen Unterstützung durch Land und Bund teilen, sondern es auch für dringend geboten halten, die Personalsituation in den Kliniken zu verbessern. Die Beschäftigten sind am Limit.

Man kann vielleicht über den Weg dorthin streiten. Ich gehe aber davon aus, dass spätestens heute, nach bald zwei Jahren Pandemie und unzähligen Häusern, in denen die Mitarbeitenden fast durchgehend an der Belastungsgrenze arbeiten, alle den dringenden Handlungsbedarf an diesen Stellen sehen. Ich verrate doch nichts Neues, wenn ich feststelle, dass sich viele Kliniken in einer zunehmend kritischen Finanzlage befinden. Viele Häuser haben schon vor Corona rote Zahlen geschrieben, aber die

Situation spitzt sich zu. Deshalb ist völlig klar, dass unsere Krankenhäuser in einer Zeit, in der sie pandemiebedingt vor einer enormen Herausforderung stehen, schon allein aus diesem Grund stärker unterstützt werden müssen.

Auch der Fokus auf unsere Intensivstationen und beispielsweise die Forderungen nach einer verstärkten Digitalisierung sind absolut folgerichtig.

Doch so richtig die jeweiligen Unterpunkte in den Anträgen auch sind: es ist für uns entscheidend, dass wir den Krankenhäusern schnell und substanzvoll unter die Arme greifen und endlich die Weichen derart stellen, dass die Personalsituation entschärft werden kann. Hier haben Sie die volle Unterstützung des SSW.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Neben diesen eher übergeordneten, aber sehr wichtigen Aspekten der Gesundheitsversorgung steht heute auch ein sehr konkretes, nicht weniger wichtiges Thema auf der Tagesordnung, und zwar die Frage einer möglichst schnellen und gleichzeitig hochwertigen Versorgung von Schlaganfallpatienten. Im Grunde sind im vorliegenden Antrag alle relevanten Fakten erwähnt: Schlaganfälle nehmen nicht nur in ihrer Zahl, sondern auch in ihrer Bedeutung als Todesursache zu. Sie sind aber nicht nur die dritthäufigste Todesursache, sondern auch die häufigste Ursache für lebenslange körperliche Einschränkungen. Gleichzeitig lassen sich durch eine spezialisierte Behandlung nicht nur die Sterblichkeit, sondern auch viele mögliche Einschränkungen verhindern oder zumindest abmildern.

Die Erstversorgung bei Schlaganfällen ist allerdings äußerst zeitkritisch und damit umso effektiver, je früher sie erfolgt. Aus diesen Gründen ist für den SSW völlig klar, dass wir eine möglichst flächendeckende und qualitativ hochwertige Schlaganfallversorgung brauchen. Es ist nur folgerichtig, dass auf Basis von § 8 unseres Krankenhausgesetzes Versorgungsaufträge auch für einen Schwerpunkt wie die Versorgung von Schlaganfällen vergeben werden können.

Der im Antrag formulierten Forderung an die Landesregierung, auf diesem Weg verbindliche Vorgaben zu machen, können wir uns selbstverständlich anschließen. Das ist ebenso sinnvoll wie die geplante Vernetzung der hierfür qualifizierten Krankenhäuser mit ihren unterschiedlichen Versorgungsstufen.

Wir vom SSW verbinden damit die klare Erwartung, dass der Anteil der Patientinnen und Patienten

(Christian Dirschauer)

ten, die durch eine spezialisierte Stroke-Unit behandelt werden, signifikant erhöht wird. Wir erwarten auch, dass wir durch ein solches Expertennetzwerk unter Einbindung des Rettungsdienstes deutlich mehr Betroffene erfolgreicher behandeln können. Denn zum jetzigen Zeitpunkt werden bekanntlich längst nicht alle Schlaganfälle in einem der 13 Krankenhäuser mit einer Stroke-Unit versorgt. Das sollten wir so schnell wie möglich ändern.

Für den SSW kann ich ganz klar sagen: Nicht nur die zunehmende Zahl der Schlaganfälle, sondern auch die guten Therapiemöglichkeiten sind hervorragende Argumente für einen Ausbau der entsprechenden Versorgungsstrukturen.

Nicht nur aus geografischen Gründen, sondern vor allem, weil nach einem Schlaganfall jede Minute zählt, müssen wir auch mobile Angebote ausbauen. Ich denke, auch hier sind wir uns einig. Denn gegenüber dem reinen Rettungstransport in ein Krankenhaus bieten die sogenannten mobilen Stroke-Units immense Vorteile: Sie können im Zweifel direkt vor Ort einen Schlaganfall diagnostizieren und die Behandlung einleiten. Das spart kostbare Zeit und ist in Kombination mit telemedizinischen Ansätzen gerade für Regionen wie die Westküste ein enorm wichtiges Thema.

Wir müssen uns aber eines klarmachen: Mit speziell ausgerüsteten Rettungsfahrzeugen oder mehr Technik für die Versorgung komplexer Schlaganfälle allein ist es nicht getan. Wir brauchen auch in diesem Bereich sowohl in der akuten Versorgung wie in der Nachsorge nicht nur gut ausgebildetes, sondern vor allem mehr Personal.

Aktuellen Berechnungen zufolge werden zum Beispiel pro Betroffenen mit schweren Beeinträchtigungen etwa 1.000 Stunden Pflege jährlich durch Angehörige geleistet. Doch gesellschaftliche und familiäre Strukturen ändern sich. Diese Pflegearbeit im Gegenwert von rund 5 Milliarden € wird kaum dauerhaft von pflegenden Angehörigen geleistet werden können.

Nicht nur die Deutsche Schlaganfall-Hilfe weist daher schon länger darauf hin, dass die zukünftige Versorgung nur durch zusätzliche Unterstützung durch professionelle Kümmerer sichergestellt werden kann. Wir halten die Forderung nach solchen Patientenlotsen für legitim und unterstützenswert.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt nennen, der zwar nicht im Antrag vorkommt, mir aber trotzdem sehr wichtig ist, und zwar den der Prävention. Hier liegt enormes Potenzial. Experten gehen davon aus, dass neun von zehn Schlaganfällen durch eine

gesündere Lebensführung vermieden werden können. Auch präventive Therapien gegen Risikofaktoren wie etwa Bluthochdruck oder einen zu hohen Cholesterinspiegel senken die Wahrscheinlichkeit für einen Schlaganfall signifikant. Dass präventive Maßnahmen einen so extremen Unterschied machen, ist aus meiner Sicht wirklich beeindruckend und Grund genug, auch hier einen verstärkten Einsatz zu bringen.

Neben einer verbesserten Akutversorgung und Nachsorge sollten wir daher gemeinsam überlegen, wie wir die Prävention stärken können. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hans Hinrich Neve [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Bundestagswahlkampf 2017, also vor gut vier Jahren, brauchte es einen damaligen Pflege-Azubi namens Alexander Jorde, um die CDU-Kanzlerin auf eklatante Versäumnisse in Pflegeheimen aufmerksam zu machen. Das Thema rückte etwas weiter in den Fokus der politisch Verantwortlichen, aber das reichte nicht aus.

Während seit Jahren verzweifelte Hilferufe von den Intensivstationen über ausgewiesene Fachinstitutionen wie zum Beispiel den Pflegerat, die Deutsche Krankenhausgesellschaft, das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung und die entsprechenden Gewerkschaften gesendet werden, können wir eine vergleichbare Initialzündung in der Politik leider nicht feststellen. Bricht dann auch noch eine Pandemie wie Corona aus, führt das kurzfristig zu allgemeinem Beifall von deutschen Balkonen für die Pflegekräfte auf den Intensivstationen und danach zu einem gewissen politischen Aktionismus, wie er auch in dieser Beschlussvorlage aufblitzt, aber das trifft nicht den Kern.

Ihre hier formulierten Ziele und Ansätze werden der Dimension des Pflegekräftemangels besonders auf den Intensivstationen nicht gerecht, und das galt schon lange vor Corona. Von 2002, dem Jahr vor Einführung des DRG-Fallpauschalensystems, bis 2015 sind die ITS-Kapazitäten um 14 % und die Zahl der Behandlungsfälle laut einer Studie des DIP um 45 % gestiegen. Weil es valide Zahlen zur pflegerischen Personalsituation in den Krankenhausa-

(Claus Schaffer)

tistiken nicht gibt, kann aus der Zunahme der Personalkosten im gleichen Zeitraum von 13 Jahren um nur etwa 23 % geschlussfolgert werden, dass die Personaldecke nicht entsprechend mitgewachsen ist.

Die DRGs haben auch dazu geführt, dass Deutschland mit 13 Patienten pro Pflegefachkraft und 34 Intensivbetten je 100.000 Einwohnern mit Abstand Europameister ist. Denn nur wenn die Kosten, besonders die Personalkosten, die festen Fallpauschalen unterschreiten, entstehen im Krankenhaus letztlich Gewinne. Ein klarer Fehlanreiz, der auch in diesem Hause schon mehrfach thematisiert wurde.

Die Vorschläge der AfD zu einer grundlegenden, systemischen Änderung der Krankenhausfinanzierung liegen seit fast zwei Jahren auf dem Tisch. Hier braucht es - mit Verlaub - keine neue Kommission, sondern einfach eine sachgerechte Bearbeitung der bereits bestehenden Vorschläge. Es genügt auch nicht, über die Betroffenen zu reden; besser ist es, deren ureigene Forderung aufzugreifen, wie sie im März die DGF gemeinsam mit der DIVI in ihrer Stellungnahme zur Stärkung und Zukunft der Intensivpflege vorgelegt hat.

Dort findet sich neben Forderungen nach akzeptablen Arbeitsbedingungen, beruflichen Perspektiven und Gehaltsstrukturen unter anderem auch die sehr berechtigte Forderung nach politischer Einflussnahme. Noch nicht einmal im Bundestempel der gesundheitspolitischen Entscheidungen, dem G-BA, sind Vertreter der Intensivpflege vollwertiges, stimmberechtigtes Mitglied.

Hier liegen nach unserer Auffassung die wahren Ursachen dafür, dass binnen Jahresfrist zwischen 5 % und 10 % der Pflegekräfte aus den Intensivstationen ausgestiegen sind. Liebe Jamaikaner, die kriegen Sie mit einem Sofortprogramm nicht ohne Weiteres wieder auf die Matte. Wie in anderen Bereichen auch war und ist Corona nur der berühmte Tropfen, der das seit Jahren übervolle Fass überlaufen ließ.

Last, but not least: Suchen Sie nicht fieberhaft nach Schuldigen, nach Beklopten, nach Tyrannen, um letztlich ein eigenes gesundheitspolitisches Versagen zu vertuschen! Politiker, ob in Regierungsverantwortung oder Opposition, sind Angestellte des Souveräns - ganz gleich, ob geimpft oder ungeimpft -, und es ist noch keinem Angestellten gut bekommen, seinen eigenen Chef wieder und wieder zu beschimpfen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich eines vorwegschicken - der Kollege Bornhöft hat es bereits gesagt -: Ich freue mich außerordentlich - das ist überhaupt nicht selbstverständlich -, dass es zum ersten Mal seit Entstehen des DRG-Systems gelungen ist, einen klaren Auftrag zu formulieren, nicht nur zu prüfen, sondern dass das DRG-System grundlegend reformiert wird, und zwar durch eine erlösunabhängige Vorsorgepauschale.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es soll eine erlösunabhängige, dem jeweiligen Versorgungsgrad angemessene Versorgungskomponente geben. Das ist ein Meilenstein in der Krankenhausfinanzierung.

Wenn es in Berlin auch noch gelingen sollte, den zweiten Teil der Krankenhausfinanzierung zu realisieren, nämlich die Beteiligung des Bundes - das steht nicht mehr ganz so schön darin, wie ich es mir gewünscht hätte, aber auch das ist nicht ausgeschlossen -, hätten wir im Bereich der Krankenhausfinanzierung mehr geschafft als in den letzten 15 Jahren.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Hans Hinrich Neve [CDU])

Warum machen wir das? Wir wollen die Krankenhauslandschaft so weiterentwickeln, dass die Patientinnen und Patienten stets die bestmögliche Versorgung erhalten; das ist das übergeordnete Ziel. Das muss auch das übergeordnete Ziel von Bund und Ländern bleiben.

Ich habe an der einen oder anderen Stelle schon einmal deutlich gemacht, wie wichtig mir gerade bei der Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung die Weiterentwicklung der bestmöglichen Versorgung ist. Hier liegt der Vorschlag vor. Das gilt in besonderem Maße für die Schlaganfallversorgung. Wir als Jamaika-Koalition haben nicht umsonst gemeinsam ein neues Landeskrankenhaus-

(Minister Dr. Heiner Garg)

gesetz auf den Weg gebracht. Dadurch wird so etwas überhaupt erst möglich.

Schlaganfälle stellen die dritthäufigste Todesursache und die häufigste Ursache für erworbene Behinderungen im Erwachsenenalter in Deutschland dar. Für Patientinnen und Patienten, die einen Schlaganfall erleiden, ist es deswegen lebenswichtig, dass sie schnell und bestmöglich versorgt werden.

In Schleswig-Holstein bestehen bereits 13 sogenannte Stroke-Units, die durch die Deutsche Schlaganfall-Gesellschaft und durch die Zertifizierungsorganisation LGA Incert zertifiziert sind. Stroke-Units sind auf die Behandlung von Schlaganfallpatientinnen und -patienten spezialisierte Abteilungen. Die spezialisierten Behandlungseinheiten tragen ganz entscheidend dazu bei, die Sterblichkeit der betroffenen Patientinnen und Patienten sowie mögliche körperliche Einschränkungen bis hin zur dauerhaften Pflegebedürftigkeit und Bettlägerigkeit deutlich zu reduzieren.

Nach den aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2019 werden knapp 80 % der Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein bereits in einer zertifizierten Stroke-Unit versorgt. Um den Anteil der Patientinnen und Patienten weiter zu erhöhen, die in einer solchen spezialisierten Abteilung behandelt werden, wird der Versorgungsauftrag für die Akutversorgung von Schlaganfällen zukünftig nur für diejenigen Krankenhäuser ausgewiesen, die bestimmte strukturelle Voraussetzungen erfüllen können. Ich sage Ihnen: Das ist notwendig und richtig so.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle, die - ich weiß nicht mehr wer genau - dem Landeskrankenhausgesetz zugestimmt haben, können stolz sein, denn erst das Landeskrankenhausgesetz bietet die Grundlage für die spezialisierte Ausweisung von Versorgungsaufträgen. Dieses Gesetz ist zum 1. Januar 2021 in Kraft getreten.

Ganz konkret soll die Schlaganfallversorgung in Zukunft dezidiert als Versorgungsauftrag mit unterschiedlichen Versorgungsstufen durch die Krankenhausplanungsbehörde ausgewiesen werden. Die qualitativen, personellen und räumlichen Voraussetzungen werden dabei im Krankenhausplan vorgegeben. Krankenhäuser, die über keinen entsprechenden Versorgungsauftrag verfügen, sollen - abgesehen von tatsächlichen Notfallsituationen - diese Leistungen nicht mehr erbringen dürfen.

Vorgesehen ist eine gestufte Versorgungsstruktur, die sich an den Zertifizierungskriterien der Deutschen Schlaganfall Gesellschaft, den Mindestvoraussetzungen zur Abrechnung der neurologischen Komplexbehandlung des akuten Schlaganfalls sowie den Leitlinienempfehlungen der Fachgesellschaften orientiert. Ausgewiesen werden sollen Thrombektomiezentren, die die überregionale Schlaganfallakutversorgung sicherstellen sollen. Vorgesehen ist, dass diese Zentren aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen und personellen Voraussetzungen einen Versorgungsauftrag zur Durchführung mechanischer Thrombektomien erhalten.

Bei diesem komplizierten und medizinisch äußerst anspruchsvollen Verfahren wird ein Gerinnsel mit einem winzigen, korbähnlichen Geflecht - einem sogenannten Stent-Retriever - im betroffenen Gefäß eingefangen und entfernt.

Darüber hinaus sollen eine regionale und eine lokale Versorgungsstufe realisiert werden. Diese gestufte Versorgungsstruktur soll eine wohnortnahe und dem Schweregrad der Erkrankung angemessene Behandlung zum Wohle der Patientinnen und Patienten gewährleisten.

Krankenhäuser, die über eine Ausweisung als neurovaskuläres Zentrum nach Kriterien des Gemeinsamen Bundesausschusses verfügen, werden zusätzlich im Krankenhausplan als Thrombektomiezentren ausgewiesen. Sie erhalten ebenfalls einen Versorgungsauftrag über eine überregionale Versorgung und zur Durchführung mechanischer Thrombektomien.

Im Rahmen der lokalen Versorgung sind zudem Tele-Stroke-Units als Versorgungsalternative für ländliche Regionen möglich, in denen die Fallzahlen für die Zertifizierung als regionale oder überregionale Stroke-Unit nicht erfüllt werden können. Die teilnehmenden Krankenhäuser sollen in einem noch zu schaffenden Netzwerk miteinander kooperieren und so insgesamt die Versorgung sicherstellen.

Für den Rettungsdienst werden zudem Kriterien und Voraussetzungen im Rettungsalgorithmus festgelegt, die sicherstellen sollen, dass Patientinnen und Patienten mit akutem Schlaganfall in einer für die individuelle Behandlung geeigneten Einrichtung versorgt werden. Der Inhalt verschiedener Rettungsalgorithmen ist aktuell bereits Bestandteil von Aus- und Fortbildungsprogrammen. Die Krankenhausplanungsbehörde wird zudem prüfen, ob auch mobile Stroke-Units zu einer noch besseren Versorgung beitragen können.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schlaganfallversorgung bedarf eines hohen personellen Aufwandes, weil eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung der Patientinnen und Patienten gewährleistet sein muss. Das verursacht in den spezialisierten Behandlungseinheiten - das haben verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner bereits angesprochen - hohe Vorhaltekosten. Das zeigt einmal mehr, dass die Beschlüsse, die in Berlin gefasst wurden, die jetzt auch öffentlich sind, eine Grundlage dafür sind, dass sich in der Krankenhausstruktur, in der Versorgungsstruktur in Deutschland wirklich etwas verändern, und zwar verbessern kann, weil Qualität eine immer größere Rolle spielen muss, um in einer älter werdenden Gesellschaft adäquat zu versorgen.

Ich bin ausgesprochen dankbar darüber und freue mich darauf, diesen Prozess mit Ihnen weiter begleiten und hoffentlich noch eine ganze Weile weiter gestalten zu dürfen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3358, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3422, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2730, und Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 19/3423.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 19/2730 abzulehnen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen, also Zustimmung zur Ablehnung, Annahme der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Abgeordneten des Zusammenschlusses

der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl gegen die Stimmen der SPD und des SSW zugestimmt worden.

Mit der Beschlussempfehlung Drucksache 19/3423 haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließung einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19, 22 und 31 auf.

Gemeinsame Beratung

a) Anpassung der Vergütung für Lehraufträge an den schleswig-holsteinischen Hochschulen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3325

b) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu der Ergänzenden Ziel- und Leistungsvereinbarung für die Jahre 2022 bis 2024 mit der Universität zu Lübeck

Antrag der Landesregierung
Drucksache 19/3368

c) Mündlicher Bericht zur Präsenzlehre an den Hochschulen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3420

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit den Anträgen zu a) und c) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns heute, in diesen Tagen in

(Ministerin Karin Prien)

einer ernsten Situation. Die vierte Coronawelle macht sich in unserem Land breit. Wir haben eine dramatische Situation im Südosten unseres Landes. Allenthalben wird schon wieder über Kontaktbeschränkungen, Lockdowns, Teil-Lockdowns im Süden unseres Landes und die weitere Durchführung der Präsenzlehre an unseren Hochschulen diskutiert. An einzelnen Hochschulen gilt bereits 2 G, an anderen wird die Lehre nur noch in Distanz angeboten. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir uns heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag über diese Frage austauschen.

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf Studierende sind massiv. Das zeigen Studien verschiedener Universitäten in Deutschland. Zwei Drittel - zwei Drittel! - der Studierenden fühlen sich demnach belastet. Sie klagen über Einsamkeit, über Isolation, fehlende akademische Integration, über finanzielle und gesundheitliche Sorgen. Auch ein Gefühl der Frustration, der Erschöpfung und Überforderung macht den Studierenden zu schaffen.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Meine beiden studierenden Söhne berichten mir aus ihrem Freundeskreis Ähnliches, und auch sie selbst haben im Sommer die lange Zeit des rein digitalen Lernens als unzureichend, unvollständig und damit als nicht mehr akzeptabel empfunden.

In Schleswig-Holstein haben wir sehr früh, schon im Frühjahr 2021, alles dafür getan, nach drei digitalen Semestern das Wintersemester wieder in Präsenz stattfinden zu lassen. Sehr frühzeitig haben wir diese Erwartung mit den Hochschulen besprochen und mit ihnen gemeinsam unsere Coronaverordnung für die Hochschulen an diese Erwartung angepasst. Bereits im August 2021 war die Präsenzlehre bei uns in Schleswig-Holstein wieder die Regel und nicht mehr die Ausnahme.

Auch jetzt, in einer Phase steigenden Infektionsgeschehens, in der wir im Freizeitbereich 2 G eingeführt haben, gilt für Bildungseinrichtungen, zu denen unsere Hochschulen ja zählen, dass unter verschärften Hygienebedingungen in Präsenz gearbeitet werden darf und soll.

Ich bin unseren Hochschulen außerordentlich dankbar, dass sie stets verantwortungsbewusst und flexibel auf die jeweilige Situation reagiert haben und dies auch weiterhin tun. Im Frühjahr 2020 haben sie engagiert auf digitale und hybride Formate umgestellt und ihren Studierenden auf diese Weise ein Weiterstudieren auch in der Pandemie ermöglicht. Genauso engagiert und verantwortungsvoll gehen unsere Hochschulen jetzt mit der Präsenzlehre um.

Im Schnitt finden an unseren Hochschulen 80 bis 95 % der Lehrangebote in Präsenz statt. Hier und da gibt es aus verschiedenen Gründen digitale Angebote.

So belässt die FH Westküste beispielsweise das Abschlusssemester noch komplett digital. Aufgrund vielfach aufgegebener Wohnungen erschien dem Präsidium die Präsenzpflcht für das letzte Semester nicht angemessen. An der CAU finden alle Veranstaltungen mit mehr als 200 Teilnehmern digital statt. Ein weiterer Grund für digitale Angebote sind naturgemäß die räumlichen Gegebenheiten.

In Einzelfällen, etwa wenn Lehrkräfte wegen respiratorischer Symptome nicht persönlich zur Hochschule gehen können, werden in Präsenz geplante Veranstaltungen kurzfristig digital durchgeführt. Einzig an der Hochschule Flensburg variiert der Präsenzanteil je nach Fachbereich zwischen 40 und 60 %. Als Grund gibt die Hochschule an, dass man so mehr Studierende an der Hochschule habe halten können als bei der vollständigen Rückkehr in die Präsenz.

Insgesamt ist die Situation der Studierenden bei uns im Norden damit deutlich entspannter als etwa in Bayern, wo Hochschulen in Hotspots nur noch digitale Lehre anbieten dürfen. Der Schlüssel zu unserem Erfolg ist hier wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch die Impfbereitschaft der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Nach Schätzungen der Hochschulen gehen wir davon aus, dass an den Hochschulen 90 % der Studierenden und rund 95 % der Hochschulbeschäftigten bereits geimpft sind. Das ist wirklich eine gute Quote. Darauf können wir stolz und dafür können wir auch dankbar sein.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage deshalb an dieser Stelle allen Menschen Dank, die an unseren Hochschulen lernen und arbeiten und geimpft sind oder sich noch impfen lassen wollen. Ihr verantwortungsvolles Handeln versetzt uns in die glückliche Lage, dass Präsenzlehre in Schleswig-Holstein weiterhin möglich ist.

Meine Damen und Herren, die Infektionszahlen an den Hochschulen sind nach wie vor relativ gering. Die seit Semesterstart von den Hochschulen gemeldeten Fälle liegen meist unter zehn. An der CAU gab es in den letzten vier Wochen rund 30 Meldungen. Aber das steigende Infektionsgeschehen macht natürlich auch vor den Hochschulen nicht Halt. Deshalb wird nach mehr digitaler Lehre gerufen, und die Rufe werden zahlreicher. Die Unruhe unter

(Ministerin Karin Prien)

den Lehrenden und Studierenden und deren Sorgen müssen wir deshalb ernst nehmen.

In einer Konferenz mit den Hochschulen am vergangenen Dienstag haben wir uns darauf verständigt, dass wir für den Lehr- und Prüfungsbetrieb weiterhin 3 G anwenden, dass dies aber flächendeckend und nicht nur durch Stichproben kontrolliert und zusätzlich die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung eingeführt werden wird. Die Hochschulen können das schon jetzt auf der Grundlage der für sie geltenden Corona-Verordnung umsetzen, wir werden es jedoch in der nächsten Verordnung als verbindlichen Schutzstandard festschreiben.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Solange das Pandemiegeschehen es zulässt, bleiben wir in Schleswig-Holstein bei der Präsenzlehre. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies angesichts der hohen Impfquote durchgehend gelingen wird, sage aber auch, dass wir gerade im Hinblick auf die vulnerablen Gruppen an den Hochschulen weiter am Ball bleiben und weitere Impfangebote sowohl für die Beschäftigten als auch für die Studierenden vorhalten müssen, und dies an allen Hochschulen.

Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass die Pandemie der digitalen Lehre einen enormen Schub verliehen und viel zusätzliches, kreatives Potenzial entfaltet hat. Diesen Schwung sollten wir weiter nutzen. Wir wollen unseren Hochschulen innerhalb klarer Leitplanken die dazu notwendigen Gestaltungsspielräume lassen. Damit ermöglichen wir einen bewussten Entwicklungsprozess, der über das akute Krisenmanagement hinausgeht und die digitale Transformation zugunsten einer noch besseren Lehre vorantreibt. Bei aktuell deutschlandweit abnehmenden Studienanfängerzahlen ist das auch ein Beitrag zur Stärkung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems.

Ich sage jetzt nur noch ein paar Sätze zur Vergütung von Lehraufträgen: Auch diesbezüglich sollen die Hochschulen mehr Autonomie erhalten, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Außerdem streben wir eine Anpassung und Dynamisierung der Lehrauftragsvergütungssätze an. Wir werden dazu im nächsten Jahr einen Vorschlag unterbreiten, der auch die Frage der Finanzierung der aus den steigenden Vergütungssätzen resultierenden Mehrbedarfe berücksichtigen wird.

Bei all diesen Themen ist es wichtig, die Dinge gemeinsam mit den Hochschulen und auf der Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Hochschulen weiterzuent-

wickeln. Die Landesregierung legt hierbei den Rahmen fest, innerhalb dessen die Hochschulen größtmögliche Spielräume haben, um wichtige Prozesse verantwortungsvoll und kreativ zu gestalten. Wir werden diesen erfolgreichen Weg in Zukunft gemeinsam weitergehen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider kann ich jetzt die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen nicht mehr begrüßen. Sie waren heute Morgen anwesend und haben damit ihr Interesse an dem Thema bekundet. Die Behandlung des Tagesordnungspunkts wurde verschoben, und jetzt können sie nicht mehr anwesend sein.

Das Wintersemester ist erst wenige Wochen alt, und schon werden die Hoffnungen, dass das Leben an den Hochschulen wieder im Normalbetrieb stattfinden könnte, zunehmend geringer. Bundesweit geht die Zahl der Infektionen durch die Decke, und die Zahl der Covid-Todesopfer in Deutschland erreicht heute die Marke von 100.000. Das heißt natürlich auch für die Hochschulen, dass viele die gerade erst wiedergewonnene Freiheit des Präsenzbetriebes infrage stellen. Der Druck auf die Präsidien nimmt deutlich zu. Vermehrt formulieren Dozentinnen und Dozenten landauf, landab, dass diese Woche in bestimmten Studiengängen und Fachbereichen die letzte Woche des Präsenzbetriebes sei.

Selbstverständlich sind die Hochschulen im November 2021 besser auf die Distanzarbeit eingestellt als im März 2020. Das gilt allerdings nicht für die Studierenden, die gerade die Schule verlassen haben und jetzt ihr Studium beginnen wollen und müssen.

Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass ausschließlich digitale Lehre nicht die Form des Studiums ist, die ich und viele von uns erleben durften und die wir uns wünschen.

(Dr. Heiner Dunckel)

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die digitale Lehre - die Ministerin hat dankenswerterweise darauf hingewiesen - würde die schwierige, zum Teil dramatische psychosoziale Situation von Studierenden verlängern. Dies mahnt uns einmal mehr, hier mehr zu tun.

Ich danke der Ministerin für ihren Bericht über die Präsenzlehre, in der Hoffnung, dass dieser nicht schon weitgehend Makulatur ist, betone aber: Auch wir sind der Meinung, die Präsenzlehre sollte so lange wie irgend möglich aufrechterhalten werden.

Der Antrag, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Universität Lübeck um das Jobticket zu ergänzen, ist ein Selbstläufer. Dieses Projekt haben wir immer schon unterstützt. Die einzige Frage, die sich mir stellt, ist, warum das wissenschaftliche beziehungsweise nichtwissenschaftliche Personal, das am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein tätig ist, von dieser Vergünstigung nicht profitieren soll - außer den Professorinnen und Professoren, die eigentlich nicht die wichtigste Zielgruppe des Jobtickets sind.

Der wesentliche Punkt, um den es heute aber geht, sind die Vergütungen für Lehrbeauftragte an den Hochschulen. Ich habe dazu vor gut zwei Jahren eine Anfrage gestellt. Es dürfte Seltenheitswert haben, dass die Vergütung einer Berufsgruppe über fast 20 Jahre hinweg konstant geblieben ist. Demnach bekommt ein Lehrbeauftragter, zum Beispiel bei der Vergütungsgruppe WH 2, der in einem fünfzehnwöchigen Semester jede Woche zwei Stunden Lehre erteilt, je nach Universität für insgesamt 30 Stunden zwischen 670 € und 870 € brutto. Hier ist noch einzukalkulieren, dass die Durchführung der Lehrveranstaltung nur den kleineren Teil der Arbeitszeit ausmacht, weil die Vorbereitung und die Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, die Abnahme von Prüfungen, Klausurkorrekturen, Betreuung der Studierenden und so weiter dazukommen. Damit landet man und frau bald auf dem Niveau des Mindestlohnes oder darunter. Mit der genannten Vergütung sind zudem alle weiteren Aktivitäten abgegolten; nur ausnahmsweise kann die Vergütung geringfügig erhöht werden, was in den meisten Fällen nicht geschieht.

Bedenken Sie auch, dass viele Lehrbeauftragte mehrere Lehraufträge gleichzeitig haben und damit einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten!

Der Landesrechnungshof rät der Politik ja üblicherweise nicht dazu, seine Ausgaben zu erhöhen. Aber er hat bereits mehrfach empfohlen, die Höhe der

Vergütungssätze für Lehrbeauftragte angemessen anzupassen. Die Regierung hat schon vor zwei Jahren zugesagt, das zu überprüfen. - Passiert ist bis heute nichts.

(Martin Habersaat [SPD]: Studie in Auftrag gegeben!)

Bislang hat sie es auch unterlassen, bei der Novellierung des Hochschulgesetzes - das wäre eine Möglichkeit gewesen - etwas am Status der Lehrbeauftragten zu ändern. Selbstkritisch möchte ich formulieren, dass es im noch geltenden Gesetz den folgenden Satz gibt - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Die Lehrbeauftragten erhalten eine Vergütung, es sei denn, dass sie von sich aus auf eine Vergütung verzichten.“

Man kann es mit der Förderung des Ehrenamtes auch ein bisschen übertreiben.

Als ehemaliger Hochschullehrer weiß ich, dass die Hochschulen ihr Lehrangebot ohne die Lehrbeauftragten nicht aufrechterhalten könnten - dies zeigt auch die Antwort auf die Anfrage von vor zwei Jahren. Das wird aber nur gelingen, wenn wir nach knapp zwei Jahrzehnten die Vergütungen wenigstens so an die allgemeine Preisentwicklung anpassen, dass die Kaufkraft von 2002 wiederhergestellt wird.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich sage Ihnen auch gern konkreter, wie eine angemessene Höhe der Vergütungssätze für Lehrbeauftragte aussehen muss. Aber keine Angst, ich orientiere mich nicht an Österreich oder an der Schweiz, wo Lehraufträge im wahrsten Sinne des Wortes honoriert werden, sondern nur an unseren norddeutschen Nachbarn. Wenn wir also die letzten 20 Jahre in den Blick nehmen, dann fällt summiert eine Inflationsrate von mehr als 30 % ins Gewicht. Wollten wir diese ausgleichen, dann müsste sich die Vergütung der Lehraufträge um wenigstens 30 % erhöhen. Orientieren wir uns an unseren norddeutschen Nachbarn, dann müssten die Höchstvergütungssätze um wenigstens 6 € bis 12 € pro Stunde erhöht werden.

Ich erwarte deshalb von der Ministerin, vom Wissenschaftsministerium, noch in dieser Legislaturperiode - angedeutet wurde es ja - eine entsprechende Vorlage, damit endlich und wie vom Landesrechnungshof gefordert, Lehrbeauftragte an den Hochschulen angemessen vergütet und - ich sage es noch einmal - honoriert werden.

(Dr. Heiner Dunckel)

Dass dann die Grundhaushalte der Hochschulen entsprechend erhöht werden müssen, versteht sich von selbst. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an die Ministerin für ihre Berichte zu den drei Tagesordnungspunkten.

Ich komme zunächst zu dem Bericht zur Präsenzlehre an den Hochschulen. Wir sehen, wie sehr die Pandemie insbesondere junge Menschen hart getroffen und auch psychisch belastet hat. Studierende haben verzichtet. Sie blicken zurück auf drei digitale Semester, die einsam vor dem Bildschirm stattgefunden haben. Es gab keine Feiern. Die Studierenden waren sehr eingeschränkt, und manch geplanter Auslandsaufenthalt konnte nur noch ersatzlos gestrichen werden. Begegnungen, der Austausch, Lerngruppen und die Gemeinschaft sind für jeden Studierenden wichtig und wertvoll; sie bereichern das Studium. Das gilt insbesondere für die Erstsemester, aber auch weit darüber hinaus.

Zum Start in das Wintersemester 2021/22 ist an unseren schleswig-holsteinischen Hochschulen eine erfolgreiche Rückkehr zu einem lebendigen Campusbetrieb mit Präsenzveranstaltungen gelungen - wir hoffen sehr, dass es auch in dieser aktuellen Situation weiter so bleiben kann.

Dank einer ausgesprochen hohen Impfbereitschaft - die Ministerin hatte darauf hingewiesen - unter den Studierenden, aber auch unter den Lehrenden, und einer klaren Umsetzung von Hygiene- und Sicherheitskonzepten seitens der Hochschulen sowie geregelten Einlasskontrollen vor den Hörsälen konnten Lernende und Lehrende nach fast eineinhalb Jahren mit pandemiebedingten Homeoffice-Regelungen wieder an einen sicheren Studienort ziehen und in den Präsenzbetrieb zurückkehren. Ich danke an dieser Stelle allen Hochschulen für die Flexibilität und für die Umsetzungsbereitschaft in dieser besonderen Situation.

Damit ist auch eine lebendige Campusatmosphäre zurückgekehrt. Digitale Formate und Videoschalten

fügen sich in den Präsenzbetrieb mehr und mehr ein. Die Pandemie hat zu einem Digitalisierungsschub beigetragen und die Digitalisierung an den Hochschulen wesentlich vorangebracht und beschleunigt. Die Hochschulen selbst sind es, die nach eigenem Ermessen im Rahmen der landesweit gültigen Coronaregelungen und nach ihren räumlichen und organisatorischen Möglichkeiten die Präsenzanteile für einen sicheren und geordneten Hochschulbetrieb ganz individuell festlegen. So ergeben sich je nach Universität, Fachhochschule oder künstlerischer Hochschule ganz unterschiedliche Entscheidungen für Präsenz- oder Onlinelehre sowie hybride Formate. Das ist gut und richtig so, und wir werden alles tun, dass dies nach Möglichkeit so bleiben kann. Aber wir sehen auch die aktuelle Sorge, die sich breitmacht, und da müssen wir mit Augenmaß handeln.

Nun komme ich zum Berichtsantrag der SPD und damit zur Frage nach einer Anpassung der Vergütungssätze für Lehraufträge. Die Grundlage für Lehraufträge findet sich in den meisten norddeutschen Bundesländern im Hochschulgesetz. Niedersachsen macht dazu keine landesweiten Vorgaben und überlässt den einzelnen Hochschulen die Regelung der Vergütung für Lehraufträge. In Schleswig-Holstein haben die Hochschulen eine Rahmenvorgabe für die Vergütung. Diese liegt hier in der Tat zwischen 12,37 € und 57 € pro Stunde. In Mangelbereichen kann sie um 20 % erhöht werden.

Schleswig-Holstein liegt damit deutlich niedriger als andere Bundesländer wie Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg. Aktuell beraten wir die Novelle des Hochschulgesetzes. Im Rahmen der Anhörung sind Forderungen nach gleichen Vergütungssätzen an Fachhochschulen und Universitäten, eine Anhebung der Vergütungssätze um mindestens 30 % als Inflationsausgleich und eine jährliche Dynamisierung der Vergütungssätze ausgesprochen worden.

Eine Ausweitung des Vergütungsrahmens wird zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit für erforderlich gehalten. Auch wenn wir dies gern umsetzen wollen, muss man wissen, dass dieser Schritt eine erhebliche Anhebung der Finanzzuweisung in den Grundhaushalten der Hochschulen voraussetzt. Die formulierten Wünsche sind verständlich und auch berechtigt. Denn es hat seit 2002 in der Tat keine Anpassung gegeben. Das Anliegen muss im Rahmen der nächsten Ziel- und Leistungsvereinbarung gemeinsam mit den Hochschulen verhandelt werden.

Ich komme zum dritten und letzten Tagesordnungspunkt dieser drei zusammengefassten Punkte. Da

(Anette Röttger)

geht es um die ergänzte Ziel- und Leistungsvereinbarung 2022 bis 2024 mit der Universität Lübeck. Die halten wir für gut und folgerichtig, denn wir wollen, dass viele Beschäftigte von diesem Jobticket profitieren. Wir stimmen dieser Vorlage zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wer zum Wintersemester 2019 das Studium aufgenommen hat, befindet sich mittlerweile im 4. Semester. Ein großer Teil, wahrscheinlich der größte Teil des Studiums, fand in dieser Zeit online statt. Bei einer Regelstudienzeit von sechs Semestern im Bachelor, vier Semestern im Master können wir uns grob vorstellen, was das für die Studierenden bedeutet. Deshalb war es richtig und auch notwendig, so schnell wie verantwortbar und so schnell wie möglich auch wieder zur Präsenzlehre zurückzukehren - natürlich unter strengen Regeln, unter einem individuellen, aber auch einem gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühl, um die Entwicklung der Pandemie nicht zu beschleunigen.

Der aktuelle Stand der Pandemie allerdings gibt Anlass dazu, erneut in die Hochschulen zu blicken und zu überlegen, wo man eventuell Anpassungen vollziehen muss und wo es jetzt schon unter den geltenden Regelungen sehr gut läuft. Dabei muss man eingestehen, dass nicht jeder Bereich zwangsläufig geregelt werden muss und die Hochschulen in ihrer Eigenverantwortung sehr verantwortungsbewusst handeln. Es gibt bereits heute zahlreiche Lehrangebote, ob Seminare oder Vorlesungen, die wie selbstverständlich online stattfinden - weil die Lehrenden es gewünscht haben, aber auch teilweise, weil Studierende es sich gewünscht haben. Das ist auf der einen Seite richtig und der Situation angemessen, und auf der anderen Seite eine herausfordernde Lage für die Studierenden.

Stellen wir uns das einmal vor: Man hat vormittags eine Vorlesung oder ein Seminar in Präsenz, trifft sich dort mit den Studierenden, tauscht sich aus, und nach einer halben Stunde muss man dann in die Onlinevorlesung oder in das Onlineseminar kommen. Das ist nicht einfach zu bewerkstelligen, denn

der Weg von der Universität oder der Hochschule nach Hause braucht eine gewisse Zeit. In dieser Zeit kann man zum einen nicht an dem Seminar teilnehmen, und zum anderen gibt es auf dem Campus auch keinen angemessenen Rückzugsort, um sich einwählen zu können, und teilweise auch nicht die digitale Infrastruktur, um das zu bewerkstelligen. Wir haben also hier eine schwierige Situation, die die Hochschulen in ihren Fachbereichen sinnvoll lösen müssen, aber eben oft trotzdem zu Reibungen führt.

Kommen wir zu dem Thema Reibungen und zu herausfordernden Lagen, zu den Lehraufträgen an den Hochschulen. Die Lehraufträge müssen sich verändern, und die Situation der Lehrbeauftragten muss sich verbessern. Ein Lehrauftrag dient dazu, einer Mangelsituation entgegenzuwirken und ermöglicht es Praktikerinnen und Praktikern, die Lehre an Hochschulen zu bereichern. Das ist gut, das ist ein wichtiges Instrument, das unbedingt genutzt werden soll. Es bereichert nämlich tatsächlich die praktische Lehre, wenn Menschen aus der Wirtschaft, aus Verbänden, aus anderen Bereichen Einblick in die Hochschule bekommen und lehren können. Sie dienen aber nicht einer strukturellen Veränderung. Sie dienen nicht dazu, die Lehre dauerhaft auf diese Art und Weise zu bewerkstelligen, und das oft zu sehr prekären Beschäftigungsverhältnissen. Kurz gesagt: Der Lehrauftrag darf schlichtweg kein Sparmodell sein und ist es doch viel zu häufig.

Um das zu verändern, brauchen wir die Regelungen, die verändert werden müssen. Die Ministerin hat hier Andeutungen gemacht, über die wir in den nächsten Wochen und Monaten noch intensiv ins Gespräch kommen werden. Sie braucht aber auch Geld, denn das Geld ist eine der Ursachen, warum es zu solchen prekären Beschäftigungs- und Anstellungsverhältnissen kommt.

Auch die Hochschulen tragen dabei eine Verantwortung. Das ist keine Frage, die allein die Politik für die Hochschulen löst, sondern auch die Hochschulen selbst haben eine Aufgabe zu erfüllen. Wenn wir darauf blicken, wie sowohl die Küstenkoalition als auch die Jamaika-Koalition insbesondere die Grundhaushalte der Hochschulen jedes Jahr deutlich gestärkt und erhöht haben, dann erwarte ich von den Hochschulen durchaus, dass dieses Geld bei den Beschäftigten ankommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW - Wortmeldung Dr. Heiner Dunkel [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage von dem Abgeordneten Dunckel?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich entdecke einen Widerspruch. Wir haben, wie die Ministerin auch gesagt hat, in den nächsten Wochen und Monaten eine Vorlage zu erwarten. Die Abgeordnete Röttger hat gerade gesagt, dass mache die nächste Ziel- und Leistungsvereinbarung, also 2025. Was gilt denn jetzt eigentlich?

- Das wird spannend werden. Ich habe hier dem mündlichen Bericht gelauscht. Ich habe herausgehört, dass die Ministerin angesprochen hat, dass man sich auch den rechtlichen Grundlagen zeitnah widmen möchte. Wir sind uns alle einig darin, dass wir nicht nur die letzte Stellungnahme des Landesrechnungshofes zur Kenntnis nehmen, sondern auch die der Vorgängerkoalition, die durchaus Ähnliches kritisiert hatte. Dass Eile besteht, glaube ich unbenommen. Ich hoffe, dass wir deshalb noch in dieser Legislaturperiode in Gespräche eintreten. Ob wir noch in dieser Legislaturperiode zu Lösungen und auch zu Wegen kommen, wie wir das umsetzen können, werden wir sehen. Wir machen uns nichts vor, im Mai nächsten Jahres sind Landtagswahlen. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema auch in der kommenden Legislaturperiode hier zu behandeln sein wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das war jetzt ein Sowohl-als-auch oder? Aber mehr kann ich tatsächlich nicht sagen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Politiker halt!)

Ich bin selber sehr gespannt. Ich bin für beides zu haben, sowohl in dieser Legislaturperiode und, wenn ich viel Glück habe, auch in der nächsten.

(Heiterkeit - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Ja, vielen Dank. - Das verleitet mich dann doch dazu, einen kleinen Hinweis zu geben. Sie haben über zwei Jahre Zeit gehabt. Die Anfrage ist über zwei Jahre her. Dort hat die Landesregierung schon zugesagt, dass sie es prüfen wolle. Also, es ist schon ein bisschen mehr als Eile angesagt.

- Zum Prüfauftrag an die Landesregierung kann ich keine Stellungnahme abgeben. Das muss die Landesregierung tun. Ich habe die Anfrage auch mit Interesse gelesen, so wie alle Anfragen, auch die zahlreichen kürzlich eingereichten Anfragen von Ihnen. Ich hoffe, dass den politischen Forderungen auch Konsequenzen folgen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Damit ist auch das Meiste, was ich sagen wollte, gesagt. Ich freue mich auf die weitere Debatte. Das Thema bleibt aktuell. Die Präsidien haben es auch auf dem Schirm und sagen: Wir brauchen die Lehrbeauftragten, und wir brauchen die Lehraufträge an den Hochschulen, aber wir brauchen auch motiviertes und gutes Personal, das sich auf diese Beschäftigungsverhältnisse einlässt. Wenn wir für Qualität in der Lehre stehen wollen, ist das ein wichtiger Baustein - nicht der einzige, aber eben ein wichtiger. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petersdotter. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich danke der Ministerin und ihrem Team für die beiden Berichte. Ich möchte vorwegschicken: Die Studierenden und die Beschäftigten der Hochschulen sind sehr wohl im Blickfeld der Landespolitik, auch wenn dies medial nicht immer so deutlich wird. Sie werden auch in diesen Zeiten nicht vergessen.

Es gab heute einen bemerkenswerten Bericht in den „Kieler Nachrichten“ dazu, in dem das ein großes

(Christopher Vogt)

Thema war. Das fand ich gut. Ich hatte allerdings auch in den letzten Wochen in anderen Zeitungen hier in Schleswig-Holstein, die ich jetzt nicht namentlich nennen möchte, Berichte gesehen, in denen das Problem der Studierenden und der Hochschulbeschäftigten nicht so ein großes Thema war. Ich habe das kaum wahrgenommen. Aber wenn zwei, drei Leute an der Hochschule infiziert waren - bei zigtausenden Studierenden -, dann war das große Schlagzeilen wert. Hier habe ich - ehrlich gesagt - den Eindruck, dass manchmal falsche Schwerpunkte gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, angesichts der Herausforderungen, vor denen die Studierenden, aber auch die Beschäftigten an den Hochschulen stehen, sind sie allerdings in dieser Zeit auch erstaunlich ruhig geblieben - das ist auch in Gesprächen immer wieder angesprochen worden -, vielleicht manchmal auch zu ruhig. Ich weiß, dass das oft auch aus Rücksichtnahme gegenüber Familien mit Kindern, gegenüber Menschen, die in der Pandemie noch stärker belastet waren, geschehen ist. Ich finde aber auch, dass junge Menschen, die in ihr Studium starten, und die Beschäftigten an den Hochschulen berechnete Sorgen haben, die ebenfalls öffentlich deutlich artikuliert werden sollten, denn auch sie gehören in der Debatte.

Meine Damen und Herren, nach drei Onlinesemestern, die insbesondere - aber nicht nur - für die Studienanfängerinnen und -anfänger eine große Belastung waren, war ich sehr erleichtert, als vor einigen Wochen die Präsenzlehre wieder angelaufen ist, zunächst an den Fachhochschulen, dann an den Universitäten. Es geht in der Tat nicht nur um die Veranstaltungen selbst. Sie sind auch wichtig im Studium, aber ich glaube, es geht auch um das soziale Leben auf dem Campus, das wieder zurückgekehrt ist. Gerade die Studienanfängerinnen und Studienanfänger - ich kenne einige, mit denen ich auch intensiv gesprochen habe - haben gesagt: Na ja, wir haben uns mit einigen Leuten virtuell, dann mit zwei, drei Leuten persönlich getroffen, aber das ersetzt nicht, Menschen kennenzulernen, die einen im Zweifel das ganze Leben noch begleiten. Das ist alles weggefallen. Das muss im Zweifel nachgeholt werden. Deshalb hoffen wir, dass es jetzt nicht zum nächsten Lockdown kommt und dass die jungen Menschen auch dieses Semester beenden und entsprechend weitermachen können.

Bei meinem Besuch an der Fachhochschule Kiel vor wenigen Wochen und auch in anderen Gesprächen mit Hochschulvertretern - nicht nur vom Hochschulpräsidium, sondern auch von anderen -

wurde mir davon berichtet, dass das Wiederanfahren der Hochschulen trotz der entsprechenden Auflagen sehr gut geklappt hat.

Übrigens, auch die Onlinesemester haben erstaunlich gut geklappt, wenn man ehrlich ist. Auch das war nicht zu erwarten. Am Anfang war vieles holprig, aber auch das wurde mit viel Einsatz gut bewältigt. Dafür mein Dank an alle Beteiligten.

(Beifall FDP)

Wie gesagt, wir sind jetzt in der Pflicht, zu gewährleisten, dass es weitergehen kann.

In der Tat, die Hochschulen fliegen in der öffentlichen Wahrnehmung tatsächlich leider manchmal etwas unter dem Radar. Dabei darf hier nicht vergessen werden, dass die Präsenzlehre einen fast so hohen Stellenwert hat wie der Präsenzunterricht an unseren Schulen - und nicht nur aus sozialen Gründen. Gerade für die beiden künstlerischen Hochschulen in Kiel und Lübeck und auch für die Fachhochschulen ist es sehr wichtig, die Lehre vor Ort wieder möglich zu machen und beizubehalten. Die fachpraktischen Anteile, das Arbeiten mit der Technik, all dies kann mit noch so gut organisiertem Fernunterricht nicht wirklich ausgeglichen werden. Deswegen muss unser gemeinsames Ziel sein, dies auch angesichts der verschärften Sicherheitsmaßnahmen beizubehalten. Frau Ministerin, ich bin dankbar für die klaren Worte auch an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, es zeigt sich aber auch: Wir haben bei der Digitalisierung an den Hochschulen noch unglaublich viel zu tun. Gerade in der vorvergangenen Woche haben wir hier die Anhörung zum Hochschulgesetz gehabt. Dabei haben uns verschiedene Studienvertreter gesagt, dass selbst in den neuen Gebäuden der Christian-Albrechts-Universität hier in Kiel bei einer entsprechenden Anzahl von Personen, die im Gebäude sind, das WLAN regelmäßig zusammenbricht und man in dem Gebäude gar nichts mehr machen kann. Meine Damen und Herren, so etwas können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Da müssen wir noch mehr Geld bereitstellen, damit die Hochschulen schnell Abhilfe leisten können. Das sind Zustände, die einfach nicht mehr in dieses Jahr passen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde aber auch, dass viele Onlineangebote beibehalten werden müssen. Es war offenbar notwendig, dass wir den pandemiebedingten Druck beim Thema Digitalisierung hatten, denn anderswo ist es selbstverständlich, dass man Vorlesungen auch on-

(Christopher Vogt)

line besuchen kann, dass die Vorlesungen in die Mediathek gestellt werden. Ich weiß, dass viele Dozentinnen und Dozenten wenig Lust darauf haben, dass diese aufgezeichnet werden und in der Mediathek sind. Aber, meine Damen und Herren, das ist hier im Landtag auch so. Wenn wir das können, dann können das, so glaube ich, auch viele Lehrende an den Hochschulen. Insofern sollte dies ein Stück weit Standard werden. Es gibt in Schleswig-Holstein jetzt auch die ersten Hybrid-Studiengänge. Online-Studiengänge gibt es schon länger. Aber selbst Hybrid-Studiengänge sind mittlerweile Realität geworden. Es muss hier einfach mehr vorangehen, auch ohne Pandemie.

Die Ministerin hat es gesagt: Wir haben sehr hohe Impfquoten an den Hochschulen, und zwar was die Beschäftigten angeht, aber auch, was die Studierenden angeht. Es ist auch nicht verwunderlich, dass Menschen, die sich wissenschaftlich ausbilden lassen, einen gewissen Bezug zur Wissenschaft haben. Alles andere wäre dramatisch, das muss man ganz ehrlich sagen. Die Impfquote liegt vermutlich bei über 90 %, die Ministerin hat es gesagt. Trotzdem finde ich es gut, wenn an den Hochschulen direkt weitere Impfangebote durch Teams gemacht werden können, damit die Impfquote noch weiter erhöht werden kann.

Lasse Petersdotter und Anette Röttger, wir haben uns vorgenommen, dass wir die psychosoziale Beratung weiter stärken und verstetigen. Das ist ein richtiger Schritt. Es gibt viele Belastungen der Studierenden, das haben, glaube ich, alle Vorredner gesagt. Aber trotzdem kann es natürlich nicht die Lösung des Problems sein. Es ist traurig, dass wir das machen müssen, es ist trotzdem notwendig. Ich bin dankbar, dass wir uns da einig sind.

Heiner Dunckel, was die Vergütung der Lehrbeauftragten angeht, die an der Hochschule einen wichtigen Job machen: Auch wir sehen hier in der Tat Handlungsbedarf. Es hat seit 20 Jahren keine Anpassung bei den Vergütungssätzen gegeben. Ich habe es einmal überschlagen: Nach Inflationsausgleich müssten eigentlich ungefähr 30 % draufgepackt werden. Auch Sie haben das angesprochen. Ich finde es gut, dass die SPD das Thema entdeckt. Hätte die SPD in den letzten 20 Jahren irgendwann einmal Regierungsverantwortung gehabt, dann hätte sie dies sicherlich auch angepackt. Aber es ist schön, dass die SPD das Thema jetzt entdeckt hat.

(Beifall FDP)

Dazu möchte ich zwei Dinge sagen, ohne dass Sie mir die Frage stellen müssen, die Sie Lasse Peters-

dotter gestellt haben. Ich versuche einmal, sie eigenverantwortlich zu beantworten. Es gibt in der Tat die Verantwortung des Landes, das kostet Geld, das ist mit Geld verbunden. Es gibt aber auch eine Verantwortung der Hochschulen und auch eine Hochschulautonomie. Lasse Petersdotter hat es angesprochen - man merkt, wir arbeiten schon länger zusammen. Die Hochschulen haben auch eine Verantwortung. Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen immer angehoben, und es sagt schon etwas aus, dass bei den Lehrbeauftragten, die - wie gesagt - einen wichtigen Job machen, denn ohne sie würde an den Hochschulen nichts funktionieren, gar nichts angekommen ist. Das muss auch Thema in den Gesprächen mit den Hochschulen sein. Denn hätten diese da mehr Druck, dann hätte man dort anders gehandelt. Insofern ist das eine Verantwortung der Hochschulen selbst, aber auch des Landes, das sehe ich auch so.

Abschließend möchte ich noch sagen: Der Koalitionsvertrag der Ampel auf Bundesebene beinhaltet auch im Wissenschaftskapitel einige sehr hoffnungsvolle Aspekte wie zum Beispiel das Bundesprogramm „Digitale Hochschule“. Ich denke auch an das Thema Beschäftigung oder an die BAföG-Reform, die aus meiner Sicht überfällig ist. Dass das Jobticket auch an der Universität zu Lübeck ermöglicht werden soll, begrüßen wir sehr. Deshalb werden wir dem selbstverständlich zustimmen. Bernd Buchholz, wir halten das Jobticket insgesamt für ein gutes Angebot, und das wird auch der Uni Lübeck und ihren Beschäftigten guttun. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab vielen Dank an die Ministerin für ihren Bericht. - Das Problem, vor dem unsere Studierenden momentan häufig stehen, ist der Wechsel zwischen Digitalformaten und Seminaren in Präsenz. Ein Beispiel: Die Studierenden fahren morgens für das erste Seminar an die Uni, müssen dann zurück nach Hause für eine Onlineveranstaltung, um danach für das nächste Tutorium wieder zum Campus zu fahren. Oft liegt nur eine halbe Stunde zwischen den Veranstaltungen. Für Studierende, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel

(Jette Waldinger-Thiering)

angewiesen sind, stellt das eine große Herausforderung dar.

Vor Ort gibt es zwar vereinzelt Hörsäle, in denen Studierende mit dem eigenen Laptop an Onlineformaten teilnehmen können, aber optimal ist die Situation trotz des guten Willens auch da nicht. Online-seminare leben von der Teilnahme am Gespräch. Wenn also ihre Nachbarin an einer Einführungsveranstaltung zur Phonetik teilnimmt und feststellen muss, ob ein Konsonant stimmhaft oder stimmlos ist, während Sie ein Referat über die Runensteine von Haithabu halten sollen, dann kommen Sie sich gegebenenfalls in die Quere.

An den Unis haben viele Dozentinnen und Dozenten schon vor offiziellen Vorgaben ihre Studierenden angewiesen, sich wieder auf Onlinelehre einzustellen, oder sie haben die Formate bereits ins Digitale verlegt. Wie es weitergehen soll, das ist vielen noch unklar. Wenn ich im Moment mit Studierenden rede, dann bringen sie mir in erster Linie Unsicherheit entgegen.

Ein paar Worte möchte auch ich noch zu den Lehrenden sagen. Was ist das Problem mit den Lehraufträgen an unseren Hochschulen? Der Gedanke hinter Lehraufträgen ist der, eine Verbindung zwischen Hochschullehre und Berufspraxis durch das besondere Wissen und die beruflichen Erfahrungen der Lehrbeauftragten zu ermöglichen. Lehrbeauftragte gelten in der Regel nicht als Beschäftigte an den Hochschulen, und Lehraufträge sollen eigentlich der Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs dienen und sind daher durch das Hochschulgesetz zeitlich befristet.

An künstlerischen Hochschulen haben wir eine besondere Situation, aber für die anderen Hochschulen gilt, dass Lehraufträge eigentlich nur vorübergehend zur Sicherung des Lehrangebots genutzt werden sollen, wenn dies inhaltlich oder aus Kapazitätsgründen geboten ist. Wir wissen aber, dass einige Lehrbeauftragte pro Semester mehrere Lehraufträge annehmen und dass viele, 2019 waren es 909 Personen, wiederholt Lehraufträge innehaben.

Wir sehen hier ohne Frage ein Ungleichgewicht, das so nicht sein soll. Der Verband Hochschule und Wissenschaft im DB Beamtenbund kritisiert ganz offen, dass durch die Vergabe von Lehraufträgen häufig nur eine echte Beschäftigung umgangen wird. Es ist vollkommen klar, dass hier korrigierend eingegriffen werden muss. Zwischen 4 % und 52 % der Lehre decken unsere Hochschulen durch Lehrbeauftragte ab. Die Vergütung von Lehrbeauftragten

ist währenddessen seit 2002 nicht gestiegen. 2017 und erneut 2019 hat der Landesrechnungshof empfohlen, die Vergütung der Lehrbeauftragten zu überprüfen und entsprechend anzupassen.

Wenn wir schon dabei sind: Die entsprechende Richtlinie muss unbedingt auch mit Blick auf die altertümliche Unterscheidung zwischen Lehraufträgen an Fachhochschulen und Universitäten angeglichen werden. Besonders an Fachhochschulen übernehmen Lehrbeauftragte eine Brückenfunktion in die angewandte Arbeit und bilden einen wertvollen und unentbehrlichen Bestandteil der Lehre. 2019 hat die Landesregierung erklärt, dass sie sich dieser Aufgabe widmen möchte. Wenn wir Lehrbeauftragte fragen, was sie seitdem davon mitbekommen haben, dann ist das weniger als gar nichts.

Lehrbeauftragte an Hochschulen in Schleswig-Holstein müssen besser bezahlt werden. Zu einem guten Studium gehört selbstverständlich eine gute Lehre, und die sollte aus Sicht des SSW auch eine gute Arbeit sein.

Ich möchte noch auf zwei inhaltliche Punkte im Koalitionsvertrag der neuen Ampel im Bundestag eingehen, die dann hoffentlich auch zustande kommen wird. Die darin enthaltenen Abschnitte zur wissenschaftlichen Bildung finde ich großartig. Diese zeigen nämlich, dass der Bund wieder in die Hochschulfinanzierung einsteigen möchte. Das finde ich richtig gut und wichtig, damit wir auch weiterhin unsere Grundhaushalte aufstocken können.

Da können Christopher Vogt und andere dann immer noch sagen: Hochschule, gebraucht das Geld sinnvoll, vor allem für die Bezahlung der Lehrbeauftragten! Was auch immer man dann machen wird, ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir künftig auch eine finanzielle Unterstützung vonseiten des Bundes bekommen.

Ich freue mich darüber, dass endlich eine Reform für das elternunabhängige BAföG kommen soll. Auch das finde ich großartig, den Bildungsteil ohnehin. Da sehe ich große schleswig-holsteinische Fußabdrücke. Ich freue mich, wenn dann endlich die entsprechende Umsetzung kommt. Insofern wünsche ich den drei an der Ampel Beteiligten, dass das auch etwas wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch einen kurzen Nachtrag zu den Bemerkungen des Kollegen Vogt.

Ich teile die Auffassung, dass die Hochschulen selbst auch mehr Aufmerksamkeit in Richtung Lehrbeauftragte richten müssen. Ich glaube, das ist richtig und sinnvoll. Ich glaube aber, wir sind in der Frage auseinander, wer das finanzieren muss. Wir haben mindestens sechs unserer staatlichen Hochschulen, die deutlich unterfinanziert sind. Da ist es nicht ganz fair, zu sagen, dass sie dieses dann bitte auch noch bezahlen sollen. Das können die nicht. Insofern muss ich sagen: Wenn sie das nicht können, dann kann man nicht sagen: „Kümmert euch darum und zahlt das bitte.“ Das werden sie nicht hinkriegen.

Zweitens möchte ich Ihnen einen Weg benennen, den Sie relativ schnell gehen können. Wir haben einen Erlass über Richtlinien zu Lehraufträgen aus dem Jahr 2008; den können Sie relativ schnell ändern. Das Wenigste, was Sie machen können, wäre eine politische Botschaft, die Vergütungsstufen und Vergütungssätze zu ändern. Das erste kann man relativ schnell machen. Weil Sie gerade sagen, Sie seien in den Beratungen: Dann beraten Sie dies doch zuerst und ändern Sie den Erlass! Dann wissen die Hochschulen bereits jetzt, wie der Rahmen aussehen soll und wohin die Reise geht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansträge in den Drucksachen 19/3325 und 19/3420 durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Landesregierung in der Drucksache 19/3368 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe dann die Tagesordnungspunkte 23 und 30 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Ausbildungsoffensive im Berufsfeld Erziehung starten - PiA-Ausbildung unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 19/3382

b) Rahmenbedingungen für Erzieherberufe zukunftssicher und attraktiv gestalten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/3419

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche gab es hier vor dem Landeshaus eine Demonstration, die auf den Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten aufmerksam machte. Wir erhalten wahrscheinlich alle ständig E-Mails von besorgten und verzweifelten Eltern, die uns von Gruppenschließungen aufgrund des Erzieherinnen- und Erziehermangels berichten. Und auch die Zeitungen sind voll vom Kitanotstand, der in den Einrichtungen beziehungsweise bei den Trägern dazu führt, dass man das fehlende Personal dort nicht mehr ersetzen kann.

Die gemeldeten offenen Stellen für Erzieherinnen und Erzieher wachsen bei der Bundesagentur für Arbeit von Jahr zu Jahr an. Wir haben durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und den Ausbau der Kitaplätze sowie durch den Ausbau der Ganztagschulen einen enormen Fachkräftebedarf.

Neben diesen Bereichen gibt es nicht nur bei den Kindertagesstätten, sondern in der gesamten Jugendhilfe unzählige Aufgaben, für die wir Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, benötigen. Wir müssen also dringend mehr tun, um Fachkräfte zu bekommen, um sie auszubilden und um sie im Beruf zu halten.

Soziale Arbeit, soziale Berufe brauchen eine angemessene Vergütung, die die hohen fachlichen Anforderungen an die Bildung und Erziehung der Kinder widerspiegelt.

(Beifall SPD und SSW)

Soziale Arbeit braucht gute Rahmenbedingungen, damit die Arbeitszufriedenheit wieder steigt. Das geht nur über höhere Personalschlüssel und auch

(Wolfgang Baasch)

genügend Vor- und Nachbereitungszeiten in den Kitas.

Für die Begleitung von Praktikantinnen und Praktikanten sowie Azubis braucht es ebenfalls entsprechend Zeit sowie eine Qualifizierung. Dies ist ganz besonders notwendig, weil diese Azubis beziehungsweise Praktikantinnen und Praktikanten ja die späteren Fachkräfte sind und nicht schon frühzeitig desillusioniert werden dürfen.

Übrigens ist der Fachkräftemangel beziehungsweise die Beseitigung des Fachkräftemangels eine Frage der Gleichstellung in unserer Gesellschaft. Soziale Arbeit und damit auch die Erziehungsarbeit sind überwiegend weiblich. Der Frauenanteil liegt bei knapp 75 %. Neben der Aufwertung von überwiegend weiblichen Berufen müsste eine aktive Nachwuchsförderung in diesem System richtig greifen. Wenn sie aber gleichstellungsmäßig richtig greifen soll, müssten auch Männer mehr und aktiver motiviert werden, um sich im sozialen Sektor ausbilden zu lassen und zu arbeiten.

(Beifall SPD und SSW)

Es bleibt festzuhalten: Eine Investition in Fachkräfte ist immer eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaats.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein sehr wichtiger Baustein für die Stärkung der sozialen Arbeit ist eine Vergütung der Ausbildung. Mit der Einführung der Praxisintegrierten Ausbildung, PiA, wurde dieser Weg beschritten. Eigentlich ist diese Ausbildungsform nur als eine Brücke gedacht gewesen, damit Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sich auf den Erzieherinnen- und Erzieherberuf bewerben können, sich ein wenig anlocken lassen, um vielleicht auch einen Ausweg aus anderen Berufen zu sehen. Aber die Menschen haben eigentlich mit den Füßen beziehungsweise mit den Anmeldezahlen abgestimmt: Diese Ausbildung ist sehr attraktiv geworden, eben auch, weil es eine Entlohnung gibt, wie auch in allen anderen Ausbildungsberufen selbstverständlich, die über das PiA-System bezahlt wird.

Einen Rückgang der Ausbildung im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher und der SPA-Ausbildung, wie er aktuell festgestellt ist, können wir uns überhaupt nicht leisten. Im Bereich der SPA-Ausbildung ist laut Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage ein Rückgang um 107 Schülerinnen und Schüler von einem Ausbildungsjahrgang zum nächsten zu verzeichnen. Im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ist das Ausbildungsminus noch wesentlich größer; dort gibt es 233 Schülerinnen

und Schüler weniger. Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig eine Ausbildungsinitiative im Erziehungsbereich ist.

(Beifall SPD und SSW)

Wir haben übrigens vor zwei Jahren einen Antrag mit vielen Ideen zur Reformierung der Ausbildung eingebracht. Dieser liegt seit nunmehr zwei Jahren im Bildungsausschuss, und nichts passiert! Da haben wir auch das Thema der dualen SPA-Ausbildung aufgegriffen, das Sie nun nach dem Text Ihres Antrags, liebe Koalition, prüfen wollen.

Die bezahlte PiA-Ausbildung ist ein Weg, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Grundsätzlich braucht es eine Ausbildung im Erziehungsbereich, die vergütet wird. Diese grundsätzliche Reform der Ausbildung muss vom Land und vom Bund aufgegriffen werden. Ich bin sehr froh, dass im gestern vorgelegten Koalitionsvertrag der Satz enthalten ist:

„Gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren entwickeln wir eine Gesamtstrategie, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern, und streben einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung an. Sie soll vergütet und generell schulgeldfrei sein.“

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ich hoffe sehr darauf, dass dieses bald gelingt. - Vielen Dank.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Fachpersonal in den Kitas in Schleswig-Holstein bemängelt seit einiger Zeit schon die personelle Situation in den Einrichtungen, vor allem im pädagogischen Bereich. Sie wünschen sich bessere Qualitäts- und damit bessere Arbeitsbedingungen, verbunden mit einer besseren Personalausstattung für die Erzieherinnen und Erzieher und

(Katja Rathje-Hoffmann)

auch die Sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten.

Mit dem KiTa-Reform-Gesetz, das seit Januar dieses Jahres vollumfänglich in Kraft getreten ist, haben wir diesem Wunsch der Fachkräfte entsprochen und den bisherigen Fachkraft-Kind-Schlüssel von bislang 1,5 pädagogischen Fachkräften auf nun zwei pädagogische Fachkräfte pro 20 Kinder angehoben. Diese Erhöhung verhilft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im pädagogischen Bereich zu mehr Zeit für das Kind und führt damit auch zu mehr Qualität in der Arbeit und zu einer besseren Betreuung.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Genau das haben alle, die dort arbeiten, gefordert. Mit diesem Gesetz haben wir erstmals in Schleswig-Holstein gesetzliche Standards in diesem Berufsfeld gesetzt. Diese Standards tragen dazu bei, dass es Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung gibt und damit auch die Arbeitsqualität der Beschäftigten steigt.

Unser Ziel ist es, den Arbeitsplatz Kita dadurch attraktiver zu gestalten, um mehr Menschen - Männer und Frauen - für diesen Beruf zu gewinnen und diese auch möglichst lange im Beruf zu halten. Qualitätssteigernde, bessere Betreuungsschlüssel mit zwei Fachkräften pro Gruppe mit 20 Kindern, also kleinere Gruppen, sind erstmals normiert worden. Feste Vor- und Nachbereitungszeiten für jede Fachkraft in der Kita sind auch erstmals festgelegt worden. Festgelegt wurde die Leitungsfreistellung und die Freistellung ihrer Stellvertretung. Neu ist auch der im Gesetz geregelte Anspruch auf Qualitätsmanagement und pädagogische Fachberatung.

Das ist nun der lang gewünschte Standard in allen Kitas im Land. Trotzdem gibt es einen Fachkräftemangel. Den können und wollen wir nicht wegdiskutieren. Hier hilft die neue, gesetzlich mögliche Flexibilität in der Personalausstattung vorerst weiter. Es ist nämlich durchaus möglich, den Personalschlüssel zeitlich auf 7,5 Wochen begrenzt um 15 % pro Gruppe zu unterschreiten. Außerdem ist es möglich, bei dauerhaften Personalengpässen auf Antrag eine temporäre Ausnahmegewilligung für den bis zum letzten Jahr gültigen Personalschlüssel von 1,5 Fachkräften zu beantragen. Dieses gilt für die ganze Übergangszeit des KiTa-Reform-Gesetzes bis 2025. Das bedeutet aber auch, dass wir große Anstrengungen unternehmen müssen und werden, Fachkräfte zusätzlich bedarfsgerecht auszubilden. Die Praxisintegrierte Ausbildung zur Er-

zieherin oder zum Erzieher wollen wir künftig weiter fördern.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der schulische Ausbildungsteil findet in den RBZ oder BBZ, den Beruflichen Bildungszentren, statt. Waren es zunächst nur sechs Bildungsstätten, so sind es jetzt bereits elf Bildungsstätten, an denen die PiA-Ausbildung stattfindet. - Meine Damen und Herren, es müssen noch mehr werden.

Eine multiprofessionelle Arbeitsgruppe plant den weiteren Ausbau dieser Berufsausbildung und vergleichbar die Ausbildung der Sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten. Diese zusätzlichen Ausbildungsstränge haben erfreulicherweise dazu beigetragen, dass die langen Wartelisten an den Fachschulen komplett abgebaut wurden und 50 % mehr Fachkräfte ausgebildet worden sind. Außerdem sind Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteigende geplant, die auch fachfremden Berufsgruppen die Möglichkeit einräumen, durch Qualifizierungsmaßnahmen im pädagogischen Bereich einer Kita zu arbeiten. Dies regelt die neue Personalqualifikationsverordnung für Erst- und Zweitkräfte in der Kita.

Mit all diesen Maßnahmen werden wir es schaffen, den bestehenden Engpass zu überwinden. Das heißt auch: Wir müssen ausbilden, ausbilden, ausbilden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Kita ist nicht nur ein Gebäude oder ein Waldstück. Sie lebt von den Menschen, die die Kita zum Leben erwecken, bunten Teams, die eine Kita zu dem machen, was sie ist:

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

ein Ort frühkindlicher Bildung, ein Ort, an dem die Grundlagen für Bildungsgerechtigkeit in diesem Land gelegt werden.

In unseren Kitas haben wir zurzeit 850 unbesetzte Stellen. Klar ist auch: Durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 werden wir in den kommenden Jahren erheb-

(Ines Strehlau)

lich mehr Fachkräfte brauchen. Dafür braucht es ein ganzes Maßnahmenpaket. Wir müssen die Arbeitsplätze attraktiver machen. Da haben wir ein Henne-Ei-Problem. Es ist richtig, die Kitas mit mehr Personal auszustatten, also pro Kind mehr Erzieherinnen- und Erzieherstunden festzulegen, mehr Vorbereitungszeiten, mehr Fortbildung, mehr Zeiten für Qualitätsentwicklung. Das ist wichtig, weil viele Menschen nur wenige Jahre im Job bleiben. Ja, mehr Personal und kleinere Gruppen erhöhen den Personalbedarf, aber sie sorgen eben auch dafür, dass diejenigen, die wir haben, im Beruf bleiben.

Deshalb ist es gut, dass wir im Kitagesetz die Mindeststandards festgelegt haben. Ich bin der Meinung, dass wir diese zum Beispiel für die Anleitung von Auszubildenden, vor allem aber im Bereich Inklusion noch weiter ausbauen müssen. Nicht die Kitareform ist das Problem, das den Fachkräftemangel schafft, sondern sie ist ein Baustein, um ihm zu begegnen. Hier haben wir mit der SPD einen klaren Dissens.

Aber natürlich müssen wir auch mehr Menschen für die Ausbildung gewinnen. Es ist also gut, dass der Bundeskoalitionsvertrag eine bezahlte Ausbildung zum Ziel hat. Ich hoffe, dass dahinter auch eine Bundesfinanzierung steht und keine Absenkung der Standards. Das Motto des DRK - die Besten für die Jüngsten - unterstütze ich ausdrücklich.

Unser Antrag macht deutlich, dass wir uns im Land an unsere Hausaufgaben gemacht haben. Wir werden hier mit dem Haushalt 2022 noch einen Schritt weitergehen. Wir stehen finanziell zu unserer Verantwortung, die Praxisintegrierte Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher zu unterstützen, das entlastet auch die Kitaträger und letztlich die Kommunen, die viele PiA-Stellen fördern.

Die Fachschulen haben ihre Schulplätze ausgeweitet, zur Ausbildung von Lehrkräften wurden Studienkapazitäten geschaffen. Auch der Quereinstieg und die Weiterqualifizierung werden erheblich gefördert. Ziel muss es sein, dass alle Menschen, die in diesem Land unsere Kinder ausbilden möchten, dafür auch eine Qualifizierung bekommen.

Wir wissen, dass wir in vielen Berufsfeldern einen Fachkräftemangel haben und dass alle um die junge Generation buhlen. Wir haben es in der Debatte heute Morgen schon gehört. In meiner Jugend war es andersherum.

Also: Erst einmal ist das Signal an die jungen Leute gut: Wir brauchen euch! Es ist aber auch klar, dass der Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern ein Folgeproblem auslöst. Wie oft erleben wir

auf Veranstaltungen oder auch in unserem Umfeld gerade Pflegekräfte oder auch Menschen im Servicebereich, die ihren Beruf nicht ausüben können, weil ihnen die flexible Kinderbetreuung fehlt! Deshalb muss der Fachkräftemangel in diesem Bereich ein besonderes Augenmerk bekommen. Ich richte daher auch einen Appell an diese Landesregierung, sich ressortübergreifend mit diesem wichtigen Thema zu befassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen, die mit unseren Kleinsten arbeiten - ob in der Kita oder in der Kindertagespflege -, leisten eine unverzichtbare Arbeit. Gerade in dieser Zeit der Pandemie haben sie sich oft nicht genügend wahrgenommen gefühlt. Sie unterliegen auch heute noch einem großen Ansteckungsrisiko. Sie helfen Kindern, die oft traumatisierenden Auswirkungen der langen Schließung zu überwinden. Sie helfen dort, wo das Elternhaus nicht genügend helfen kann.

Ich freue mich, dass die Eltern in der letzten Woche vor diesem Haus ihre Solidarität mit den Kitafachkräften gezeigt haben. Ich bin mir sicher, dass sie auch die heutige Debatte als Zeichen der Wertschätzung und als Signal empfinden werden, dass alle Parteien in diesem Haus den dringenden Handlungsbedarf verstanden haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vater, der seine Tochter jeden Tag in die Kita bringt, bin ich bei dem Thema persönlich betroffen; insofern rede ich gern hierzu.

Mein Dank geht zunächst an unsere Erzieherinnen und Erzieher sowie an die Sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten im Land, die Tag für Tag mehr leisten, als nur auf die Kinder aufzupassen. Sie bereiten die Kinder auf die Zukunft vor, sie bilden sie aus, sie fördern sie. Mit viel Herz und mit viel Kreativität leisten sie ihre wichtige Arbeit, sodass wir Eltern unserer eigenen Arbeit nachgehen können, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, weil wir unsere Liebsten in dritte Hände geben. Vielen Dank für die Arbeit in den Einrichtungen!

(**Oliver Kumbartzky**)

(Vereinzelter Beifall)

Für uns Freie Demokraten ist Kinderbetreuung keine zeitlich befristete Aufbewahrungsmöglichkeit unserer Kinder, sie ist frühkindliche Bildung und somit der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben.

Meine Damen und Herren, den Schritt in die Eigenständigkeit zu gehen, ist für jeden Menschen unumgänglich. Damit dieser möglichst gut funktioniert, müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Einen Moment, Herr Abgeordneter. - Es ist sehr laut im Saal. Ich bitte Sie, etwas ruhiger zu sein und dem Redner zu lauschen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Damit das gut funktioniert, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören ein intaktes Elternhaus und - da wir heute immer mehr Doppelverdienerhaushalte haben - natürlich auch eine gut ausgestattete Kita oder Kindertagespflege mit hochqualifiziertem Personal, und über das Personal reden wir heute.

Der Fachkräftemangel, der schon mehrfach erwähnt worden ist, ist in vielen Wirtschaftsbereichen angekommen; leider bildet die frühkindliche Bildung dabei keine Ausnahme.

Ja, wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher. Ja, wir brauchen mehr Menschen, die sich für eine PiA-Ausbildung begeistern lassen. Mit der Kitareform haben wir den ersten Schritt hin zu mehr Qualität durch bessere Personalschlüssel und damit mehr Entlastung der vielen fleißigen Personen in den Kindertagesstätten sowie der Tagespflege gemacht.

(Beifall FDP und CDU)

Jamaika hat mit der Kitareform wirklich geliefert. Aus der Vorgängerkoalition ist mir nur der Krippen-Hunderter in Erinnerung geblieben, der eigentlich zu Mehrkosten führte. Ich will jetzt gar nicht darauf herumreiten, sondern darauf hinweisen, dass Jamaika mit allem am Kitasystem Beteiligten einen Neuanfang, einen Fortschritt gewagt und von Qualitätsverbesserungen nicht nur gesprochen, sondern diese im Gesetz verankert hat.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, gern.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank, Herr Kumbartzky. Wenn Sie ein so vorausschauendes Gesetz beschlossen haben, warum haben Sie dann die Ausbildung der dringend benötigten Fachkräfte aus dem SQKM herausgelassen?

- Das ist eine gute Frage; da bin ich überfragt. - Ich nehme den Publikumsjoker, Herr Habersaat.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung der Abgeordneten Rathje-Hoffmann?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr gern.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Vielen Dank, Herr Kumbartzky. Die Aussage des Kollegen eben stimmt so nicht. Ab dem zweiten Lehrjahr wird die PiA-Ausbildung im SQKM berücksichtigt, nicht als volle Stelle, aber analog zum Anteil ihrer Arbeit in der Kita.

(Vereinzelter Beifall CDU - Unruhe)

- Sehen Sie, Herr Habersaat, die Antwort war also richtig. Danke schön.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe - Birgit Herdejürgen [SPD]: Nimmst du a, b oder c?)

- Ich nehme die Antwort, die gegeben worden ist. Es gibt gleich ein kleines Geschenk.

Ich möchte noch einmal entscheidende Punkte der Kitareform erwähnen: Fachkraftschlüssel von 2,0, maximale Regelgruppengröße von 20 Kindern - in Ausnahmen 22 -, Vor- und Nachbereitungszeiten, erstmals verlässliche Schließzeitregelungen. Das sind alles gute und wichtige Punkte. Anders als von der SPD suggeriert, stellt die Kitareform ein Qualitätsgesetz dar, dessen Anspruch es ist, die Kitalandchaft im Land zu ordnen und aufzuwerten.

Davon profitieren die Eltern, die Kommunen und - last, but not least - auch die Erzieherinnen und Erzieher sowie die PiA-Kräfte in den Einrichtungen.

(Oliver Kumbartzky)

Ihre Arbeitsbelastung wurde durch die Reform endlich definiert und damit begrenzt. Die genannten Maßnahmen machen den Beruf dadurch attraktiver als vorher. Anders gesagt: Das neue Kitagesetz sorgt für eine Attraktivierung der hier arbeitenden Berufsgruppen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch wenn wir unsere Bemühungen, weitere Fachkräfte anzuwerben, in den kommenden Monaten und Jahren weiter steigern müssen, ist doch klar, dass Jamaika begonnen hat, diesen Weg ernsthaft zu gehen.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur PiA-Ausbildung: Die Förderung der Praxisintegrierten Ausbildung war uns bereits bei der Konzeption des neuen Kitagesetzes ein hohes Anliegen, so natürlich auch heute. Daher bekräftige ich hier noch einmal die Aussage des vorliegenden Antrags zur weiteren Förderung dieser Form der Ausbildung und bitte, unserem Antrag zuzustimmen.

Klar sollte jedoch auch sein, dass der Fachkräftemangel ein bundesweites Problem darstellt. Hier bedarf es bundesweiter Bemühungen. Da verweise auch ich auf die wirklich sehr guten Passagen im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition. Ich werde dem Koalitionsvertrag zustimmen, bitte Sie, heute unserem Antrag zuzustimmen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, was die Eltern, die letzte Woche vor dem Landtag demonstriert haben, zum vorliegenden Antrag der regierungstragenden Fraktionen gesagt haben. Viele Kitaeltern sind sehr besorgt, dass sie politische Versäumnisse ausbaden und in den nächsten Jahren mit unzuverlässiger oder - was noch schlimmer ist - fehlender Kitabetreuung rechnen müssen. Diese Eltern haben demonstriert, weil sie handfeste Maßnahmen und eine Ausbildungsoffensive fordern, die ihren Namen zu Recht trägt, eine Offensive, die merkbare Effekte hat. Die regierungstragenden Fraktionen bieten in dem zweiseitigen Antrag allerdings herzlich wenig Konkretes an.

Ich hoffe, dass der neue Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Es geht um die Dualisierung der SPA-Ausbildung und die Identifizierung von Hürden, das elternunabhängige BAföG. Bisher bekommt man ja kein Geld für diese Ausbildung.

Auch ich habe mir den Koalitionsvertrag ein bisschen zu Gemüte geführt. Auf Seite 99 steht, dass es „einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung“ geben soll. „Sie soll vergütet und generell schulgeldfrei sein.“ Ich hoffe, dass das Wort „generell“ gestrichen wird und die Ausbildung tatsächlich schulgeldfrei wird.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Denn wir brauchen SPA und PiA, um die Offensive hinzukriegen. Wir - das Land und die kommunalen Träger - sind diejenigen, die die Menschen brauchen. Insofern kann es nicht angehen, dass sie für so eine wichtige Ausbildung auch noch Geld bezahlen müssen.

Diese krasse Ungerechtigkeit gibt es schon seit vielen Jahren im Erzieherberuf, und sie hält viele Menschen davon ab, diesen Beruf zu ergreifen, weil sie sich die Ausbildung nicht leisten können. Insofern wäre das eine richtig gute Änderung und eine Perspektive für die PiA- und SPA-Ausbildung.

Inzwischen haben einige Kommunen konkrete Maßnahmen vorgelegt. In meinem Wahlkreis hat beispielsweise die Gemeinde Rieseby eine SPA-Stelle eingerichtet, um als Kitaträger die Dorfentwicklung voranzubringen. Ich empfinde das als ein richtig tolles, wunderbares Vorbild, das Eltern von kleinen Kindern wirklich eine messbare Unterstützung gewährt. Nur mittels Fachkräften kann nämlich eine qualitative Unterstützung von Kindern aufrechterhalten bleiben. Als die Gemeinde Risby diese Ausbildungsstelle inseriert hat, gab es unendlich viele junge Menschen, die sich auf diese Stelle bewerben wollten.

Die Möglichkeit, auch im ländlichen Raum eine Ausbildung zur SPA zu machen, ist richtig gut. Die Kommune als Träger der Kita schnackt nicht lange, sondern macht das. Die Kommune sieht, dass man die Möglichkeit hat, Ausbildungsplätze für junge Menschen anzubieten. Insofern finde ich: Das ist ein richtig gutes Beispiel.

Bei dem Jamaika-Antrag irritiert mich Folgendes: Wir brauchen Tarifverträge in genau diesem Bereich, damit der Beruf nicht länger ein Zuverdienerinnen-Frauenberuf bleibt, sondern existenzsichernde Löhne ermöglicht. Wer zum Beispiel in Kiel arbeitet, muss sich die Kieler Mieten leisten können.

(Jette Waldinger-Thiering)

Bei vielen Kitaerzieherinnen klappt genau das nicht. Existenzsichernde Löhne sind ein Grundpfeiler für die Attraktivierung des Berufsfeldes Erziehung.

(Beifall Stefan Bolln [SPD])

Wir brauchen daher eine vergütete Ausbildung vom ersten Tag an, so wie es der SPD-Antrag fordert. Alles andere ist Selbstausbeutung und macht den Beruf langfristig völlig unattraktiv. Die Rahmenbedingungen im Berufsfeld Erziehung stimmen hinten und vorne nicht. Das müssen die regierungstragenden Fraktionen endlich anerkennen. Deshalb lehnen wir ihren Antrag ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann das alles hier nicht so stehen lassen. Man streiche das Wort „Pflege“ und setze das Wort „Kita“, und man hat genau die gleichen Probleme. Wir haben in den sozialen Berufen die gleichen Probleme: geringere Wertschätzung, geringeres Einkommen, schlechte Rahmenbedingungen, die die Leute frustriert nach Hause gehen lassen. Das ist in beiden Berufen so. Das ist in der Pflege so, das ist im Kitabereich so.

Symbolisch dafür ist der heutige Mittag. Wäre auch nur einer von Ihnen rausgegangen! Die Landesregierung, die Zuständigen, die heute Mittag angesprochen worden sind, sind leider auch jetzt wieder nicht da. Übrigens ist keiner von der Landesregierung heute Mittag draußen gewesen und hat mit den Auszubildenden geredet. Das finde ich ziemlich traurig. Die SPD war gut vertreten,

(Claus Schaffer [AfD]: Wir auch!)

aber die Regierung war angesprochen. - Ja. - Da wurde sehr deutlich, wie grotesk es ist. Da stehen draußen Auszubildende in der Pflege, die ihre Kinder vor Schichtbeginn in der Kita abgeben. Die Auszubildenden sind angesichts der Rahmenbedingungen, die sie haben, schon so frustriert, gestresst und belastet, dass sie schon während der Ausbildung überlegen, den Beruf aufzugeben. Allein das ist eine Katastrophe.

Dann geben sie ihre Kinder in die UKSH-Kita, wo genauso viele frustrierte Erzieherinnen und Erzie-

her und Auszubildende arbeiten. Sie haben die gleiche Überlegung, nämlich den Beruf aufzugeben. Wohlgemerkt: in meinem eigenen Haus. Im UKSH könnte man von dieser Seite aus etwas regeln. Das alles bleibt aus. Das wird nicht einmal gehört. Den Demonstrierenden wird nicht einmal so viel Respekt entgegengebracht, dass man sich heute Mittag dieser Diskussion gestellt hätte.

Sie haben es bei der Kitareform versäumt - das können wir Ihnen wieder und wieder vorhalten, und das tun wir auch; wir haben von Anfang an gesagt, dass das ein Fehler ist -, die Ausbildung mitzudenken. Hätten Sie sie mitgedacht, hätten Sie die PiA-Ausbildung von Anfang an mitfinanziert, hätten wir jetzt, nach drei Jahren, den ersten Schwung neuer Auszubildender am Start. Aber nein, Sie haben die Ausbildung nicht mitgedacht, Sie haben sich strikt geweigert.

Wie gesagt, es ist die gleiche Problematik wie bei der Pflege. Wir müssen uns, wenn wir unseren Kindern einen guten Start geben wollen, anstrengen, den Erzieherinnen und Erziehern einen guten Start in die Ausbildung zu geben, aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen.

Wir brauchen einen Pakt für die sozialen Berufe. Das können wir auf Landesebene anfassen. Ich vermisse sämtliches Interesse dieser Landesregierung an den sozialen Berufen. - Danke schön.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Mit der Kitareform haben Sie Ihr vermeintliches Meisterstück vorgelegt; und nun stellen wir fest, dass die Kinder, die Eltern, die Erzieherinnen und Erzieher in der Kindertagesstätte - in den Sümpfen der Traurigkeit - über diese Reform gar nicht begeistert sind. Wir haben hier schon mehrfach einen der Gründe genannt, nämlich dass Sie allen alles versprochen haben. Sie haben den Eltern Entlastung versprochen, Sie haben den Kommunen Entlastung versprochen, und Sie haben den Erzieherinnen und Erziehern Entlastung versprochen. Je nach Standort ist tatsächlich nur eine Gruppe entlastet worden.

Bei der Ausbildung haben wir exemplarisch einen weiteren Punkt, an dem sich sehen lässt, warum

(Martin Habersaat)

diese Reform vor Ort für wenig Begeisterung sorgt. Frau Rathje-Hoffmann, ich konnte als Publikumsjoker keine Nachfrage stellen; deswegen habe ich mich gemeldet. Ja, Sie haben die PiA-Ausbildung insofern aufgenommen, als PiA-Auszubildende im zweiten Lehrjahr in den Fachkräfteschlüsseln aufgenommen werden. Aber die Finanzierung dieser Kräfte taucht im Kitagesetz überhaupt nicht auf. Das ist eine versteckte Zusatzlast entweder für die Kommunen oder für die Träger. Irgendwo muss das Geld für die Auszubildenden ja herkommen. Das ist eine große Lücke in Ihrem System.

Die zweite Schwierigkeit: Sie haben - wie Sie immer wieder sagen - Mindeststandards festgelegt. An allen Kitas, die ich bisher besucht habe und in denen ich über das Gesetz gesprochen habe, wurde mir gesagt, dass die Vorbereitungszeiten vorher besser waren, als jetzt in Ihrem Gesetz festgelegt. Das muss - das gestehe ich Ihnen ein - irgendwo im Land auch Kitas geben, in denen die Vorbereitungszeiten schlechter waren. Aber die Kitas, die ich besuche, beklagen sich darüber, dass die Arbeitsbedingungen schlechter geworden sind und dass es sich jetzt schlechter arbeiten lässt.

Dem Minister, der gleich spricht, möchte ich einen dritten Punkt fragend mit auf den Weg geben. Frau Strehlau hat die ressortübergreifende Zusammenarbeit angesprochen. Das wünsche ich mir auch. Wir haben im Bildungsausschuss einen Bericht von Bildungsministerin Prien über die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern im Land zur Kenntnis genommen. Da wurde über die PiA-Ausbildung von SPA in Flensburg berichtet. Wir haben es für eine gute Nachricht gehalten, dass SPA im PiA-Modell in Flensburg ausgebildet werden. In der Kleinen Anfrage meiner Kollegen Baasch und Pauls wird das auch abgefragt. Da heißt es: Das gibt es in Flensburg gar nicht. - Vielleicht können Sie das klarstellen und uns sagen, welches der beiden Häuser sich geirrt hat. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Lieber Kollege Habersaat, es ist einfach nicht wahr. Im SQKM sind Gehaltsbestandteile für die Auszubildenden hinterlegt, und zwar für das zweite und für das dritte Lehrjahr. Da haben

Sie nicht recht. Das müssen Sie einmal genau lesen. Das ist hinterlegt. Das ist etwas schwierig aufzudecken, das gebe ich zu, aber wir haben die Ausbildungsbeiträge - wenn auch nicht komplett, so doch anteilig - hinterlegt.

Meine Damen und Herren, natürlich geht immer mehr. Ich finde es auch toll, wenn es beste Bedingungen gibt und die Leute richtig viel Geld bekommen. Wir haben das erstmals normiert. Vorher gab es gar nichts. Jeder konnte machen, was er wollte. Ich habe einmal eine Kleine Anfrage gestellt, wie die Vor- und Nachbereitungszeiten geregelt sind. Da gab es nichts. Jetzt gibt es etwas, nämlich den Durchschnitt. Man kann auch darüber gehen, wenn man das als Träger bezahlen möchte. Diese Möglichkeit hatte man vorher auch.

Es ist erstmals eine Linie eingezogen. Sie zeigt, dass der Standard gut ist. Das andere wird sich zeigen. Wenn man mehr geben will, kann man auch mehr geben.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pauls?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja, klar.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Warum denn nicht das erste Jahr - die Freistellung, die Sie eben angesprochen haben -, und warum kommt das bei den Leuten nicht an? Das, was Sie hier in den Himmel loben, kommt in den Kitas überhaupt nicht an. Reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort.

- Ich rede mit den Leuten - -

Heute Abend findet ein Parlamentarischer Abend der Eltern statt. Sie werden vielleicht dabei sein; ich weiß es nicht. Aber auch die Demonstration in der letzten Woche vor der Tür war doch eindringlich. Auch die Erzieherinnen und Erzieher waren mit dabei.

Reden Sie doch einmal mit den Leuten, und erklären Sie den Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

- Frau Pauls, in Schleswig-Holstein gibt es 1.800 Kitas. So viele Leute waren das draußen vor der Tür nicht.

(Beifall CDU und FDP)

(Katja Rathje-Hoffmann)

Ich sage Ihnen: Sie müssen auch einmal mit den Eltern und Kitaträgern reden, die zufrieden sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die sagen, diese Reform ist gut; denn wir haben unsere Standards hochgesetzt.

(Birte Pauls [SPD]: Wo sind sie denn? Mir ist noch keiner begegnet!)

- Es gibt immer Ausschläge nach oben und auch welche nach unten. Die meisten die ich kenne - vielleicht bewegen wir uns in verschiedenen Sozialräumen -, sind damit zufrieden und sagen: Endlich ist das mal gemacht worden!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die beste Gelegenheit, darüber zu reden, ist tatsächlich der heutige Parlamentarische Abend. Ich bin dabei. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns zunächst die Gemeinsamkeiten feststellen. Ich glaube, allzu weit liegen wir gar nicht auseinander.

Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, was die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in diesem Land angeht. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Es ist Bedarf vorhanden, es ist „urgent“, auch wenn wir in dem Bereich der Kinderbetreuung heute - das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen - so viele Menschen beschäftigen wie nie zuvor in diesem Land. Allein gegenüber dem Jahr 2011 ist die Tätigkeit für frühkindliche Bildung in diesen Berufen um 51 % gewachsen. Das hat mit dem veränderten gesellschaftlichen Anspruch, mit dem Anspruch auf einen Kindergartenplatz, zu tun. Aber das bedeutet auch, dass man insoweit etwas nachführen muss, was aber so schnell nicht möglich ist.

Zu fragen ist, wie wir in einer Situation des Fachkräftemangels in vielen Bereichen gerade für diesen

Bereich der Erzieherinnen und Erzieher etwas tun können. Das betrifft aus meiner Sicht zwei Themen.

Das eine - das hat Frau Rathje-Hoffmann gesagt - sind die Rahmenbedingungen. Diese sind nun einmal so, dass, wer einen Job machen soll, der mit übergroßen Gruppen und einem völlig irren Tag zu tun hat, fragt: Warum soll ich mir das antun? Also war es wichtig, bei der Kitareform die Rahmenbedingungen anzufassen. Frau Strehlau hat zu Recht gesagt, dass das ein Henne-Ei-Thema ist, weil man damit einen erhöhten Personalbedarf schafft, wobei man den gegenwärtigen in Wahrheit schon nicht decken kann.

Das hat allerdings dazu geführt, dass wir in der Kitareform auch einen Anpassungsschlüssel vorgesehen haben, mit dem - ich sage einmal - der Stellen-schlüssel von zwei Fachkräften auf die entsprechende Gruppengröße bis zum Jahr 2025 hinausgezögert werden kann, damit wir in diesem Bereich nachsteuern können. Logisch war, dass das natürlich ein Punkt ist.

Logisch war aber auch, liebe Frau Pauls, dass man bei der Kitareform durchaus gefragt hat, wie wir es schaffen, dass mehr Menschen diese Ausbildung absolvieren, sodass mehr Personal zur Verfügung steht. Deshalb ist gemeinsam mit der Kitareform auch die Finanzierungsmöglichkeit der PiA über den entsprechenden Personalschlüssel geregelt worden. Die im zweiten und im dritten Ausbildungsjahr befindlichen Erzieherinnen und Erzieher können über einen entsprechenden Schlüssel finanziert werden. Es ist ein Stück weit das Schaffen zusätzlicher Attraktivität, dass eine vollschulische Ausbildung nunmehr in eine praktische und eine schulische Ausbildung überführt wird. Das erweist sich - da hat Herr Baasch völlig recht - als richtig, weil es angenommen wird und weil die Wertschätzung für solche Berufe auch durch die Vergütung ausgedrückt wird.

Was Sie allerdings nicht erwähnt haben, Frau Pauls und Herr Baasch, ist die Tatsache, dass sich im Jahr 2020 Ihre damalige Bundesfamilienministerin, Frau Giffey, vorzeitig - vorzeitig! - aus der PiA-Finanzierung herausgezogen hat. Um in dieser PiA zu bleiben, mussten wir die Bundesmittel durch reine Landesmittel ersetzen. Das haben wir getan,

(Beifall FDP und CDU)

und das war gut und richtig so. Das war für die Landesregierung ein gewaltiger Kraftakt, vor dem Hintergrund, dass eine Bundesförderung eigentlich längerfristig hätte gewährt werden können und aus meiner Sicht auch hätte gewährt werden müssen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Herr Habersaat, nur damit wir das jetzt auch klären: Diese Anrechnung der Kräfte über das SQKM, das Standardqualitätskostenmodell - das ist auch so eine Superworthülse! - heißt: Die Landesmittel fließen in dem Augenblick, in dem jemand im zweiten und dritten Lehrjahr als zweite Kraft geführt wird. Warum das nicht direkt in das SQKM eingeflossen ist, ergibt sich automatisch: weil nicht alle Träger bei PiA mitmachen. SQKM ist eine Grundsatzförderung, eine Förderung, die pauschaliert ist. Würde man die Pauschale an alle auskehren, dann würde man auch an all jene auskehren, die als Einrichtungsträger gar keine PiA machen. Richtig war es deshalb, Herr Kollege Habersaat - -

(Martin Habersaat [SPD] läuft durch den Plenarsaal)

- Es ist gut, dass Sie sich das verkneifen.

(Heiterkeit)

Ich erkläre es gern noch einmal. Richtig war es deshalb, über eine Förderrichtlinie dafür zu sorgen, dass jene, die PiA anbieten, auch tatsächlich mit der entsprechenden Förderung rechnen können. Deshalb war es richtig, es über die Förderrichtlinie zu machen und gerade nicht im SQKM anzulegen.

(Birte Pauls [SPD]: Dann lesen Sie doch mal nach!)

- Frau Pauls, im Ergebnis können wir, so denke ich, an den Rahmenbedingungen schrauben. Das haben wir jetzt gemacht. Ich glaube in der Tat, dass Frau Strehlau völlig recht hat mit dem Satz, unser Problem liege nicht in der - -

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht nur mit dem Satz!)

- Nicht nur mit dem Satz; das stimmt; aber damit allemal, dass unser Problem bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher nicht in der Kitareform, sondern darin liegt, ob wir in der Lage sind, ein komplett vergütetes Modell zu schaffen.

Daher bin ich außerordentlich dankbar, dass das jetzt genauso im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, liebe Frau Midyatli, das steht darin, und ich bin sehr dankbar dafür. Aber das bedeutet auch, dass klar sein muss, dass die Länder das alleine finanziell nicht stemmen können. Das heißt, es wird nur dann möglich sein, wenn diese Aussage auch mit

den entsprechenden Finanzmitteln aus Berlin hinterlegt wird.

(Tobias Koch [CDU]: Das hätten Sie ja reinschreiben können!)

Das ist in der Tat etwas, bei dem man sagen muss - -

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da geht es um das Geld!)

- Warten wir einmal ab. Dann geht es um das Geld, um diese vergütete Ausbildung tatsächlich zu schaffen.

Ich sage für meinen Teil: Ich halte es für richtig, dies zu tun, und ich sehe auch im Koalitionsvertrag die Absicherung. Denn wenn man so etwas dort hineinschreibt, dann will man das ja auch wirklich finanzieren und die Finanzierung nicht den Ländern überlassen. Darin ist zwar von einer gemeinsamen Absprache mit den Ländern und von einem gemeinsamen Rahmen die Rede, es muss aber hinterlegt sein, damit wir es machen können.

(Wortmeldung Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine - -

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich glaube, dass die Zukunft der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher nicht einseitig nur in einer dualen Ausbildung liegt. Es gibt viele Wege, zur Erzieherin oder zum Erzieher zu werden. Aber in der Tat hat die Attraktivität der ersten Ausbildungsjahre auch wesentlich mit der Vergütung zu tun. Deshalb finde ich, dass das Thema der Vergütung außerordentlich wichtig ist.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Gern, Frau Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. Zunächst eine Vorbemerkung.

Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und die SPA sind Ländersache. Es ist

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

großartig, dass der Bund bei PiA mithilft. Sehen Sie sich einmal unseren früheren Antrag an. Wie viele Jahre ist das her, Wolfgang?

(Wolfgang Baasch [SPD]: Zwei!)

- Zwei oder drei Jahre. Nun hat es unser Antrag - jetzt können wir ja öffentlich darüber reden - fast wortgleich in den Koalitionsvertrag geschafft, weil mir das hier zu lange gedauert hat.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt ist eine Vergütung für die SPA vorgesehen.

Ein Weiteres haben wir vereinbart: Die PiA kranke bisher daran, dass zwei Jahre bezahlt worden sind und das letzte Jahr dann vom Träger übernommen wurde. Jetzt wird die Finanzierung auch für das letzte Jahr übernommen. Das ist großartig, weil uns das hier im Land sehr viel helfen wird. Dennoch müssen wir natürlich auch unseren Beitrag dazu leisten.

Ich möchte feststellen, dass bei der Kitareform nie eine Fachkräfteoffensive mitgedacht worden ist. Wir haben das von Anfang an kritisiert. Wir haben das von Anfang an mit eingebracht, und zu keinem Zeitpunkt ist gesagt worden, es passe nicht ins SQKM. Unabhängig von der Kitareform hätte man eine Fachkräfteoffensive voranbringen müssen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir weitere Wege gehen müssen. Deshalb steht auch im Koalitionsvertrag, dass wir nicht nur horizontale, sondern auch vertikale Ausbildungsberufe angehen wollen. Wir hatten ja ein bisschen Platzmangel, deswegen musste man das so formulieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir das mit der Ampel im Bund in einer gemeinsamen Kraftanstrengung hinbekommen und es schaffen werden, mehr Menschen für den Beruf auszubilden. Es kann nicht sein, dass man fünf Jahre als Erzieherin ausgebildet wird und dafür keinen einzigen Cent bekommt.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das ist der Hauptgrund dafür, warum PiA weggeht wie warme Semmeln, weil damit endlich die Menschen für ihre Ausbildung bezahlt werden.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW] - weitere Zurufe SPD)

- Ich muss keine Frage stellen, sondern ich kann auch eine Bemerkung oder eine Feststellung machen.

- Das nehme ich gern als Bemerkung hin. Ich bin in Vielem gleicher Auffassung. Ich habe allerdings an einer Stelle ein klitzekleines Problem. Nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass wir im zweiten und im dritten Jahr der PiA-Ausbildung die Kräfte bezahlen. Wir prüfen derzeit, ob das nicht auch schon im ersten Jahr möglich ist, also das erste Jahr einbezogen werden kann. Damit würde dann die PiA-Ausbildung über die gesamten drei Jahre laufen. Das halte ich für völlig richtig. Das ist dann eine voll vergütete Ausbildung.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist genau das, was wir wollen! - weitere Zurufe SPD)

Natürlich ist das eine Länderausbildung. Im Koalitionsvertrag steht aber zu Recht, dass wir einen bundeseinheitlichen Rahmen dafür schaffen wollen. Das halte ich auch für richtig. Denn wie sollten wir als Land Schleswig-Holstein im Hamburger Rand, wenn die anderen Bundesländer das noch anders machen, in eine Konkurrenzsituation eintreten?

Also: Ich glaube, alles ist auf der richtigen Spur, alles ist auf dem richtigen Gleis. Aber es ist auch nicht alles so ganz einfach.

Noch einmal zum Schluss: Aus meiner Sicht hat der Kollege Garg bei seiner Kindertagesstätten-Reform sehr wohl alles dafür getan, um zumindest im Bereich der Rahmenbedingungen und auch im Bereich der Ausbildung dafür zu sorgen, dass vor dem Hintergrund des gegebenen Mangels, den wir real haben, alles dafür getan wird, mehr Menschen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers zu begeistern.

(Birte Pauls [SPD]: Der kommt ja gar nicht rein!)

Daran müssen wir weiter gemeinsam arbeiten, Frau Pauls. Es ist ja offensichtlich so, dass wir das in Berlin demnächst gemeinsam tun sollen.

(Heiterkeit)

Ich wäre dankbar dafür, wenn sich diese Gemeinsamkeit dann auch im Land zeigen würde. - Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um knapp 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3382, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der Abgeordneten des SSW und gegen die Stimmen von allen anderen abgelehnt.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3419, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Okay, damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, den Abgeordneten der AfD, dem Abgeordneten Dr. Brodehl gegen die Stimmen von SPD und SSW angenommen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen um 10 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:03 Uhr